

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Feiertagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4,50 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebenzeilige Postzeile oder deren Raum 180 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 149.

Mittwoch, den 29. Juni 1921.

28. Jahrgang.

Das Ende des englischen Kohlenstreiks.

Eine amtliche Erklärung.

London, 28. Juni.

Neuer meldet amtlich: Der Bergarbeiterstreik ist beigelegt. Damit ist nach fast dreimonatiger Dauer der Riesenkampf beendet. Die Bedingungen, unter welchen die Arbeit wieder aufgenommen wird, sind bis jetzt nur in großem Zuge bekannt.

Eine Drahtmeldung behauptet darüber folgendes:

III. London, 29. Juni.

Die Differenzen in der Steinkohlenindustrie sind gestern Mittag in einer Konferenz zwischen Lloyd George und den Bergarbeitern geregelt worden. Die Arbeit in den Bergwerken soll sofort wieder aufgenommen werden. Da die Bergarbeiter gewisse Bedingungen, die die Regierung gestellt hat, angenommen haben, stellt die Regierung eine Summe von 10 Millionen Pfund Sterling zur Verfügung, um die Löhne in der Zeit schlechten Geschäftsganges aufrechtzuerhalten. Zum ersten Male ist durch einen großen industriellen Streik der Grundsatz einer Gewinnbeteiligung der Arbeiter festgelegt worden. In Zukunft sollen in jedem Bergwerksbezirk von dem Uebergewicht 83 Proz. für Extralohn und 17 Proz. für Extrabehälter vergeben werden. Während den Arbeitern ein Lohn um 20 Proz. über den Standardlohn von 1914 gesichert wird, hat das Abkommen bezüglich der Gewinnbeteiligung den Zweck, die Produktion zu erhöhen und den Dauerfrieden in der Industrie zu sichern.

Eine Stellungnahme zu dem Gesamtergebnis des Streiks wird erst möglich sein, wenn außer der ersten bürgerlichen Pressemeldung auch die Arbeiterblätter vorliegen.

Es stehen auch noch die Berichte über die Vorgänge in der Gewerkschaft selbst und darüber, ob mit einer geschlossenen Wiederaufnahme der Arbeit gerechnet werden kann.

Der Vertreter des „Hamb. Fremdenblattes“ tadelte seinem Blatt, daß mit erheblichen Arbeiterwiderständen in Südwales und Schottland gerechnet wird. Im allgemeinen sollen aber heute die Reparaturarbeiten aufgenommen sein, und am Montag wird die Förderung wieder beginnen.

Wie es die Arbeiter ermöglicht haben, trotz der leeren Streiklöhne, drei Monate im Kampfe auszuharren, wird immer ein Rätsel bleiben in der Geschichte der englischen Trade Unions und der Arbeiterbewegung überhaupt.

Die Pariser Wochenschrift „Opinion“ gab vor einiger Zeit eine Darstellung der

finanziellen Grundlagen des gewaltigen Streiks.

Sie schreibt u. a.: „Daß die englischen Bergarbeiter über zwei Monate durchhalten konnten, scheint unerklärlich, zumal wenn man bedenkt, daß die Gewerkschaftskassen durch den Streik im Oktober letzten Jahres geleert worden waren, damals als Smillie die Fonds aufsparen wollte für den großen Kampf, den er als Folge der Freigabe der Kohle vorausahnte. Um ihre beiden Streiks finanzieren zu können, haben die Bergarbeiter mit 15 bis 20 Prozent Verlust ihre während des Krieges gekauften Wertpapiere realisieren müssen. Wie haben sie nun leben und eine Moral aufrecht erhalten können, die in den letzten Tagen so fest war wie in den ersten? Das Geheimnis des Widerstandes beruht in der wunderbaren Organisation der Gewerkschaften und vor allem in der Tätigkeit der Konsumgenossenschaften. Diese spielen die Rolle der Sparkassen; denn die Angehörigen der Genossenschaften haben die Dividenden, die auf sie nach ihren Käufen entfallen nicht ab und sammeln so für schlechte Tage eine Reserve an, die heute der Sparstumpf von mehr als einer Bergarbeiterfrau ist.“

Die Streikenden haben endlich von Regierungen, die sich in ähnlicher Lage befinden, eine wirksame Methode übernommen, nämlich unter der Bedingung, daß deren Anwendung nur von kurzer Dauer ist; sie haben nämlich Geld geschlagen. Ihre Zettel werden von den Kaufleuten so gut wie von den Konsumgenossenschaften in Zahlung genommen; die Empfänger der Bons präsentieren diese der Gewerkschaft, die ihnen dafür eine Anweisung ausstellt, die in 12 Monaten zahlbar ist und bis dahin mit bis zu 8 Prozent verzinst wird.

Diese Kühne Lösung ist nicht ohne Vorangang und dieser dürfte allen Gläubigern wohl Vertrauen einflößen; während der letzten Phasen eines viermonatigen Streiks im Jahre 1893 mußten die Bergleute zu einer ähnlichen Emission greifen, und alle Kaufleute, die die von der Gewerkschaft emittierten Billette in Zahlung genommen hatten, wurden bis zum letzten Penny entschädigt.“

Die Ablehnung des Kommunismus in Rußland.

London, 27. Juni. Die „Morning Post“ meldet aus Kiew, daß im Gouvernement Perm die letzten Wahlen zu den Provinz-, Bezirks- und ländlichen Sowjets, zur Wahl von Parteimitgliedern und in den Städten zur Wahl menschewistischer Kandidaten führten und nicht ein einziger Kommunist gewählt

wurde. Moskau sieht sich gezwungen, dieses Ergebnis anzunehmen und die Wahl der neuen antikomunistischen Sowjets in den Volkzugsausschüssen zu bestätigen. In Perm selbst und andern Städten des Gouvernements sind die Rechte des Privatbesitzes den Besitzern von Häusern, Läden, und Handelsunternehmungen sowie kleinen Fabriken zurückgegeben. Am 1. Juni wurde ein feierliches Ledem in den städtischen Kirchen abgehalten; die religiöse Prozession, woran die gesamte Bevölkerung teilnahm, zog unter Vorantritt des Bischofs durch die Stadt.

Korfantys Glück und Ende.

Vor einigen Tagen ging eine Nachricht durch die Presse, die besagte, daß Korfanty in einem Kriegsrat seine Freude darüber ausgesprochen habe, daß die Engländer die Räumung Oberschlesiens erzwingen wollten. Das würde ihn vor der Schande bewahren, vom deutschen Selbstschutz verjagt zu werden.

In der Form ist die Nachricht sicher falsch; Korfanty wird vor der Öffentlichkeit sich nicht so bloßstellen. Aber daß Korfanty froh sein kann, so glimpflich aus der Affaire herauszukommen, das entspricht der allgemeinen Auffassung.

Noch in den letzten Tagen hatte der Polendiktator neue Hoffnungen geschöpft. Der deutsche Selbstschutz war mehr und mehr in radu-nationalistisches Fahrwasser abgerutscht, und die Gefahr von Unbesonnenheiten war riesengroß. Dann hätten die Mühlen Korfantys wieder geklapert, das obereschlesische Volk hätte den Schaden gehabt; die deutschnationalen Fäselhänse aber wären wie unschuldhige Kinder neben dem Scherbenhaufen gestanden mit dem Finger im Mund und hätten die Schuld auf irgend jemanden — vielleicht auf die Juden, vielleicht auch auf die Sozialdemokraten — abgewälzt.

Dem energischen Eingreifen der Reichsregierung; vor allem unter dem Druck des zielbewußten Reichskanzlers, gelang es im letzten Augenblick, die Lage zu retten und eine Beistandigung herbeizuführen. Selbst auf die Gefahr hin mußte die Regierung das tun, daß die hakenkreuzgeschmückten Militärs des Selbstschutzes den Wirth in allen Schnapsgebieten vernichteten und daß Hinz und Kunz — in diesem Falle Lüb. und Miesbacher Anz. — die Regierung als eine Gesellschaft von verräterischen und schwächlichen schwarz-rot-gelben Revolutionshelden beschimpften.

Die Entwicklung hat der Regierung recht gegeben; die Polen liquidieren ihren Aufstand mit süßlaurem Gesicht; Korfantys Glück ist gleichzeitig sein Ende.

Oppehn, 28. Juni.

Soweit am Dienstag nachmittag festgestellt werden konnte, haben die Polen tatsächlich das von ihnen besetzte Gebiet größtenteils geräumt. Die Polen sind eingezogen und die Trippen sowie das Material auf dem Eisenbahnwege in das Industriegebiet befördert worden. Gleis und das Industriegebiet sind frei. Sämtliches zur Verfügung stehende deutsche Eisenbahnmateriale wurde von den Polen beschlagnahmt, so daß noch jede Möglichkeit fehlt, den notwendigen aufzunehmenden Eisenbahnverkehr wieder einzuleiten. Es wird Angelegenheit der interalliierten Kommission sein, entweder das von den Polen geköpfene deutsche Material restlos zurückzufordern oder die Maschinen und Waggons zur Verfügung zu stellen, die wir gemäß dem Friedensvertrag an die Entente liefern und die im Augenblick von den Ententebehörden noch nicht gebraucht werden.

Die Liquidation des Polenpuisches gibt Korfanty durch einen „Aufruf an die Oberschlesier“ bekannt. In seinem Aufruf sagt Korfanty, daß die Polen vor der ganzen Welt Beweise unerschütterlicher Kraft und des Patriotismus abgelegt hätten und sich loyal und ehrlich, wie es sich für Polen ziemt, dem Auftrag der interalliierten Kommission fügen müßten. Nicht ein Wort an die Luftschändlichen, die Waffen abzuliefern oder sich aufzulösen, ist in dem ganzen Aufruf zu finden. Statt dessen neue Angriffe gegen den General Hofer, der von der interalliierten Kommission gezwungen worden sei, „seine Meinungen und Söldne aus dem Abstimmungsgebiet zurückzuführen.“ Auch mit werden also — so sagt Korfanty weiter — den Rat der Entente hören und dem Blutvergießen ein Ende machen. Diesen wenigen Worten über die Liquidierung des Aufstandes läßt Korfanty noch Mitteilungen über die Entscheidung folgen, die in 2 oder 3 Wochen durch den Obersten Rat getroffen werden soll. Es heißt wörtlich: „Die hohe Stellung der Großmächte und ihrer Vertreter erlaubt uns schon heute zu erklären, daß wir in Kürze mit Polen vereinigt sein werden.“

In einem polnischen Blatt heißt es unter anderem: Auf Grund eines Abkommens ist von der interalliierten Kommission vollkommene Straffreiheit für alle Teilnehmer des Aufstandes sowie für die politischen Vergehen der Schuldigen zugesichert worden. Von einer derartigen Amnestie ist bei den deutschen Parteien Oberschlesiens bisher noch nichts bekannt. Sollte jedoch der polenfreundliche General Le Rond dementsprechend gehandelt haben, so würde er dadurch den besten Beweis von seiner Unparteilichkeit erbracht haben.

Schwarz-rot-gold.

Dr. L. Lübeck, 29. Juni.

Wie vorausgesehen war, hat der Reichstagsentscheid für die schwarz-rot-goldene Gösch in nationalistischen Kreisen außerordentlich aufregend gewirkt. Keineswegs will man sich damit zufrieden geben; fortsetzen will man die Hege gegen alles, was im entferntesten an die Republik erinnert.

Die Lübecker Handelskammer nimmt schon heute das Wort, um gegen den Beschluß des Reichstages als einer Nichtachtung der deutschen Seeschiffahrt Einspruch zu erheben. Die Handelskammer wird den 3 Jahren seit der Revolution schon oft das Bedürfnis gehabt haben, Einspruch zu erheben, und wir hoffen, daß sie auch in den nächsten Jahren noch sehr oft ein ähnliches Bedürfnis fühlen wird. Wenn sie im übrigen an einen Volksentscheid appellieren will, so empfehlen wir ihr, die Bestimmungen über Verfassungsänderungen auf diesem Wege sich anzusehen. Vielleicht kappt sie dann doch einige Taue von den schwarz-weiß-rotten Masten ihrer Sehnsucht. Der Appell an die 7 törichten und sentimentalen Jungfrauen dürfte diesmal doch nicht ausreichen.

Im Anschluß an den Einspruch der Handelskammer, veröffentlicht die „Lüb. Neuesten Nachrichten“ ein „Eigenes Telegramm“ aus Berlin. Wir wissen nicht, von wo dieses eigene Telegramm stammt, möchten aber das geschätzte Blatt doch bitten, im Interesse des Ansehens der Presse ihren Berliner „Vertreter“ aufzufordern, die Weimarer Verfassung einmal wenigstens zu überlesen.

In diesem Telegramm wird folgende Behauptung aufgestellt: „Mit der gestrigen Abstimmung im Reichstage... ist die Flaggenfrage keinesfalls als erledigt anzusehen; vielmehr ist dadurch eine Situation geschaffen worden, aus welcher selbst gewiegte Staatsrechtler nicht ohne weiteres einen Ausweg finden.“

Vielleicht ist es Vermessenheit, wenn eine Arbeiterzeitung einem Intelligenzblatt in seiner staatsrechtlichen Einsicht etwas auf die Beine helfen will; aber wir können nicht anders. Vorausschickend sei aber noch bemerkt, daß wir für die nun folgende Unterweisung von keinem der hiesigen reaktionären Blätter irgendwelchen Dank zu ernten hoffen.

Die schwarz-rot-goldene Gösch ist in der Verfassung festgelegt. Aus technischen Gründen hat der Reichspräsident ihre Einführung verschoben. Zweifellos hat er damit der Verfassung einen gewissen Zwang angetan, da mit der Verkündung der Verfassung ihre Bestimmungen rechtskräftig wurden. Seit dem 19. August 1919 führt also die deutsche Handelsflagge rechtmäßig die Gösch. Am 1. Juli 1921 sollte die Uebergangszeit zu Ende und die schwarz-rot-goldene Gösch überall angebracht sein. Vor einigen Wochen verordnete der Reichspräsident dies ausdrücklich; er hat damit nur einen Zustand beendet, der verfassungswidrig war. Nun begann der bekannte Kummel; alle möglichen und unmöglichen Bereden machten Eingaben und Einsprüche gegen die schwarz-rot-goldene Gösch, und schließlich beschloß der Reichsrat, in einer Eingabe an den Reichspräsidenten die Verlängerung der Uebergangszeit zu fordern. Diese Eingabe ging den gewohnten Weg über den Reichstag, und dieser lehnte sie ab. Damit ist die Eingabe an sich erledigt. Worüber der „gewiegte Staatsrechtler“ sich dabei den Kopf zerbrechen sollte, ist nicht einzusehen; aber Redensarten füllen am besten die Zeilen und das Publikum merkt das Blech ja nicht, wenn es gegen die Republik geht.

Die Flaggenfrage ist also gerade jetzt, nach der Verordnung des Reichspräsidenten und nach der Ablehnung einer Wenderung durch den Reichstag, staatsrechtlich völlig klar, viel klarer als bisher, wo — im Widerspruch zu der Verfassung — die rein schwarz-weiß-rote Fahne noch gebuldet war.

Aber in der blinden Wut, die durch die ganze Rechtspreßheute ist für solche Ueberlegung nur wenig Platz. Das größte Geschick wird gegen den Reichskanzler Wirth aufgefahren, der mit seiner Stellungnahme und seiner Stimme die Entscheidung gegen schwarz-weiß-rot herbeigeführt hat.

Das „Hbg. Frdbll.“ nennt ihn in einem Fitat nach der „Tägl. Rundschau“ einen radikalen Jungburschen, der aus Parteiisanatismus sich vergessen habe. Das Hamburger großkapitalistische Blatt kennt offenbar nicht die Stimmung der badischen Arbeiter und Kleinbauern gegen die wilhelmini-

schon Farben, sonst würde es Wirths Schritt anders ein-
schlagen.

Wie dem auch sei, Wirth hat den Standpunkt vertreten,
den jeder aufrecht demokratische Mann vertreten müßte, den
Standpunkt, für den auch wir eintreten werden bis zuletzt,
und für den uns kein Kampf zu hart sein wird.

Deutscher Reichstag.

126. Sitzung.

Dienstag, 28. Juni, nachmittags 2 Uhr.

Der Gesetzentwurf über die Geltungsdauer eines Gesetzes
gegen die Kapitalflucht wird in zweiter und dritter Lesung an-
genommen.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfs eines
Nachtrags zum Haushaltsplan für 1921 für das Ministerium
des Innern.

Dr. Rosenfeld (USP.): Die Minister wechseln, aber der
Ausnahmestand bleibt bestehen. Dabei kostet, wie wir aus dem
Haushaltsplan ersahen können, das Bestehen des Ausnahmestandes
das Reich über zwei Millionen Mark. Die Erklärungen
des preussischen Ministers des Innern und des Ministers Dr.
Gradnauer stehen in direktem Widerspruch. Auch die Rechtssozia-
listen Ostpreußens wünschen sofortige Aufhebung des Ausnahmestandes.
Auch in Bayern besteht noch der Ausnahmestand.
Die Reichsregierung hat erklärt, eine Aufhebung des Ausnahmestandes
werde erst nach der Entwaflnung der Einwohnerwehren
durchführbar sein. Aber ich glaube, wir werden lange
warten müssen auf die Beseitigung des Ausnahmestandes an-
geht der passiven Resistenz Bayerns in der Entwaflnungs-
frage. In der Frage der Auflösung der Einwohnerwehren hat
die Reichsregierung eine große Langmut bewiesen. Auch der
„Vorwärts“ scheint zu seinen Ministern nicht allzu großes Ver-
trauen zu haben. Schon jetzt läßt er ihnen die Weisung zuteil
werden: Seid fest!

Präsident Löbe macht darauf aufmerksam, daß es sich nur
um einen Nachtragsetat handelt, aber nicht um eine allgemeine
Etatberatung.

Minister des Innern Gradnauer: Der Bericht der „Frei-
heit“ über meine Ausführungen im Haushaltsauschuß ist ein
Muster unwahrhaftiger Berichterstattung. (Hört, hört!) Ich
soll erklärt haben, vorläufig solle der Ausnahmestand in Bayern
bestehen bleiben. Ich habe mich ausdrücklich auf den Boden der
Erklärung des Reichstagslers gestellt, daß der Ausnahmestand
so schnell wie möglich abgebaut wird. Ich habe das meinige
dazu getan, um ihn in Sachen abzuschaffen. Meine Stellung
zum Ausnahmestand ist ganz anders als Rosenfeld sie darstellt.
Aber auf meine Meinung kommt es dabei gar nicht an. Ich muß
die Politik einer Koalitionsregierung gegenüber dem Lande ver-
treten. Auch hat die Mehrheit des Reichstages die Anträge auf
Aufhebung des Ausnahmestandes abgelehnt. Wir haben weiter
den Widerstand großer Länder zu überwinden. Die Herren auf
der äußersten Linken könnten zur Beseitigung des Ausnahmestandes
viel beitragen, wenn sie auf die Politik der Gewalt-
tätigkeiten verzichten wollen. Wir können aus allen diesen
Schwierigkeiten nur herauskommen, wenn die Bevölkerung endlich
einfieht, daß wir mit dem Kampf von links gegen rechts und von
rechts gegen links unserem Volke nicht nützen, sondern nur neues
Unheil bringen. Ich hoffe, daß auch die Kreise, die jetzt erbittert
sind über die Aufhebung der Selbstschutzorganisationen, zur besse-
ren Einsicht kommen und versuchen mit uns in gemeinsamer Ar-
beit das Volk aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten heraus-
zubringen.

Müller-Franken (SD.): Es besteht kein grundsätzlicher
Gegensatz zwischen dem Minister Gradnauer und mir. Dr. Rosen-
feld ist ja ein sehr mißtrauischer Herr. Ich glaube, er bestreitet
jegar Mißtrauen gegen seine eigene Tätigkeit als Justizminister.
Zuletzt hat er die Auffassung, daß wir überall im Reich
den Ausnahmestand auskommen können, auch in Ostpreußen.
Die Fortsetzung in Württemberg ist gerade unter Mitwirkung
des Ministers Gradnauer aufgehoben worden. Betreffend die
Aufhebung des Ausnahmestandes in Ostpreußen hat der Mi-
nister über die Gründe des preussischen Staatsministeriums und
des Reichswehrministeriums referiert, nicht aber deren Auffassung
sich zu eigen gemacht. Den Ländern gegenüber muß man diese
Frage bei dem föderativen Charakter des Reiches pflichtig be-

handeln. Gerade der unabhängige Minister Eisner hat seine
föderative Selbständigkeit am stärksten betont. Meine Fraktion
wird nach wie vor für Aufhebung des Ausnahmestandes auch
in Ostpreußen eintreten.

Kunert (USP.): Wie nötig die Aufhebung des Ausnahmestandes
ist, beweisen die Verhältnisse in Mitteldeutschland.

Der Antrag auf Aufhebung des Ausnahmestandes wird
gegen die sozialistischen Stimmen abgelehnt.

Die Abgabe von Freifahrkarten an Reichsratsmitglieder
wird eingeschränkt.

Dr. Schreiber (Z.) bittet für die nothleidende Wissenschaft
im Schuletat 1 Million 5 Millionen wieder einzusetzen.

Staatssekretär Schönlank: Wir sind dem Vorredner für seine
Worte dankbar. Leider kann aber das Finanzministerium die
Mittel nicht bewilligen.

Dr. Moses (USP.) fordert eine abschließende Verlustliste
über den Krieg. — Ein Regierungsvertreter verweist auf die
hohen Kosten. Die Ermittlung ist so weit gediehen, daß eine
solche Zusammenstellung in aller kürzester Zeit veröffentlicht wer-
den kann.

Der Haushaltsplan wird angenommen. Ebenso der Nachtrag
des Reichswehrministeriums.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag, 2 Uhr. Kleine
Vorlagen. Interpellation über die Sanktio-
nen. Nachtragsetat. — Schluß 6 1/2 Uhr.

Kabinetts- und Besitzsteuer.

Berlin, 29. Juni. Das Kabinettsrat trat gestern
nachmittags zu einer Sitzung zusammen. Man wollte sich
darüber klar werden, in welcher Weise der Besitz von der
Steuer erfaßt werden soll. Es ist ein offenes Geheimnis, daß
in diesem Punkte die Ansichten der Kabinettsmitglieder weit
auseinandergehen. In der gestrigen Sitzung waren klärende
Unterlagen ausgegeben worden. Da aber diese Unterlagen
nicht rechtzeitig von den Teilnehmern der Kabinettsitzung zur
Kenntnis genommen werden konnten, wurde die Sitzung auf
heute vertagt.

Vor einem Waffenstillstand in Irland.

Paris, 29. Juni. Aus London wird berichtet: Man
glaubt, daß man am Vorabend eines Waffenstillstandes in Ir-
land steht. Die Regierung hat das Einstellen der Hinrichtungen
angeordnet für die Dauer der Verhandlungen, die eröffnet
werden sollen. Sie verlangt aber andererseits von den Sinn-
feinern, daß sie auf die terroristischen Akte verzichten. Die eng-
lische Regierung soll bereit sein, die Einheit Irlands anzuer-
kennen und würde geneigt sein, ein nationales Parlament zu
bewilligen, welches in Dublin tagen würde. Die Sinnfeiner
würden eine Autonomie Irlands als Dominion annehmen.

Lösung der Kabinettskrise in Holland.

Haag, 29. Juni. Es wird offiziell mitgeteilt, daß der
bisherige Vorsitzende des holländischen Ministeriums de Beeren-
bode den Austritt der Königin angenommen hat, die Kabinetts-
krise unter Beibehaltung des bisherigen Kabinetts zu lösen.
Wahrscheinlich wird nur der Kriegsminister zurücktreten.

Volkswirtschaften in Georgien.

Unmittelbar vor dem 11. Mai d. J. wurde in Georgien zahl-
reiche Sozialdemokraten verhaftet. Einige Kommunisten haben
gebeten, die Grundlose Verhaftung, die alle Gefängnisse überfüllt
hatte, aufzuheben. Aus diesem Anlaß verhandte das Zentral-
komitee der kommunistischen Partei Georgiens folgendes Rund-
schreiben an alle Parteiorganisationen: „Dem Zentralkomitee
der kommunistischen Partei ist eine Erklärung des Vorsitzenden
der Außerordentlichen Kommission (Tscheka) zugegangen, wonach
alle Mitglieder der kommunistischen Partei Georgiens sich fort-
gesetzt an ihm mit der Bitte wenden, die Verhafteten zu befreien

oder ihr Geschick zu mildern. Da bezerrigte Gesuche eines Kom-
munisten unwürdig sind, schreibt das Zentralkomitee der kom-
munistischen Partei Georgiens allen Parteiorganisationen vor,
den Parteimitgliedern zur Kenntnis zu bringen, daß bezerrigte
Gesuche unzulässig sind und daß die Parteimitglieder in Zukunft
wegen solcher Gesuche der strengsten Verantwortung, bis zum
Ausschluß aus der Partei, unterliegen werden.“

Rapider Sturz der polnischen Mark.

U. Berlin, 29. Juni. Der Sturz der polnischen Wä-
sche unauflöslich weiter. Rascinska-Noten wurden gestern
an der Berliner Börse mit 3,85 bis 4,05 berechnet, Auszahlung
Warschau 3,80. Auch aus Wien wird gemeldet: Das Ereignis
an der gestrigen Börse war der gewaltige Kurssturz der pol-
nischen Mark, die auf 34 1/2 zurückging. Ueber den Zusammen-
bruch der polnischen Währung wurde der „Frankf. Ztg.“ bereits
unterm 7. Juni aus Berlin u. a. geschrieben: Man muß jetzt
annehmen, daß die Kurskurve für die polnische Mark vielleicht
längst schon die heutige Richtung eingeschlagen hätte, wenn nicht
der Berliner Markt sich immer willig für die polnischen Außen-
finanzierungen, der Volkswirtschaft, sogar der Regierung und
den jetzigen Anjurgenen zur Verfügung gestellt hätte.

Der gesunde Herr v. Jagow.

Als in der Reichstagsitzung vom 28. Juni der Herr Reichs-
justizminister Schiffer wegen der Strafverfolgung des an dem
Kapp-Putsch hervorragend beteiligten Herrn von Jagow inter-
pelliert wurde, erzählte Herr Schiffer, es liege ein ärztliches Attest
vor, nach dem Herr von Jagow krank und nicht verhandlungsfähig
sei. In der Dienstagsmorgen-Nummer der „Kreuzzeitung“ ver-
öffentlicht Herr von Jagow seine Antwort. Sie ist von allge-
meinem öffentlichen Interesse:

„Laut „Berliner Tageblatt“ vom 24. Juni 1921 Nr. 292
hat der Reichsjustizminister Schiffer in der Reichstagsitzung vom
28. Juni ausgeführt:

„Zum Fall Jagow könne kein Verfahren stattfinden, weil
Jagow erkrankt ist.“

Lautbestand: Ich war seit März 1920 nicht einen Tag krank,
Jagow.“

Auch wir freuen uns, daß Herr von Jagow gesund und mün-
ter ist. Aber diese Freude vermindert nicht unsere Neugier:
Woher hat der Reichsjustizminister Schiffer das ärztliche Attest,
das dem eingeständenenmaßen völlig gesunden Herrn von Jagow
die Verhandlungsunfähigkeit wegen Krankheit bescheinigt? Herr
Schiffer wird diese Frage mit aller möglichen Deutlichkeit beant-
worten müssen!

Totengräber der Demokratie.

Bei der Wahl eines Vertreters zum Reichsrat
wurde vom Schleswig-Holsteinischen Provinzial-
landtag der ehemalige nationalliberale Landtagsabgeord-
nete, Brauereibesitzer Dr. Schifferer-Kiel, und als sein Stellver-
treter der Landwirt Könnies-Garding (Land) gewählt. Beide
zählen sich zu der sog. „Wiederaufbaupartei“. Sie erhielten sechs
Stimmen, während auf unsere Genossen Breconer als Vertreter
und Scheibel-Garstedt als Stellvertreter nur vier Stimmen ent-
fielen. Das Resultat war vorläufig, denn der Provinzial-
auschuß besteht aus sechs „Wiederaufbauern“, fünf Sozialdemo-
kraten und dem Landeshauptmann. Es stehen also den fünf
sozialdemokratischen Stimmen immer sieben bürgerliche gegen-
über. Diese Konstellation ist nur möglich geworden, weil die
Demokraten sich im Provinzialauschuß jeden Einflusses be-
geben haben. Aus Angst vor der Sozialdemokratie haben sich die
Demokraten bei der letzten Wahl zum Provinziallandtag mit
Haut und Haaren der Reaktion verkauft. Anstatt eine eigene
Liste aufzustellen, haben die Demokraten sich mit den Deutsch-
nationalen und der Deutschen Volkspartei zu dem „Wiederauf-
bau“-Konglomerat zusammengeschlossen. Dadurch haben sie der
Reaktion größeren Einfluß verschafft, aber sich selbst als Partei
gleichgültig das Genick gebrochen.

Der Hahnenschrei.

Von Clara Pöhl-Kordheim.

Sein Liebesjäger wurde es an Sonn- und Feiertagen immer
häufig spät, bis man endlich zum Mittagessen kam. Die einen
gingen nämlich ins Dorf hinein in die Kirche und die andern
hinan nach Giesmann. Es war nach beiden gleich weit. Wo, so
gegen zwölf Uhr tröteten sie ja daher. Die Knädel dampften
bereits auf dem Tisch und der Hausvater sprach: „Jetzt gehn wir
zum Essen!“ Dann das Tischgebet:

Dein heiliges Kreuz sei unser Tisch,
Dein heiliges Fleisch sei unser Tisch,
Dein heiliges Blut sei unser Trank.
Wir jagen für alles Gott Lob und Dank.“

Ein Vaterunser und Ave Maria, und die Ehre sei Gott
besagt nicht jeder letzten Knädel unten hatte, wurde blut-
wenig gesprochen. Endlich brach die Bäuerin, die den Heimbleser
hatte (während des Gottesdiensts Hans und Hof hüten mußte)
und schließend doch auch wissen wollte, was seit einer Woche in
der Welt sich ereignet habe, das Schweigen: „Was gibts Neues?“
„Nenes genug!“ erwiderte der Bauer und tat einen tiefen
Zug aus dem Wasserkrug.

Wieder lautes Schweigen. Ganz verwundert über das
stille Gebaren blinnte die Bäuerin fragend in die Runde.

Der Bauer, der Großvater, der vom Weltkrieg eine furchter-
liche Schramme über die ganze Schenkeldecke als Indenken heim-
gebracht hatte, lagte endlich: „Ja, heut hat's der Gemeinbedienter
auf dem Kirchhof verlesen: Ihr seid mit dem heutigen Tage dem
glorreichen Königreich Italien einverleibt worden. Unsere polze
Nation will nichts von euch, als daß ihr getreue, gehorsame Söhne
seid und euer neues, schönes Vaterland lieben lernt.“
„Wann's also ist, mühen wir sie freilich gern haben.“ „Paukter-
ten (Hörten) die Mägdle.“

Das Aokle ließ ihren Bruder an und sagte: „Da bist a
Kaiser.“ „Auch der Knecht trugte den Kleinen.“ „Ja, Cepole,
jetzt mühen wir zu die jagen: der Bessa. Und wenn wir wollen
Bauerknecht sein: Bessere jassere.“

„Oha!“ sprach der Bad auf, „was kann denn ich dafür, daß ihr
verlesen hebt? Werdet mir, halbe er keine Angst, wenn ich
groß bin, lassen wir's wieder losgehen?“
„Schon den Pflanzling (Jugendling) an, der hat Schweid!“
Lagten die Mägdle. Die Bäuerin aber sprach: „O, mein Kind, a
Krieg is was Schredliches; will Gott, daß du keinen zu erleben
brauchst! ... Wo wird denn die neue Grenz?“ „Jag se denn.“
„Ja wohl halt am Bauer!“

„An die weisse und die deutsche Grenz hat man schon in
alten Zeiten nichts als g'ritten.“ „Habt's die
Grenz an die zwei Böhmen und dem Schwaben noch g'ritt?“
„Gut, so will i es erzählen: Jar haben Zeit war das Land
Tren Eigentum von Österreich und Böhmen Böhmen und die zwei
Königreiche hatten als Raubherren freilich miteinander leben
kuten, jeder dem andern des Schins losen und sie abgepillt han-

tern und streiten. Und ganz besonders losgegangen ist's immer
wegen der Grenz, weil jeder dem andern hat wollen a Stück Land
abzwacken. „Das ewige Hadern von die zwei Großkronen ist
uns bald zumbier,“ haben endlich die Leut zu schimpfen angefangen;
ist wohl wahr, das Bad müssen wir austrinken. Bald sperrt
der eine die Grenz zu und läßt nichts mehr durch, bald der
andere. Die Rugsburger kommen mit ihren Luchsalen mit weiter
und wir können kein Salz verkaufen. Auf die Viehmärkte läßt
sich kein Welscher mehr blicken und die Benediger Mannlein blei-
ben auch ganz aus; unsere Weiber sein z'nicht und bösmäulig, weil
wir ihnen keine Seidentüger mehr kaufen können. Wenn das
Ding nit bald anders wird, müssen schon wir selber Mode machen,
jagten die Leut. — „Wie wir's denn, wenn wir sie frisch beide um-
bringen?“ hat einer den Vorschlag gemacht. — „Das hilft nit,“
haben die andern gesagt, „da kommen wir alle in Kirchengann.
Wir werden halt do müssen trachten, es im Guten auszumachen.“

„Wigt's was, wir schiden a Ordnung nach Rom zum Papp, er
soll die Sach regeln.“ — Gut, es reisen etliche Mander nach Rom,
machen vor dem Heiligen Vater einen Kniefall, bußen ihm den
Panzel und sagen: „Wir täten recht schön bitten, daß bei uns
hab a Ordnung wird!“ Der Papp hat a Zeilang nachgedacht
und dann gesagt: „Wigt's was? Wer der G'schichtere ist, der
ist auch der G'schietere und der soll auch mehr Land bekommen,
weil auf der ganzen Welt der Schnellere mehr erwischt als der
Fater Langsam. Also horcht: In der Früh, wenn der Hahn zum
erstenmal kräht, sollen an einem bestimmten Tag von der welschen
Grenz aus beide Bisköffe aufbrechen und marschieren, so wie
einer dergelt. Wo der Schnellere um Sonnenuntergang ankommt,
da ist die Grenz.“ — „Jetzt geht's schon gut!“ haben sich die Deut-
schen gedacht. „Unser Biskop ist a starker wohlgenährter Herr, der
wird den zumbürren Heiligen schon überflügeln.“ — Aber die
Walschen sein schon damals kalte Leizer g'wesen.

So haben halt beide Parteien an schönen künftigen Hahn aus-
g'sucht und wohl halt g'hofft, daß er beiseiten krähen wird. Wie
dann der Tag herankommt, haben sich beide Herren die Fußhölzen
mit Laßstücken eingerieben, feste Stiefel hergerichtet und
g'sagt, morgen in aller Früh kann's losgehen. Im ganzen Palaß
hat man dieselbe Nacht nichts als g'horcht, ob nit bald der eine
oder der andere Hahn kräht. Wie's gegen Mitternacht geht,
kräht der welsche Bediente in den Hengensall und schüttet
keinem Hahn a Krug voll Wasser über'n Kopf. „Bua, der hat dann
wohl großmächtig gefress!“ So hat der welsche Biskop um etliche
Stunden früher aufbrechen können und ist akrat bis Brigen
kommen. „Und du bist und bleibst die Grenz!“ hat er g'sagt.
„Oha, es ist nit mit rechten Dingen zugegangen!“ haben die Deut-
schen sich besinnen wollen. „Aber mei, da hat nit g'ragt.“ —
„Da ist die Grenz!“ hat's g'heissen, „und jetzt geht's an Frieden aus,
dann man nit machen.“ „Hilf das Reich nit seine Erzählung.“
„Und jetzt ist die Grenz gar am Deumer,“ sagte die Bäuerin und
hat einen betrunkenen Lacher.

„Beiter!“ meinte der Bauer, die Grenz, waschen wir uns sel-
ber, ob das Tapp auf dem J gagg oder gagg ist, das ist nit die

Hauptsache. Die Grenz zwischen Deutsch und Welsch ist und bleibt
in alle Ewigkeit dort, wo die deutschen Laut aufhören; versteht's
mit! Und wenn man uns die Haut abzieht und in Del siedet und
bratet, wegen dem sein wir no allemal keine Walschen. Die wer-
den wir erlt, wenn wir es selber wollen.“

(Aus dem hervorragenden illustrierten Tirolerheft des „Alpen-
freundes“, München.)

Welches Volk habet am meisten?

CK. Ein Engländer, der diese Frage auf Grund von Bade-
erfahrungen in der ganzen Welt behandelt, kommt zu dem für
uns schmeichelhaften Ergebnis, daß die Deutschen unter allen
Völkern Europas am meisten haben. „Sogar die barfußigen Kin-
der in Deutschland sehen sauber aus“, schreibt er. „Die Arbeiter-
häuser enthalten zum großen Teil Badräume, und es gibt überall
öffentliche Badeanstalten, ja sogar Badräume auf den Bahn-
höfen.“ In England und Frankreich findet dagegen dieser Rei-
ner, daß mit Ausnahme von gewissen Klassen, die Gewohnheit
des Badens unterhalb des Halses noch so selten ist wie
im Mittelalter. In diesen Teilen Englands z. B. sind in den
Häusern keine Badegelegenheiten für die Bewohner vorgesehen;
und ebenso gibt es in Paris selbst in den elegantesten Wohnun-
gen häufig keine Badezimmer. Dasjenige Volk, das am meisten
habet, sind wohl die Japaner, bei denen diese Gewohnheit eine
allgemein verbreitete Volkssitte ist. Unter den Völkern des Wen-
dlandes können die Amerikaner als die Badefleißigsten gelten.
Nicht nur hat jede Wohnung eine Badeeinrichtung, sondern selbst
in den kleinsten Gasthäusern auf dem Lande ist neben jedem
Schlafzimmer ein kleines Kabinett, in dem man baden und duschen
kann. Auch die skandinavischen Länder sind durch große Badelust
ausgezeichnet. Doch gibt es dort merkwürdige Babeliten:
„Mancher fremde Besucher von Stockholm“, erzählt der Verfasser,
„wird in arge Verwirrung geraten, wenn er in einer schwedischen
Badeanstalt von einer Badefrau in Empfang genommen wird.
Das sind kräftige junge Frauen, die einen in das Badezimmer
begleiten und dort wie eine Kinderfrau abwaschen, ohne sich um
Alter, Geschlecht und Schamgefühl zu kümmern. Es ist für er-
wachene Männer, die nicht daran gewöhnt sind, etwas peinlich
sich wie ein Baby behandeln zu lassen, aber die Mädchen üben ihre
Tätigkeit so gleichgültig aus, wie wenn sie einen Hund abscrub-
ben.“ In manchen Teilen von Finnland herrschen noch mer-
kwürdigere Babeliten. An der Außenwand jedes Hauses ist ein
kleines Dampfbadhaus angebaut, das ein- oder zweimal die Woche
geheizt wird. „Es soll von heißem Dampf, dann begeben sich
die ganze Familie, Eltern, Söhne und Töchter, mit den an-
wesenden Gästen in die Dampfatmosphäre und reiben sich gegen-
seitig, alle in adamentlichen Kostüm, kräftig ab. Wo die Sonne
scheint, haben die Wälder nicht. Das kann man als allgemeine
Regel in Europa aufstellen. Mit Ausnahme der Türken, denen
ihre Religion das tägliche Waschen der Füße anbefiehlt, sind die
Völker des Mittelmeeres nicht sehr für die Benutzung des Bades.“

Konflikt im Verfassungsausschuss des bayerischen Landtages.

München, 28. Juni. Im Verfassungsausschuss des bayerischen Landtages wurde gestern die Regierungsvorlage über die Schulfrage, Schulaufsicht und Schulleitung behandelt. Dabei ergab sich ein Verfassungskonflikt. Die Regierung stellte sich auf Grund eines Ministerratsbeschlusses auf den Standpunkt, daß der Landtag nur über die Punkte Schulleitung und Schulaufsicht zu entscheiden habe, daß dagegen für die Schulfrage die Regierung allein zuständig sei. Diesem vom Kultusminister eingehend begründeten Standpunkt schloß sich die Bayerische Volkspartei an. Alle anderen Parteien waren anderer Ansicht und wollten auch die Regelung der Schulfrage durch den Landtag in bindender Weise beschließen haben. Über die Anregung, im Ausschuss darüber abstimmen zu lassen, ob der Punkt Schulfrage dem Staatsgerichtshof unterbreitet werden soll, kam keine Einigung zustande. Schließlich wurde mit 18 Stimmen sämtlicher Parteien bei Stimmhaltung der Bayerischen Volkspartei ein Antrag Dr. Ditt (Demokrat) angenommen, daß die ganze Regierungsordnung der Genehmigung des Landtages unterstellt werden muß. Dieser Ausschlußbeschluss wird jetzt an das Plenum gebracht. Die materielle Beratung der Regierungsvorlage wird zurückgestellt, bis die Entscheidung des Staatsgerichtshofes vorliegt.

Mobilmachung der Rechtsopposition.

Unter diesem Titel bringt die „Germania“, das Berliner Zentrumsblatt, einen außerordentlich scharfen Artikel gegen die deutschnationalen Demagogen. In diesem Zusammenhang wird auch der Deutschen Volkspartei bescheinigt, daß sie unter dem Druck der deutschnationalen Agitation zum Ultimatum eine Haltung eingenommen hat, die man ehrlicherweise als „wahlpolitisch von rechts beeinflusst“ bezeichnen muß. Vielleicht interessiert sich Herr Stegerwald für diese Kennzeichnung der Partei, von der er nicht lassen kann.

Mit besonderer Schärfe geißelt die „Germania“ die Steuerdemagogie der Rechten, die ein „ganzes System planmäßiger Verheerung“ erfunden hat, um die Steuerzahler rebellisch zu machen. Die von Herrn Helfferich betriebene Aufspaltung des Steueregoismus der Wähler von Goldwerten trage alle Anzeichen einer Katastrophopolitik an sich. Dabei bedauert die „Germania“, daß dem Anschein nach auch gewisse demokratische Kreise in diesem Punkte sich als Hilfstruppe zu der Reaktion gefellen. Aber sie sollte nicht vergessen, daß gestern in der Flaggenfrage auch der größte Teil des Zentrums samt den Demokraten der Reaktion einen Helferdienst, freilich einen vergeblichen, geleistet hat.

Als das Ziel der Rechtsdemagogie bezeichnet die „Germania“ das Betreiben, die Zentrumspartei zu zerschlagen, den rechten Flügel abzusprenken, um ihn in dauernde Koalition mit den beiden Rechtsparteien zu bringen. Wenn heute die „Kreuzzeitung“ das Zentrum fragt, wie lange es sich von dem „Kanzler der roten“, von Dr. Wirth, „an der Nase herumführen“ lassen will, so sieht man hier allerdings deutlich die Absicht.

Die Folgen der Hebe.

Wie die von der bekannten Frauengruppe in Leipzig herausgegebenen Zeitschrift „Die Frau im Staat“ berichtet, sind in Amerika wieder große Summen für die Speisung notleidender Studenten gesammelt worden. Die Spender haben es aber zur Bedingung gemacht, daß kein Pfennig davon an deutsche Studenten kommt. Dies geschieht nicht etwa aus Deutschenfeindschaft, — sind doch die Geber dieselben Kreise, die auch hinter der Quäterspeisung der deutschen Schulhinder stehen — sondern die Spender hat es mit Empörung erfüllt, daß Männer wie Einstein, Nicolai, Friedrich Wilhelm Förster von der deutschen Studentenschaft in der unwürdigsten Weise ausgebeutet worden sind.

Man sieht daraus, wie die Laten deutschnationaler Rabauken auf das Ausland wirken. Leider muß man sagen, daß die große Masse der Studentenschaft, auch wenn sie an den Exzessen nicht beteiligt ist, nicht ganz zu Unrecht in Mitleidenhaft gezogen wird, da sie dieses Treiben erst durch ihre Passivität gegenüber den radaunationalistischen Elementen ermöglicht hat.

Stegerwald, der Rappistenfreund.

Zum Vertreter Preußens bei der bayerischen Regierung ist der Landrat Schellen ernannt worden. Man muß dem Ministerium Stegerwald lassen, daß es sich seine Leute zweckentsprechend auszuwählen weiß. Was war sinniger, als die Vertretung Preußens bei der Übergangsregierung Rahr einem ausgeprochenen Rappisten zu übertragen? Herr Schellen war nämlich Personalreferent im preussischen Ministerium des Innern bis zu dem Tage des Rapp-Putschs, der seine Taten bekanntlich auch in dieses Ministerium erstreckte. Minister Heine, der damals seinen Abschied nahm, überließ die Säuberung des Ministeriums im allgemeinen seinem Nachfolger. Nur Herrn Schellen hat Heine noch persönlich seines Amtes enthoben. Er wählte sich dazu berechtigt, weil Schellen das persönliche Vertrauen des Ministers in der schwersten Weise getauscht hatte.

Diesen Mann macht nun die preussische bürgerliche Regierung Stegerwald zu ihrem offiziellen Vertreter bei Herrn Rahr.

Abtransport der internierten Russen.

Berlin, 28. Juni. Der Abtransport der im August v. Js. nach Ostpreußen abgetretenen rund 50 000 Angehörigen der russischen Sowjet-Armee auf dem Landwege von Altdam nach Riga und auf dem Seewege von Stettin nach Narwa und unmittelbar nach Petersburg ohne Störung weiter durchgeführt worden und im wesentlichen beendet. Zurückgeblieben sind in den Lagerlagerten Havelberg, Pargitz und Soltau noch etwa 500 Kranke, weil die Sowjet-Regierung nicht in der Lage war, rechtzeitig Lazarettzüge zur Uebernahme der Kranken nach Riga entgegenzunehmen. Ferner etwa 800 Internierte, die gebeten haben, in Deutschland bleiben zu dürfen, weil sie ausgesprochene Gegner des Bolschewismus sind. Diese sind in Lager Dichtenhorst im Kreise Neustadt a. Rüdenberge gesammelt worden. Damit ihnen nach längerer erzwungener Untätigkeit Gelegenheit gegeben wird, zu arbeiten und ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen, wird ein Teil zu Kultivierungsarbeiten im „Hohen Moore“ verwendet, der Rest durch Vermittlung des Lohnarbeitsamts Niederleschen in Hannover, in lokale Arbeitsstellen

hauptsächlich in der Landwirtschaft gefandt, für die deutsche Arbeitskräfte nicht zu beschaffen sind. Die übrigen bisher mit Internierten belegte Lager sind geräumt.

Die deutsche Waffenzerstörung.

Berlin, 27. Juni. (WZB.) Stand der Entwaffnung des deutschen Heeres am 1. Mai 1921. Die Reichstreubandgesellschaft hat zu diesem Tage Gewehre und Karabiner zur Zerstörung erhalten: 4 808 300 zerstört, 4 770 800 noch auf Lager. 87 500 Maschinengewehre zur Zerstörung erhalten, 91 042 zerstört, 90 465 noch auf Lager. 577 Minenwerfer und Rohre von solchen zur Zerstörung erhalten. 22 778 zerstört, 22 334 noch auf Lager, 444 Geschütze und Rohre von solchen zur Zerstörung erhalten: 60 489 zerstört, 49 688 noch auf Lager. 801 Lafetten zur Zerstörung erhalten: 26 830 zerstört, 26 385 noch auf Lager. 285 scharfe Artilleriegeschosse und Minen zur Zerstörung erhalten: 86 800 000 zerstört, 28 500 000 noch auf Lager. 8 500 000 scharfe Hand-, Gewehr- und Kurzrohrpatronen zur Zerstörung erhalten. 14 650 (63) zerstört, 14 000 000 noch auf Lager. 650 000 scharfe Zünder zur Zerstörung erhalten, 65 150 000 zerstört, 54 600 000 noch auf Lager. 1 650 000 Handwaffenmunition, 390 000 000 zur Zerstörung erhalten. Zerstört 380 000 000, noch auf Lager 50 000 000. Flugzeuge zur Zerstörung erhalten: 13 379, zerstört 13 369, noch auf Lager 10. Flugzeugmotoren zur Zerstörung erhalten 23 999, zerstört 23 845, noch auf Lager 154. Die Ablieferungen und Zerstörungen auf Grund des Ultimatums haben erst nach der Zusammenstellung dieser Zahlen ihren Anfang genommen.

Unabhängige und Einheitsfront.

V. In der Generalversammlung des Unabhängigen Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg hat der Reichstagsabgeordnete Dr. Breitscheid eine Rede über die politische Lage gehalten, die sich mit der Frage der proletarischen Einheitsfront befaßte. Breitscheid sagte nach dem Bericht der „Freiheit“:

Wir könnten den Dingen ganz anders gegenüberstehen, wenn die Arbeiterbewegung in Deutschland und in allen Ländern stark und einflussreich wäre. Daß das nicht so ist, dafür trifft ein großer Teil Schuld die Kommunisten, die überall die Spaltung der Parteien betreiben und die Kampfmittel in einer Art und Weise verzehren und vergrößern, die man nur als verwerflich bezeichnen kann. (Lebhafte Beifall.) Wir sind aus dem Angriff in die Verteidigung gedrängt worden. Daß muß wieder anders werden. Aber wird das unter der herrschenden Zersplitterung anders werden? Wünschenswert und notwendig ist die Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte. Die Frage ist, wie das möglich sein wird. Breitscheid erörtert die Möglichkeit gemeinsamen Vorgehens in den Parlamenten. Über die grundsätzliche Stellung zum Klassenkampf und Internationalismus darf nicht verlassen werden.

Drohende Kohlenknappheit.

II. Berlin, 28. Juni. Bei den Beratungen über den Berghaushalt im Hauptausschuss des preussischen Landtages erklärte Handelsminister Fischbeck, daß wir vor einer schweren Kohlenknappheit stehen. Die Förderung habe betragen im Januar 7,8 Millionen, — 82,7 v. H. des Friedensquantums, im April nur noch 7,648 Millionen und im Mai 6,7 Millionen. Im Sommer sei ein arbeitsmäßiger Ausfall von 40 000 Tonnen zu erwarten. Dazu komme, daß in dieser Zeit Obereschlesien ganz ausfalle, das früher ein Drittel der Kohlen geliefert habe. Die Vorräte seien aufgebraucht. Der englische Bergarbeiterstreik und der Ausfall der englischen Kohle wirke mit. Dazu komme dann die Erfüllung des Spaas-Abkommens, so daß wir trüben Zeiten in bezug auf die Kohlenvorräte entgegengehen.

Ein Raubzug auf die Taschen der Angestellten.

Dem Reichstage sind vom Reichsarbeitsministerium zwei Gesetzentwürfe zum Versicherungsrecht für Angestellte zugegangen. Der eine Entwurf will den Rentenempfängern aus der Angestelltenversicherung ab 1. Januar 1921 eine monatlich im voraus zahlbare Beihilfe gewähren, wie sie den Sozialrentnern der Invalidenversicherung bereits bewilligt ist. Im Ausschuss gelang es den sozialistischen Vertretern, einige Besserungen gegenüber der Regierungsvorlage durchzusetzen.

Der zweite Gesetzentwurf will die Beiträge, das Beitragsverfahren und die Renten neu regeln. Er bedeutet die Verewigung der Angestelltenversicherung als Sonderversicherung. Aus diesem Grunde versuchen auch die deutschnationalen Handlungsgehilfenführer und Reichstagsabgeordneten Lambach und Thiel die Vorlage noch vor den Sommerferien des Reichstages unter Dach und Fach zu bringen. In 14 Tagen soll die umfangreiche Vorlage im Reichstag durchgepeitscht werden, um die geliebte Sonderversicherung mit ihrer skandalösen, selbstherrlichen und kostspieligen Verwaltung zu retten. Nach allen Regeln der Kunst sollen die Angestellten überzumpelt und geschrippt werden.

Die Vorlage sieht neun Beitragsklassen vor mit Beiträgen von 15,80 Mk. steigend bis 98,40 Mk. pro Monat. Die jetzigen Beiträge betragen 1,60 Mk. steigend bis 26,60 Mk. pro Monat.

Gegenüber dieser wahnwitzigen Beitragserhöhung ist die vorgeschlagene Rentenerhöhung lächerlich gering. Das Ruhegehalt soll in Zukunft für a l l e Gehaltsklassen aus einem gleichen Grundbetrage von 360 Mk. jährlich, also monatlich 30 Mk. bestehen. Dazu kommen Steigerungssätze für jeden entrichteten vollen Monatsbeitrag, die in Gehaltsklasse I 1,50 Mark steigend bis zu 15 Mark pro Jahr in Gehaltsklasse IX betragen. Als Teuerungszuschlag soll bis zum 31. Dezember 1926 monatlich 50 Mk. gewährt werden. Wird also ein Angestellter der höchsten Klasse nach 20jähriger Beitragszahlung berufsuntfähig, so erhält er insgesamt 4560 Mk. jährlich, pro Monat also 380 Mk. Rente. An Beiträgen sind insgesamt 23 616 Mk. entrichtet, wovon der Angestellte 11 808 Mk. geleistet hat. Mit Zins und Zinseszins ist die Belastung der Angestellten mit über 20 000 Mk. zu veranschlagen. Dabei muß noch berücksichtigt werden, daß der Gesetzentwurf den Teuerungszuschlag nur bis zum 31. Dezember 1926 vorsieht. Da für die Angestelltenversicherung eigentliche Rentenleistungen erst nach diesem Zeitpunkt zu gewähren sind — die erste jährliche Rentezeit läuft erst im Jahre 1923 ab — so kommt der Teuerungszuschlag von 50 Mk. pro Monat in Fortfall. Die geringfügig die gegenwärtig von der Angestelltenversicherung gewährten Ruhegehälter und Renten sind, wie daraus hervor, daß die Ausgaben dafür

im Jahre 1919 noch nicht mal eine Million Mark bei einer Beitragseinnahme im gleichen Jahre von über 285 Millionen Mark betragen. Verständlich wird die ungeheure Beitragsbelastung der Angestellten, wenn man sich jene Stelle aus der Begründung der Gesetzesvorlage vergegenwärtigt, wo darauf hingewiesen wird, daß die Verwaltungskosten riesige Summen verschlingen. Bei Schaffung des Gesetzes waren hierfür 2 Prozent vorgesehen. Im Jahre 1919 betragen sie bereits 8,3 Prozent, 1920 über 13 Prozent und man rechnet mit einer Steigerung bis zu 20 Prozent. Die Angestellten sollen also für den kostspieligen Verwaltungsapparat der Angestelltenversicherung riesige Summen aufbringen, damit dem G. d. A. und dem Gedag (D. S. B. Verband weiblicher Handels- und Bureauangestellter) die Sonderversicherung erhalten bleibt. Ebenso vernichtend für die Sonderversicherung ist die Tatsache, daß sich das bisherige Beitragsverfahren als ein jämmerliches Fiasko erwiesen hat. Die Begründung des Gesetzentwurfes muß selbst zugeben, daß verschiedene Versuche, das Beitragsverfahren unter Beibehaltung der Versicherungsfonten zu verbessern, nicht den gewünschten Erfolg gehabt haben. Die Verwaltung sei durch die bisherige Zahlungsweise unverhältnismäßig erschwert und verteuert worden. So bestätigt sich in allen entscheidenden Fragen, wie recht die im Afa-Bund zusammengeschlossenen Organisationen mit ihren Forderungen und ihrer Kritik hatten.

Die Sonderkassenfreunde wollen neues Unheil auf die Angestellten herabbeschwören. Unter Umgehung des vorläufigen Reichswirtschaftsrats drängen sie auf eine sofortige Reabschließung, um vollendete Tatsachen zu schaffen. Diesem Raubzug haben bisher nur die sozialistischen Parteien Widerstand geleistet. Wir warnen die bürgerlichen Parteien und rufen die Angestellten auf, sich bereit zu halten, um in mächtvollen Kundgebungen dieses Schandwerk zu verhindern.

Volkswirtschaft.

Deutschlands Kohlenlage.

V. Infolge der Knappheit an Gaskohlen können die Gasanstalten im Reich nur mit durchschnittlich 60 Prozent ihres eingeschränkten Kontingents beliefert werden. In diesem knappen Umfange konnte die Versorgung der Gaswerke aufrechterhalten werden, so daß Stillstände vermieden worden sind.

Die Elektrizitätswerke sind ebenfalls in Betrieb gehalten worden, z. T. haben aber Abschaltungen von Industriemotoren und Stromsperrn stattfinden müssen, z. T. werden die Räderlägen, die für den Getreidebruch bestimmt waren, angegriffen und aufgebraucht. Für die Lage bezeichnend ist, daß Kraftwerken, die im Ruhrrevier liegen, wie Herbede, Elverlingfen, Schwelm u. a. ein Drittel ihrer Zufuhren in mitteldeutschen Braunkohlenbrütten geliefert werden muß.

Die Bestände der Reichseisenbahnen sind infolge der verminderten Zufuhren und von Notausfällen, die zur Aufrechterhaltung der Kleinbahnbetriebe notwendig wurden, zurückgegangen.

In Bunkerkohlen für die Schifffahrt herrscht ein scharfer Mangel. In Hamburg lagen infolge dessen über 50 Rähne fest, die mit Getreide und Lebensmitteln nach Berlin und Schlesien bestimmt waren. An den Küstenplätzen vorhandene Bestände sind gänzlich aufgebraucht. Die Bunkerkohlenversorgung ist auf die geringsten Mengen, die von der Ruhr nur stoßweise geliefert werden können, angewiesen. Auch in der östlichen Binnen-Schifffahrt zeigen sich die Einwirkungen des Bunkerkohlenmangels infolge des Waisfalls Obereschlesien bis in den Magdeburger Bezirk hinein bemerkbar. In Breslau, Oberberg, Jüdisberg, Hohenhausen, Berlin, Spandau, Havelberg und Brandenburg liegen zahlreiche Schlepplüge, insbesondere auch Lebensmitteltransporte, aus diesem Grunde fest.

Hätte die Industrie im Vorjahre nur mit knappen, zeitweiligen, oft unzureichenden Zufuhren den Bedarf decken können, so hätten sich im Winterhalbjahre 1920/21 im allgemeinen infolge des Minderbedarfs der Industrie, den die Wirtschaftslage bedingte, Bestände an minderen Steinkohlen ansammeln lassen, die verhinderten, daß die Industrie sofort zum Erliegen kam. Inzwischen gehen aber bei der Fortdauer des Ausbleibens der Zufuhren aus Obereschlesien die Bestände zu Ende. Allgemein führt der gegenwärtige Zustand zu einer völligen Entblößung Deutschlands von irgendwelchen Reserven, wie dies z. B. auch am Stand der Haldebestände an der Ruhr erkennbar wird. Es bedarf keines besonderen Hinweises auf die Größe der Gefahr, die hierdurch der Industrie droht. Für den Osten ist sie um so größer, als für die Industrie des Ostens im allgemeinen eine Aushilfe von der Ruhr nicht in Frage kommen kann.

Devisen-Kurse.

Hamburg, 28. Juni.		28. Juni.		27. Juni.	
Amtliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.					
Holland	100 fl.	2442.50		2490.—	
Kopenhagen	100 Kr.	1247.50		1277.50	
Stockholm	100 Kr.	1647.50		1682.50	
Kristiania	100 Kr.	1055.—		1072.50	
Helsingfors	100 finn. Mk.	122.50		125.50	
Schweiz	100 Frs.	1245.—		1275.—	
Wien (alt)	100 K.	—		—	
do. (neu)	100 K.	13.50		15.75	
Budapest	100 K.	28.50		29.25	
Prag	100 K.	100.50		101.—	
Spanien	100 Pesetas	970.—		992.50	
London	1 £	277.76		282.—	
Paris	100 Frs.	596.—		608.—	
Belgien	100 Frs.	592.—		605.—	
Italien	100 Lire	364.—		376.—	
Bukarest	100 Lei	—		115.50	
N. York telegr. Ausz.	1 Doll.	73.37		75.50	
do. briell. Ausz.-od. Scheck		73.—		75.12	

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angelommen am 28. Juni 1921.				
Dampfer	Segler	Schiffname	Kapitän	Herkunftsport
D.		Westphalia	Necker	Alyborg
D.		Deimbahl	Quarbyson	Kolding
D.		Eravemünde	Garder	Imuiden
D.		Alexandra	Greifung	Gesle
Angelommen am 29. Juni 1921.				
D.		Lübeck	Lundin	Göthenburg
D.		Greif	Stelle	Rotta
D.		Stemshoff	Ryke	Antwerpen
D.		Serda Krefmann	Wächter	Breda
D.		Wilhelm Lübe	Christlieb	Nyboing

Verantwortlich: für Politik Dr. J. Leber; für die Rubrik Freiheit Lübeck und Heiligkeit Hermann Bauer; für Parteilisten und Gewerkschaftsbewegung August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Razar & Co. sämtlich in Lübeck.

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 29. Juni.

Die staatliche Torfgewinnung in Lübeck.

Wie der Privatkapitalismus dem Staate mißspielte, ergibt sich aus einer Vorlage an die Bürgerschaft, in der für die Anschaffung von Torfmäschinen und Geräte eine Million und 100 000 Mark gefordert werden. Der Brennstoffmangel der letzten Jahre zwang zu Vorbeugungsmaßnahmen. Anregungen, die Lübeckischen Torfmoore auszubenten, gingen sowohl von der Forstverwaltung, dem Landesverwaltungsamt wie der Bürgerschaft aus. Man wollte vor allem die wilden Eingriffe in unsere Wälder verhindern. Die Not der Zeit suchte sich natürlich das Privatkapital zunutze zu machen. Wie es in dem Bericht der Finanzbehörde heißt, suchten Tiefbauunternehmer, Kohlenhändler und Spekulanten die abbaufähigen Moore in ihren Besitz zu bekommen und auch die Torfindustriellen strebten eine Eingebung an, um die Preise einseitig festzusetzen. Diesem eigenständigen Bestreben mußte ein Riegel vorgeschoben werden. 1919 wurde ein Moorenteilungs-gesetz erlassen und gleichzeitig wurde die Forstverwaltung beauftragt, das nötige Gerät für die Torfgewinnung zu beschaffen. Diese Maßnahmen waren also durchaus notwendig, sollte die Bevölkerung vor der privatkapitalistischen Ausbeutung geschützt werden. Aber neben den oben bezeichneten Interessenten traten nunmehr auch die Torfmäschinenindustriellen auf den Plan. Die Herren nützte ihre Zeit. Wie aus dem Bericht der Finanzbehörde hervorgeht, stellten die Fabrikanten ihre besonderen Bedingungen, nach denen ihnen die Besteller auf Gnade und Ungnade ergehen waren. Es blieb aber trotzdem nichts anderes übrig, die Maschinen auftrag gegeben werden, wollte man sich nicht der Gefahr aussetzen, nicht genügend für die Beschaffung der Brennstoffe getan zu haben. Neben drei Torfmäschinen und fünf Pressen sowie fünf Handtischmaschinen wurden die sonstigen notwendigen Requiraten bestellt. Der ganze Apparat war mit 597 473,52 Mark in Rechnung gestellt, und als die Ablieferung stattfand, war der Preis auf über eine Million Mark gestiegen. Dazu kamen noch 70 000 Mark für Montage, so daß jetzt die Rechnung mit 1 100 000 Mark präsentiert wird. Zu alledem hatte sich die Lieferung der bedeutendsten Maschinen stark verzögert, so daß im vorigen Sommer nicht mehr mit den Hauptmaschinen gearbeitet werden konnte. Die Baubehörde arbeitete mit einem Maschinenfabrik in Waldhofener Moor. Es wurden etwa 10 000 Zentner guter Maschinenteile hergestellt, der in verschiedenen Betriebsanstalten und Schulen verfertigt wurde. Die Herstellungskosten einschließlich Vorkarbeiten erreichten 152 475,24 Mark Ausgaben, während 168 093 Mark eingenommen wurden. Lübeck besitzt nur Moore in Waldhofen und Westloe; weitere zu angemessenen Bedingungen zu erwerben, war unmöglich. Die Herstellungskosten stiegen fortwährend. Von anfänglich 6 Mk. pro Zentner im Moor stiegen sie zuletzt auf 12 Mk. Es heißt in dem Bericht, daß die Industriellen den Torf unter Selbstkosten veräußerten. Da ein Ausgleich zwischen Preis und Heizwert nicht stattfinden konnte, sollte für den Staat die Grundlage sein, den Betrieb weiter aufrecht zu erhalten, da es dessen Aufgabe gewesen sei, die Bevölkerung mit nicht überbeiztem Brennstoff zu versorgen. Selbst wenn die Belieferung mit hochwertigem Brennstoff wieder vorübergehend nachlassen sollte, so hätten sich doch auf die Torfgewinnung so viele Privatleute eingestellt, die in Rücksicht auf den Preis für deutsche und englische Kohle mit geringem Verdienst verkaufen müßten, daß für einen staatlichen Eingriff in nächster Zukunft kein Grund mehr vorhanden sei. Es liegt auch keine Veranlassung vor, die in Kurau-Maltesdorf und am Kanal zwischen Büßan und Kronsforde gelegenen und im Privatbesitz befindlichen Lübschen Moore zu enteignen, da sie von leistungsfähigen Unternehmern bearbeitet würden. Deshalb wird beantragt, die Finanzbehörde auch zu ermächtigen, die im Waldhofener und Westloeer Moor nicht verwendbaren Torfmäschinen und Geräte bestmöglichst wieder zu veräußern. — Die Finanzbehörde steht sehr rotha in die Zukunft. Das Vorgehen der Privatunternehmer bei Entleerung der Moore gibt doch zu denken. Da die Kohlenpreise sicher noch weiter steigen, werden

die Torfindustriellen schon nachklettern und sie können dies um so leichter, wenn ihr Ring keine Konkurrenz mehr zu befürchten hat. Wenn es auch richtig ist, daß man teure Maschinen nicht nutzlos herumstehen lassen darf, so muß doch deren endgültiger Verkauf sorgfältig geprüft werden.

Achtung, Betriebsräte und Betriebsobleute der vereinigten Gruppe 11 und 14. (Metallindustrie, Werften und Hüttenindustrie.) Auf die am Donnerstag abend 7 Uhr stattfindende Gruppenversammlung wird hiermit noch besonders hingewiesen. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller B.-R. und B.-O. Mitgliedsbuch und Ausweis müssen vorgezeigt werden.

Achtung, SPD-Metallarbeiter! Am Sonnabend, dem 2. Juli, abends 7 Uhr, findet eine außerordentlich wichtige Fraktions-sitzung im Gewerkschaftshaus statt. In dieser Sitzung wird neben einem Vortrag über die allgemeine Lage des Verbandes auch noch Stellung genommen zu der bevorstehenden Wahl der Delegierten zur General-Versammlung des Verbandes. Das Erscheinen aller SPD-Kollegen und Kolleginnen ist unbedingt erforderlich. Wir machen schon heute auf diese Versammlung aufmerksam, damit sich jeder danach richten kann.

Achtung, Arbeiter und Angestellte! Mitglieder der Ortskrankenkasse. Nur noch bis zum 30. ds. Mts. werden die Anmeldungen zwecks Aufnahme in die Wählerliste im Bureau der Ortskrankenkasse entgegengenommen. Wer seine Eintragung bis jetzt noch nicht vorgenommen hat, muß dies unverzüglich tun. Der Vorstand des A. D. G. B. und A. f. a.

Zur Frage der Sonntagsruhe im Freiergewerbe wird uns geschrieben: Es ist mit Recht anzuerkennen, daß, wenn in einem Berufe Verhältnisse bestehen, die der Neuzeit nicht mehr entsprechen, die Arbeitnehmerschaft versucht, hier Aenderung zu schaffen. Ist nun aber die Sonntagsarbeit in unserem Berufe ein derartiger Zustand, daß hier unbedingt Abhilfe geschaffen werden muß? Es ist kein einziger unter uns, der nicht den Sonntag für sich und seine Familie ganz frei haben möchte, aber die Eigenart des Berufes und die gegenwärtige schwere wirtschaftliche Lage desselben zwingen ihn, alle Möglichkeiten zu ergreifen, um das zu verdienen, was heute zur Erhaltung der Familie und zur Erfüllung der Pflichten dem Staate gegenüber nötig ist. Wer würde durch den Sonntagschluß am schwersten getroffen werden? Nicht diejenigen, welche im Zentrum der Stadt ihre Geschäfte haben, sondern die, welche in den Vorstädten und solchen Gegenden der Stadt ihren Beruf ausüben, die in der Hauptsache von Arbeitern und Angestellten bewohnt sind. Für die Geschäftsinhaber würde der Sonntagschluß schwere wirtschaftliche Folgen haben, oder einige werden gezwungen, „pfuschen“ zum Schaden der übrigen. U. E. liegt doch unser Beruf so, daß er nach Möglichkeit dem Bedürfnis des Publikums entgegenkommen muß. Und das Bedürfnis, am Sonntag den Freier in Anspruch zu nehmen, liegt u. E. so lange vor, bis auch die noch an den Sonntagen stattfindenden Veranstaltungen abgeklärt sind. Die geforderte Lohnerhöhung mußte im Hinblick darauf, daß das Geschäft mit 1500 bis 1800 Mark pro Jahr neu belastet würde und gegenwärtig keine Möglichkeit besteht, diese Summe auf das Geschäft abzuwälzen, abgelehnt werden. Bedauerlich ist es, daß unser Beruf, wie ja auch vom Schlichtungsausschuß anerkannt wurde, sich in schwerer Lage befindet. Wir hoffen, daß auch die Gehilfen diese Lage erkennen und daß es dann möglich sein wird, zu einem beide Teile zufriedenstellenden Ergebnis zu gelangen.

Die Lohnkommission der Freier-Jungung.
Die Frage der Sonntagsruhe ist ja nach Ablehnung durch die Arbeitgeber vorläufig für die Arbeitnehmerschaft als erledigt anzusehen. Wenn trotzdem die Arbeitgeber die Frage nochmals ansprechen, so sei ihnen erwidert, daß die völlige Sonntagsruhe nur noch eine Frage der Zeit ist. Die Arbeitgeber Lübecks wissen genau, daß die Sonntagsruhe in bereits über 70 Städten Deutschlands mit Erfolg eingeführt ist, aber die Gleichgültigkeit einiger unserer Kollegen hat uns wieder davon abgebracht. Deshalb unser

Gegenvorschlag. Die Neubelastung der Geschäfte mit 1500 bis 1800 Mark ist viel zu hoch gegriffen. Die Lohnerhöhung beträgt pro Woche 20 Mark. Würden die Krankentassenbeiträge etwas höher kommen, könnte man höchstens 1100 Mark Mehrbelastung pro Jahr herausrechnen. Oder rechnen die Herren Freiere unsern freien Nachmittag mit? Sie scheinen nicht im Bilde zu sein, daß wir das Recht haben, unsere 57tägige Wochenarbeitszeit noch zu kürzen, da uns gesetzlich eine 48stündige Arbeitszeit zusteht. Ja, die Herren Freiere haben hier in Lübeck sehr oft auf die Gleichgültigkeit der Gehilfen gerechnet. Daß dieselben sich jetzt auch mehr regen, will garnicht in den Kopf einzelner Arbeitgeber hinein. Die Gehilfen bleiben restlos auf ihren Forderungen bestehen, und haben am Dienstag einstimmig den Streik beschlossen, falls bis zum 30. Juni keine Einigung erzielt ist. Zur Bedienung der Rundschau werden fliegende Kaffertuben eingerichtet, die dann noch bekannt gegeben werden. Auch die Freier haben den Streik beschlossen, um endlich eine bessere Bezahlung zu erhalten. Wenn auch hier keine Einigung erzielt wird, arbeiten die Freiere im Interesse des Verbandes in fliegenden Kaffertuben weiter. Nähere Bekanntgabe erfolgt am Freitag. Unterstützt die Angestellten in ihrem Streik, und meidet die Freieregeschäfte, die die Forderungen nicht bewilligt haben.

Arbeitnehmerverband des Freier- und Haargewerbes.
Zweigverein Lübeck.

Aus den Bürgerstimmvorlagen. Der Senat stellt zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft, dem Arbeitsausschuß für das Arbeiterinnenheim zur Beschaffung von Hausrat und Wäsche, sowie für Reparaturen für 1921 30 000 Mark und für 1922: 10 000 Mark mit der Bedingung zu stellen, daß ein Vertreter des Staates in den Ausschuß aufgenommen wird. Wie das Wohlfahrtsamt begründend ausführt, ist vom Gesichtspunkt der Wohnungsfürsorge aus die Einrichtung des Arbeiterinnenheims als äußerst wertvoll bezeichnet. Es beherbergt Mütter und Kinder, die sonst ganze Wohnungen in Anspruch nehmen würden und nimmt Personen auf, die sonst auf Schlafstellen in Wohnungen angewiesen sind. Auch vom Fürsorgestandpunkt aus sei die Erhaltung und Förderung des Arbeiterinnenheims zu empfehlen. Die Fabrikpflege finde darin eine wertvolle Ergänzung. Die Zusammenarbeit der Heilmutter mit dem öffentlichen Arbeitsschulzweck habe sich ebenfalls als fördernd erwiesen. Das Haus in der Fackelburger Allee 21/22a wurde für 87 000 Mark erworben, durch Vermittlung des Arbeitgeberbundes wurden von größeren industriellen Betrieben 40 000 Mark dem Ausschuß zur Verfügung gestellt. Außerdem sind erhebliche Beiträge von Firmen und Privaten dem Heim zugesprochen. Die vom Staat beantragten Mittel sollen das Heim insstand setzen, das Inventar soweit zu ergänzen, daß für das kommende Jahr höhere Mieteinnahmen erzielt werden können. Verpflegung für die Bewohnerinnen wird vom Heim nicht geliefert, wohl aber steht die Küche zur allgemeinen Benutzung frei.

Die hiesigen Werften sind nach einer Mitteilung der „Lüb. Neuesten Nachrichten“ auf beschäfftigt. Auf der Flenderwerft herrscht sehr rege Schiffsbautätigkeit, in der Herrenbrückenbauerei sind 4 Dampferneubauten a. ca. 3000 T. Tragfähigkeit in Angriff genommen, die später auf Dwershellinge ablaufen sollen. Am Travewerft liegen mehrere Dampfer und Segler in Reparatur und bei der Schiffsbewertungsgesellschaft, Stems, ist das Artillerie-schulschiff „Mars“ zum Abwracken an den Werftplatz geholt und die Kreuzertragbauten „Wiesbaden“ und „Kosch“ nach dem alten Schraffler nach Gotthum verlegt, wegen Platzmangels am Werftplatz.

Die Opfer der Trave. Mit Bezug auf den Unglücksfall der kleinen Mädchen an der Strauchfähr wird uns vom Hafenkapitän Murten geschrieben: Nicht immer findet sich der mutige Retter, zumal wenn kein Schwimmer in der Nähe ist. Eine Kinderleiche wurde erst dieser Tage unterhalb der Dankwartsgrube aufgefunden und nach der Leichenkammer gebracht. Es ist die höchste Zeit, daß wieder ein warnendes Wort ertönt! Dann und wann trifft es sich, daß ein beherzter Schwimmer und Retter zur Stelle ist und das junge Leben dem tüchtigen Wassergeist, der auch in unserer anscheinend so friedlichen Trave unermüßlich auf der Lauer liegt, entreißen kann. Aber zahlreicher, unheim-

Das Fährlein der sieben Aufrechten.

Novelle von Gottfried Keller.

1. Fortsetzung.
„Sol! Nun kommt er vor zehn Uhr nachts nicht mehr!“ lachte Frau Hediger und forderte Karl auf, das Gewehr zu nehmen, „Sorg“ zu tragen, und es rechtzeitig wieder zu bringen. „Ja nehmen!“ klagte der Sohn, „er hat ja das Schloß auseinander getan, ich kann es nicht herstellen.“ — „So kann ich es!“ rief die Mutter und ging mit dem Sohn in das Stübchen. Sie tippte den Deckel um, in welchem das zerlegte Schloß lag, las die Federn und Schrauben auseinander und begann sehr gewandt, sie zusammen zu fügen.
„Wo zum Teufel habt Ihr das gelernt, Mutter?“ rief Karl ganz verblüfft. „Das hab' ich gelernt,“ sagte sie, „in meinem väterlichen Hause! Dort hatten der Vater und meine sieben Brüder mich abgerichtet, ihnen ihre sämtlichen Büchsen und Gewehre zu putzen, wenn sie geschossen hatten. Ich tat es oft unter Tränen, aber am Ende konnte ich mit dem Zeug umgehen wie ein Büchsenmachergesell. Auch hieß man mich im Dorfe nur die Büchsenmiedin, und ich hatte fast immer schwarze Hände und einen schwarzen Nasenzipfel. Die Brüder verschossen und verjuckelten Haus und Hof, so daß ich armes Kind froh sein mußte, daß mich der Schneider, dein Vater, geheiratet hat.“
Während dieser Erzählung hatte die geschickte Frau mitlich das Schloß zusammengefügt und am Schafte befestigt. Karl hing die glänzende Patronentasche um, nahm das Gewehr und eilte spornstreichs auf den Exerzierplatz, wo er noch mit knapper Not anlangte, ohne zu spät zu kommen. Nach sechs Uhr brachte er die Sachen wieder zurück, versuchte nun selbst das Schloß auseinanderzunehmen und legte dessen Bestandteile wieder in den Schachtelbeutel, wohl durcheinander gerüttelt.
Nachdem er ein Abendbrot verzehrt und es darüber dunkel geworden, ging er an die Schiffslände, mietete ein Schiffchen und fuhr längs den Ufern hin, bis er vor die Mühle am See gelangte, welche teils von Zimmerleuten, teils von Steinmetzen benutzt wurden. Es war ein ganz herrlicher Abend; ein lauer Südwind kühlte leicht das Wasser, der Vollmond erleuchtete dessen Fernflächen und blühte hell auf den kleinen Wellen in der Nähe, und am Himmel standen die Sterne in glänzend klaren Bildern; die Schneeberge aber schauten wie bleiche Schatten in den See herunter, fast mehr geahnt als gesehen; der industrielle Schindlad, das Kleinliche und Unruhige der Bauart hingegen verstand in der Dunkelheit und wurde durch das Mondlicht in größere ruhige Massen gebracht, fast das Landschaftliche, was für die kommende Szene wichtig vorbereitet.
Karl Sediger fuhr rasch dahin, bis er in die Nähe eines großen Zimmerplatzes kam; dort lag er mit halblauter Stimme einpaarmal den ersten Vers eines Liedchens und fuhr dann langsam und gemäßlich in den See hinaus. Von den Bauhülern

aber erhob sich ein schlankes Mädchen, das dort gefessen, hand ein Schiffchen los, stieg hinein und fuhr allmählich, mit einigen Wendungen, dem leise singenden Schiffer nach. Als sie ihm zur Seite war, grüßten sich die jungen Leute und fuhr ohne weiteres Aufenthalt, Bord an Bord, in das flüchtige Silber hinaus, weit auf den See hin. Sie beschrieb in jugendlicher Kraft einen mächtigen Bogen mit mehreren Schneedenkmitteln, welche das Mädchen angab und der Jüngling mit leisem Rubedrucke mitmachte, ohne von ihrer Seite zu kommen, und man sah, daß das Paar nicht ungeübt war im Zusammenfahren. Als sie recht in die Stille und Einsamkeit gerieten, zog das junge Frauenzimmer die Ruder ein und hielt still. Das heißt, sie legte nur das eine Ruder nieder, das andere hielt sie wie spielend über dem Rande, jedoch nicht ohne Zweck; denn als Karl, ebenfalls still haltend, sich ihr ganz nähern, ja ihr Schiffchen förmlich entern wollte, wußte sie sie sein Fahrzeug mit dem Ruder sehr gewandt abzuhalten, indem sie ihm jeweilig einen einzigen Stoß gab. Auch diese Übung schien nicht neu zu sein, da sich der junge Mensch bald ergab und in seinem Schifflein still saß.
Nun gingen sie an zu plaudern und Karl sagte: „Steh Hermine! Ich kann jetzt das Sprichwort umkehren und rufen: was ich in der Jugend die Fülle hatte, das wünscht ich im Alter, aber vergeblich! Als ich zehn Jahre alt war und du sieben, wie oft haben wir uns da geküßt, und nun ich zwanzig bin, bekomme ich nicht einmal deine Fingerpitzen zu küssen.“
„Ich will ein für allemal von diesen unverschämten Lügen nichts mehr hören!“ antwortete das Mädchen halb zornig, halb lachend, „alles ist erfunden und erlogen, ich erinnere mich durchaus nicht an solche Veritaulichkeiten!“
„Weider!“ rief Karl; „aber ich bin um so besser! Und zwar bist du gerade die Tonangebende und Verführerin gewesen!“
„Karl, wie häßlich!“ unterbrach ihn Hermine, aber er fuhr unerbittlich fort: „Erinnere dich doch nur, wie oft, wenn wir müde waren, den armen Kindern ihre zerrissenen Röcke mit Zimmerspänen füllen zu helfen, zum fieseln Verbrüße eurer Pöllerer, wie oft mußte ich dann zwischen den großen Holzportalen, ganz im verborgenen, aus kleinen Hölzern und Brettern ein Hüttlein bauen mit einem Dach, einer Türe und einem Bänkelein darin! Und wenn wir dann auf dem Bänkelein saßen, bei geschlossener Türe, und ich meine Hände endlich in den Schoß legte, wer fiel mir dann um den Hals und küßte mich, daß es faum zu zählen war?“
Bei diesen Worten wäre er fast ins Wasser gestürzt; denn da während keiner Reden sich unmerklich wieder zu nähern gewagt hatte, gab sie seinem Schifflein plötzlich einen so heftigen Stoß, daß es beinahe umschlug. Hell auf lachte sie, als er den linken Arm bis zum Ellbogen ins Wasser tauchte und darüber fluchte.
„Karl! nur“, sagte er, „es kommt gewiß die Stunde, wo ich dir's entranten werde!“
„Hat noch alle Zeit!“ erwiderte sie, „bitte überlassen Sie sich nicht, mein schöner Herr!“ Dann fuhr sie etwas ernster fort: „Der Vater hat unere Geschichte erfahren; ich habe sie nicht geleugnet,

was die Hauptsache betrifft; er will nichts davon wissen, er verbietet uns alle ferneren Gedanken daran; so sehn wir also!“
„Und gedenkst du dem Ausspruche deines Herrn Vaters dich zu konnen und widerständig zu fügen, wie du dich anstellst?“
„Benigstens werde ich nie das erklärte Gegenteil von meinen Wünschen tun und noch weniger mich in ein feindliches Verhältnis zu ihm wagen; denn du weißt, daß er die Dinge lang nachträgt und eines tief um sich freßenden Großes fähig ist. Du weißt auch, daß er, schon seit fünf Jahren Witwer, meinetwegen nicht wieder geheiratet hat; ich glaube, das kann eine Tochter immer berücksichtigen! Und weil wir einmal dabei sind, so muß ich dir auch sagen, daß ich es unter diesen Umständen für unschuldig halte, uns so oft zu sehen; es ist genug, wenn ein Kind inwendig mit seinem Herzen nicht gehorcht; mit äußern Handlungen täuschlich zu tun, was die Eltern nicht gern sehen, wenn sie's wüßten, hat etwas Gefährliches, und darum wünsche ich, daß wir uns höchstens alle Monat einmal treffen, wie bisher fast alle Tage, und im übrigen die Zeit über uns ergehen lassen.“
„Ergehen lassen! Und du kannst und willst wirklich die Dinge so gehen lassen?“
„Warum nicht? Sind sind so wichtig? Es ist dennoch möglich, daß wir uns bekommen, es ist möglich, auch nicht! Und die Welt wird doch bestehen, wir vergessen uns vielleicht von selbst, denn wir sind noch jung; und in keinem Fall scheint mir groß Aufhebens zu machen!“
Diese Rede hielt die sechzehnjährige Schöne mit schneidender Trockenheit und Kälte, indem sie die Ruder wieder ergrieff und landeinwärts keuerte. Karl fuhr neben ihr, voll Sorgen und Furcht, und nicht minder voll Aerger über Hermine's Worte. Sie freute sich halb und halb, den Wildfang in Sorgen zu wissen, war aber doch auch nachdenklich über den Inhalt des Gesprächs und besonders über die vierwöchige Trennung, welche sie sich auferlegt hatte.
So gelang es ihm, sie endlich zu überraschen und sein Schiff mit einem Rucke an das ihre zu drücken. Augenblicklich hielt er ihren schlanken Oberkörper in den Armen und zog ihre Gestalt zur Hälfte zu sich hinüber, so daß sie beide halb über dem tiefen Wasser schwammen, die Schiffchen ganz schief lagen und jede Bewegung das völlige Umschlagen mit sich brachte. Die Jungfrau fühlte sich daher wehrlos und mußte es erdulden, daß Karl ihr ließen oder acht heftige Küsse auf die Lippen drückte. Dann richtete er sie samt ihrem Fahrzeug wieder sanft und sorglich in die Höhe; sie strich die Locken aus dem Gesicht, ergrieff die Ruder, atmete heftig auf und rief, mit Tränen in den Augen, zornig und drohend: „Karl! nur, du Schlingel, bis ich dich unter dem Pantoffel habe! Du sollst es, weiß Gott im Himmel, verspüren, daß du eine Frau hast!“ Damit fuhr sie, ohne sich weiter nach ihm umzusehen, mit raschen Ruderschlägen nach ihres Vaters Grundstück und Heimweien. Karl dagegen, voll Triumph und Glückseligkeit, rief ihr nach: „Gute Nacht, Fährlein Hermine Fremmann! Es hat gut geschmeckt!“

(Fortsetzung folgt.)

Jugend-Gesund

des Lübecker Volksboten

Lübeck, den 29. Juni 1921

Alle Lehrkräfte sowie alle jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen finden Rat und Unterstützung bei der hiesigen Jugend-Schul-Kommission.

Die Namen und Adressen sind folgende:

- A. Löwigt, Johannisstraße 48 I.
- S. Puls, Schützenstraße 49 b I.
- S. Myrau, Schützenstraße 59 III.
- G. Grothe, Segebergstraße 1 p. und
- G. Freiherr, Kronsforder Allee 108 a.

Der Guter.

Ich suche —
Suche starke Hände
und einen Willen groß und fest,
der sich nicht droh'n, nicht beugen läßt
an dieser Zeiten Weltentwende.

Ich sehe ruh'ge Säulen ragen
und hör' ein lautes Brausen weh'n:
die Räder jurr'n, die Hämmer schlagen ...
doch durch des Mtags düstres Klagen
hall'n Zukunftsglocken Steggetön!

Wie lange noch? ...
Ein dröhnend Stampfen
wächst durch die Nacht der Gegenwart.
Und Stimmen drohen tief und hart ...

Schon steigt der Tag. Die Schollen dampfen.
Ein Frühwind segt durchs weite Land.
Saatkreuz kreuzt mit schwiel'ger Hand
die Arbeit in die tiefdurchwühlten
Pflugfurchen. — Still! Ein Verhängnis
steigt überm Feld, dem glanzumspielten.

Währet bis zur Ernte es noch lang?
Schon bauen tausend harte Hände
Die Bahn zur neuen Weltentwende ...

Unsere Sonnenwendfeier.

Der 25. Juni ist im Tatbericht der Lübecker Arbeiterjugend als Werktag verbucht. Ein Tag voll Sonne und Licht, voll Abendsonnengold und Mondglanz, voll Erwartung und Freude. Sagt, liebe Freunde, was es nicht so? Hattet Ihr nicht die Feierstunde herbeigesehnt, seid Ihr nicht eifriger denn sonst von der Werkbank davongeeilt, um zu rechter Zeit am Sammelort einzutreffen? Und Ihr wartet doch alle freudig überläßt ob der großen Zahl der Kameradinnen und Kameraden, die dort an dem schönsten Juniabend zusammentrafen, um gemeinsam durch die Abendstunden zu wandern, durch Wald und Au, im herzhafte[n] Schritt und Tritt, befeelt von Brudersang und Fröhlichkeitsföh[n]. Im Gleichklang der Seelen verschwand Raum und Zeit, weitete sich die Brust im Sehnen für das Komende. Was Wunder, wenn dies und jenes Herz stärker im Busen brannte und hochloberte wie die alles verzehrende, wild aufblackernde Flamme! ...

Ihr habt den mächtigen Holzstoß selbst zusammengetragen, habt mit vereinter Kraft das Feuer geführt, die versengende Glut aufs neue aufgestachelt und dadurch im frühesten Tun gezeigt, was Menschen auch im ernstesten Leben tun müssen, die Gemeinlichkeitsstreben verbindet. Im Feuerschein habt Ihr Euch die Hände gereicht, schloßet Ihr den Reigen und umkreist die rote Glut. Ihr knüpftet so das Band der Eintracht, der Arbeit und der Freude, das Euch Dr. Leber so schön geschildert hatte, das Band des Zusammenhaltens, des einigenden Tuns, des nimmerbrechenden Vorwärts- und Aufwärtsschreitens, aus dem allein die Freude entspringt. Es war doch ein prächtiger Anblick, wie Ihr so am Abhang der Höhe saßet und die himmelanstrebenden Worte vernahmt, wie Ihr andächtig lauschtet und doch kaum die Minute erwarten konntet, die die Flamme entfachte. Da wuchten auch Eure jungen Herzen hoch und rissen den letzten Kameraden mit in den Freudentrüb[e]. Ihr wollt alle zum Licht, zur Sonne, nach höherem Wertelichtgängen hinauf in die höchsten Weiten schöner, befreiender Erkenntnis. Das ist schon so, sonst müßt Ihr Euch nicht in der Arbeiterjugendgemeinschaft zusammengefunden. Das klang auch aus den herrlichen und prächtig wiedergegebenen Dichtungen Eurer Freunde Anneliese Anderson und Wilhelm Jahne heraus. Da lag denn doch mehr Sinn darin als in einer lauwarmen Anhimmlung künstlich vergötterter Nachhaher. Die Kraft, das Graße, Edle und Schöne der Welt nur aus dem Innern Eures Selbst erkennen, muß mit dem Grad Eurer Reife wachsen, dann wird jenes Geschlecht mit Euch emporkommen, daß sich nicht größerwahnstüchtig über andere zu erheben wünscht, sondern kämpft und strebt und lebt, das schafft und wirkt und sich des erfolgreichen Tuns freut. Das ist Euer Sinn der Sonnenwendfeier! Möge er am vergangenen Sonnabend Wurzel geschlagen haben. Euch zur Lust und Freude, den andern zur hohen Hoffnung. Denkt daran, vergeßt diesen Tag niemals im Leben!

XX.

Reichsausschuß der Arbeiterjugend-Organisationen.

Am 18. März fand in den Räumen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin eine Besprechung zwischen Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der So-

zialistischen Proletariatsjugend und des Verbandes der Arbeiterjugendvereine Deutschlands statt, in der über die Möglichkeit eines Zusammengehens der proletarischen Jugendorganisationen in wirtschaftlichen Angelegenheiten beraten wurde. Die Organisationsvertreter erklärten sich nach kurzer Aussprache grundsätzlich zur Beteiligung bereit. Die einstweilige Leitung und Geschäftsführung wurde dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund übertragen. Die Zahl der Vertreter zu den Zusammenkünften wurde auf fünf für die Gewerkschaften und auf je drei für die sozialistischen Jugendvereine festgesetzt. Als Name wurde gewählt: Reichsausschuß der Arbeiterjugend-Organisationen. Bei besonderen Gelegenheiten soll der Reichsausschuß erwägen, ob auch Vertreter der Sportorganisationen herangezogen werden sollen. Alle Beschlüsse des Ausschusses sollen unverbindlich sein und sind durch die einzelnen Organisationen nachzuprüfen und durchzuführen. Die Sitzungen des Ausschusses sind nach Bedarf einzuberufen. Mit den Kommunisten werden Verhandlungen über ihren Beitritt stattfinden.

Die Möglichkeiten einer örtlichen Zusammenarbeit wurden lebhaft erörtert, jedoch muß es den örtlichen Organisationsleitungen überlassen bleiben, die Zusammenarbeit nach dem Beispiel der zentralen Stellen durchzuführen. Dasselbe gilt für die Arbeitsteilung zwischen den gewerkschaftlichen und politischen Jugendorganisationen. Zu einem späteren Zeitpunkt sollen diese Fragen nochmals geprüft werden.

Als erste gemeinsame Arbeit wurde beschlossen, daß die angeschlossenen Organisationen Aktionen gegen die geplante Verlängerung der Arbeitszeit durchzuführen sollen. Bezüglich der Neuregelung des Lehrstundensystems wurde man sich dahin einig, zunächst einmal über den Stand der Dinge im Arbeitsministerium Erkundigungen einzuziehen und dann über weitere Maßnahmen zu beraten. Die Bildung des Reichsausschusses ist der erste Schritt zum gemeinsamen Vorgehen der proletarischen Jugendorganisationen.

Die Arbeiter-Jugend-Internationale.

S. A. K. Die Gründungskonferenz in Amsterdam Mitte Mai hatte den Hauptvorstand des Verbandes der Arbeiterjugendvereine Deutschlands erwählt, zwei Mitglieder für das Bureau der Arbeiter-Jugend-Internationale zu bestimmen und die Geschäfte zu übernehmen. Nachdem der deutsche Verband dem Wunsche der Internationale nachgegeben ist, hat kürzlich in Berlin die konstituierende Sitzung des Bureau stattgefunden. Vorsitzender ist P. Waagb (Holland), Sekretär-Redakteur Erich Ollenhauer und Kassier August Albrecht (beide in Deutschland). Die Adressen sind:

Vorsitzender: P. Waagb, Varen (Holland), Vogelweide.
Bureau: Erich Ollenhauer, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

Das Bureau wird jetzt vor allem die Vorbereitungen für den ersten internationalen Arbeiterjugendtag, der in Verbindung mit dem Reichsjugendtag der deutschen Arbeiterjugend am 30. und 31. Juli in Bielefeld stattfinden soll, treffen. Es ist jetzt schon sicher, daß alle angeschlossenen Organisationen in Bielefeld mit größeren oder kleineren Gruppen vertreten sein werden. Ueber die Einzelheiten des Jugendtages wird noch berichtet werden, jetzt sei aber die deutsche Arbeiterjugend schon aufgefordert, für diese erste internationale Rundgebung mit allen Kräften zu wirken.

Was heißt Jungsein?

Jungsein heißt eine Sehnsucht in sich tragen — nach Unerkanntem und Unerkennbarem.

Jungsein heißt suchen nach Zielen, den Himmel stürmen wollen mit neuen Ideen und Plänen.

Jungsein heißt nichts wissen wollen von altermutter Müdigkeit und Zermürbung feilscher und geistiger Art, von allem, was niederdrückt, nimmer jagen und nimmer verjagen.

Jungsein heißt vorwärts schauen, nicht rückwärts, ganz dem Augenblick hingegeben sein, alles aus sich machen wollen, um die Zukunft zu erobern, nicht bloß für das selbstüchtige Ich, sondern für Volk und Vaterland.

Jungsein heißt überall Rosen sehen und die Dornen nicht fürchten, von Schwierigkeiten und Hemmungen, Gefahren und Niederlagen sich nicht unterkriegen lassen.

Jungsein heißt Kraft, Mut, Glauben nicht bloß fühlen in heißer Brust, sondern umsetzen in Tat.

Jungsein heißt siegen!

Von der Schädlichkeit des Zigarettenrauchens.

Ein junger bleicher Mann tritt in das Speckzimmer eines Arztes. Dieser unterquert ihn. „Sind Sie Raucher?“ — „Ich rauche täglich 20 bis 30 Zigaretten!“ — „Glauben Sie nicht, daß das an Ihrem elenden Zustande schuld ist?“ — „Nein, im Gegenteil.“ Der Arzt schüttelt den Kopf. Er nimmt aus einem Glase ein Blutegel. „Ich will Ihnen etwas zeigen“, sagte er, „entblößen Sie Ihren Arm!“. Der Zigarettenraucher wies seinen bloßen Arm vor, und der Arzt legte den dünnen schwarzen Wurm darauf. Sofort fing dieser an zu klingen. Er wurde nieder, dann aber kam plötzlich ein krampfhaftes Zucken über ihn; er fiel ab — tot! „Das hat Ihr Blut an dem Tier bewirkt!“ sagte der Arzt. Er nahm den kleinen Körper zwischen Daumen und Zeigefinger. „Sie haben ihn vergiftet!“ — „Ich vermute, daß es kein gesunder Blutegel war.“ sagte der Raucher mürrisch. — „Rein gesunder? Nur gut, wir versuchen es noch einmal.“ Der Arzt legt zwei andere Tiere auf des Jünglings Arm. Wenn diese beiden auch sterben“, sagte der Raucher, „dann rauche ich halt 30 nur noch 10 Zigaretten.“ Während der beiden letzten Worte zuckte einer der kleinen Blutegel und fiel ab auf seine Seite — tot, und einen Augenblick später fiel auch der andere neben den ersten. „Wie-

abscheulich“, sagte der junge Mann, „ich bin ja für Blutegel schlimmer als die Pest.“ — „Das ist die Wirkung eines Giftes in Ihrem Blut, das sich bei allen Zigarettenrauchern findet“, sagte der Arzt. — „Herr Doktor“, erwiderte der Raucher, indem er die drei Blutegel nachdenklich betrachtete, „ich glaube fast, Sie haben recht. Wenn dieses Gift eine so verheerende Wirkung auf ein Lebewesen ausüben vermag, muß es auch für mich zweifellos auf die Dauer gefährlich werden. Ich werde Ihrem Rats folgen und das Zigarettenrauchen bleiben lassen.“ — Und du, Jugendgenosse, wie ist es mit dir und mit den vielen Kollegen deines Bekanntenkreises? Willst du weiter deine Gesundheit ruinieren und müßig zusehen, daß deine Arbeitsbrüder sich nach und nach vergiften?

Waldbacht.

Früh am Tag war es.
Die ersten Sonnenstrahlen küßten leicht die Erde. Sie krochen in alle Winkel und Ecken, den neuen Tag zu verkünden. Nur uns, die kleine Schar, welche sich zusammengefunden zu einer Wanderung, berührten sie noch nicht. Hinter einem Hause stehend, schauten wir eine Zeitlang dem schönen Spiele zu. Wir traten herzu und zogen von dannen.

Jetzt hatten sie uns, ungehindert tangten sie auf unsere Rücken, den blonden Jopfen und bunten Röcken, um uns auch manchmal neckisch die Wangen zu streicheln. Ein Lied vom Stapel zu lassen, wäre unschön gewesen, hätte die Morgenstimung getrübt. Wir badeten unsere Herzen und Sinnen in das heilige Morgenweben.

Geigte Freude zu genießen, eilt Jungvolk hinaus in Wald und Feld, Mädels wunden Blumen in das Haar und wir fingen die frühesten Lieder. Wir wollen Sonne, Luft und frohe Herzen. Mit vollen Händen schenkt uns die gabenreiche Natur alles.

Unser Bestimmungsort war endlich erreicht. Tiefe Stille, Waldeszauber empfing uns. Wir lauschten dem Gesang der Vögel, traute Märchen erzählte uns das Waldbächlein und geheimnisvoll rauschten die Blumenwipfel.

Der Wald weht und wirft uns ein neues Kleid für unsere junge Seele. Wir sind ja jung und wollen werden!

Die nahe Dorfkuhle schlug mit hellem Klange — Kirchgang. Mit den besten Kleibern angehen, werden Groß und Klein hinein-gewallt sein zu dem Gotteshaule. Von neuem die Botschaft der Liebe empfangen zu haben.

Und wir — eine stille Andacht im Tempel der Natur. Keine Säulen und Mauern sind, wo wir Stützung und Zuversicht empfangen. Dort, wo die alten Baumriesen das Lied der ewig verjüngenden Natur singen, die unsterblichen Vorkämpfer aus weißer Ferne grüßen, aus neue uns anfeuern, und wo uns ein inniges Gemeinschaftsband umschlungen hält; da ist der richtige Ort, wo Geist und Gemüt geklärt und getränkt werden.

Das Reinquod der Begeisterung wurde gegossen in unsere Herzen, und dauernd wollen wir davon regern. Ja, wir wollen.

Die Parabel vom schlimmen Jungen.

von Safed dem Weisen.

Es kam einst eine Mutter zu mir und sagte: „O Safed, du großer und weiser Mann, hab' Erbarmen mit meiner Magd, denn ich bin in Sorge. Du kennst meinen Jungen. Er ist vierzehn Jahre alt. Als er noch ein Kindlein war, war er das bravste und geschickteste, was du jemals gesehen hast!“

Und ich sagte: „Ich erinnere mich noch!“

Und sie sagte: „Und als er dann ein Bublein wurde, war er allerliebste!“

Und ich sagte: „Aber jetzt erkenne ich ihn kaum wieder! Er ist lärmend und grob, gleichgültig und unachtsam! Und die Schulaufgaben macht er nicht, und wenn ich ihn auskeltete, läßt er und sagt: Ich solle keine Angst haben!“

Und ich sagte: „Hab' keine Angst!“

Und sie sagte: „Ich weiß mir nicht zu helfen! Hat es jemals einen solchen Jungen gegeben?“

Und ich sagte: „Als George Washington vierzehn war, mußte er sich nicht immer hinter den Ohren! Und als Julius Cäsar vierzehn war, benahm er sich in der Sonntagsschule nicht immer sehr ehrsüchtig! Und als William Shakespeare vierzehn war, wurde ihm ein Schulgang entschuldigt, weil an jenem Tage das Begräbnis seiner Großmutter stattfand — aber er hat es damals vorgelesen, an einem Ballspiel teilzunehmen. Und Simon Petrus, als er vierzehn war, blieb eines Tages wegen ernstlicher Erkrankung der Schule fern, erholte sich aber schnell und hinterließ, um das Hüpfen des Rocks an seiner Angelrute am Wasser des kleinen Bachs zu belauern, der dicht bei Kapernaum in den See von Galiläa fließt!“

Und sie sagte: „Steht das so in den Büchern?“

Und ich sagte: „Nein! Aber ich weiß, daß es so ist, denn ich kenne Jungens!“

Und sie sagte: „O Safed, es tut mir außerordentlich wohl, dies zu hören! Und es stellt meinen Glauben an den Jungen wieder her!“

Und sie stand auf, um zu gehen. Aber sie wendete sich noch einmal um und sagte:

„O Safed, als du vierzehn Jahre alt warst — was für ein Junge warst du damals?“

Und ich antwortete: „Wenn ich dir sage, daß ich ein Muffler war, wüßte es dich traurig machen, zu denken, daß ich anders war als andere Jungens! Und wenn ich dir sage, daß ich so war wie andere Jungens, wirst du glauben, daß ich kein Muffler war. Aber wenn ich es dir sage, dann kannst du dich freuen, das eine davon zu glauben oder beides!“

Und so hat ich ihr das „Salom!“ und sie ging. Und ich war glücklich, daß sie nicht Returach, mein Werk, nach mir ausgefragt hatte.

Deutsch von Max Hapet.

Am Ende der Welt steht ein Bruder und schafft wie ich.
Ueber alle Meere und Länder hin, Bruder, grüße ich dich!
Wenn Deine Faust heute den Hammer über den Hobel padt
fühlst sie gewiß unsern mahnenden Laft.
Max Barthel.

Genossenschaften.

Schädlinge der Genossenschaftsbewegung. Ein internationaler Genossenschaftsverband auf christlicher Grundlage wurde auf einer Tagung in Innsbruck eröffnet. Es wurde zur weiteren Prüfung ein Ausschuss mit dem Sitz in Rom gewählt, dem korrespondierende Mitglieder auch aus Deutschland und Österreich beigegeben wurden. Nachdem von Moskau aus die „rote“ Internationale gegründet wurde, mußten sich die „Christlichen“ natürlich heilen, von Rom aus durch Gründung einer weiteren „Internationalen“ die Zersplitterung der Genossenschaftsbewegung fördern zu helfen. — Die dazu ihre Hand reichen, sind Schädlinge an dem Wert, dem nur durch Einheit gebietet ist.

Aus aller Welt.

Zu Tode gequetscht. Beim Auffpringen auf einen fahrenden Eisenbahnzug verunfallte der Arbeiter Hum auf dem Stadtbahnhof Neufölln. Er geriet mit beiden Beinen zwischen Trittbrett und Bahnsteig und wurde, trotzdem der Zug sofort durch Ziehen der Notbremse zum Stehen kam, zu Tode gequetscht.

Nicht rote Freibeuter sondern Schnapsdampfer? Das Rätsel der auf geheimnisvolle Weise im Atlantischen Ozean verschwundenen amerikanischen Schiffe beschäftigt die amerikanische und englische Presse noch immer sehr ausgiebig. Der Korrespondent der Londoner „Daily Mail“ in New York gibt nun eine sehr einfache und harmlose Lösung der mysteriösen Angelegenheit. Er behauptet, aus maßgebender Quelle erfahren zu haben, daß die angeblich von Bolschewisten geraubten Schiffe gar nicht verschwunden sind, sondern sich aller Wahrscheinlichkeit nach in einer der zahlreichen Buchten der Südküste des Atlantik verborgen halten. Es sei wahrscheinlich, daß diese Schiffe im Dienste jener ausgedehnten Organisation ständen, die sich gebildet habe, um alkoholische Getränke in das „trockene“ Amerika einzuschmuggeln.

Wie eine reiche Dame in einen Dieb sich verliebte. In Frankreich bestimmt das Gesetz, daß Diebstähle zwischen Ehegatten nicht als Kriminalfälle betrachtet werden. Dieser Tage nun hat sich in Paris ein Vorfall ereignet, der dem Gericht ein großes Kopfzerbrechen verursachte. Eine vermögende Dame hatte, wie die „Times“ berichten, einen Einbrecher, der sie um 40.000 Francs bestehlen wollte, auf frischer Tat ertappt und der Polizei übergeben. Einige Tage danach aber — verliebte sie sich in ihn und beschloß, ihm die Hand zum Bund fürs Leben zu reichen.

Das Gericht aber wollte von einer Einstellung des Verfahrens wegen den frischgebackenen Ehegatten nichts wissen. Der Prozeß fand statt, und alle Bereitschaft des Wertebüßers half nichts: der Dieb und Ehemann wurde zu einem Jahre Gefängnis und einer halben Million Francs Geldstrafe verurteilt. Die Gattin aber hat das Nachsehen. Sie ist um den Königsmonat der Liebe gekommen und wird wohl oder übel die Prozeßkosten und die Geldstrafe tragen müssen.

Eisberge im Atlantik. Ein aus Amerika in Bremen angekommenes Schiff berichtet, daß ungeheure Eisberge im westlichen Teil des Atlantischen Meeres treiben. Besonders im Fahrwasser südwestlich von Neufundland befinden sich riesengroße Eisberge. Außerdem sind ungefähr 50 Seemeilen südlich der Europaroute Eisberge beobachtet worden.

4340 Kilometer gesunkt. Der der argentinischen Regierung gehörende Dampfer „Bahia Blanca“ hat auf seinem Rückweg nach Amerika regelmäßige funktentelegraphische Aufnahmen gemacht und hierbei festgestellt, daß die Telephonie mit der 180 Kilowatt-Hochfrequenzmaschine in Nauen auf 4340 Kilometer gut ausgenommen war. Dies entspricht der Entfernung Nauen—Neufundland.

Beschlagnahme von geschmuggeltem Leder. Für 1 Million Mark Leder, das in der vergangenen Nacht in 2 Lastautos über die rheinische Grenze eingeschmuggelt war, wurde von einem Hilfsgruppenführer beschlagnahmt und die Waren, wie auch die Autoführer der Kölner Polizei zugeführt.

Eisenbahnunfall bei Krakau. In der Nähe der Stadt Krakau stieß ein Personenzug mit einem Arbeiterzug zusammen. Die Lokomotive und zwei Waggons wurden vollkommen zerstört. Zwei Personen waren sofort tot, zehn wurden schwer, 25 leicht verletzt.

Gefährliche Abfahrt aus 3500 Meter Höhe. Zwei amerikanische Militärflieger sind, nach einer Meldung der Chicago Tribune, aus einer Höhe von 3500 Meter ins Wasser gestürzt und haben nur leichte Verletzungen erlitten. Der Unfall wurde erst bekannt, als die Flieger in der nächsten Stadt anlanden, nachdem sie in einem Ruderboot 80 Kilometer zurückgelegt hatten.

Vulkanausbruch auf Stromboli. Von der Insel Stromboli (Stalilien) wird ein heftiger Vulkanausbruch gemeldet; die Bevölkerung verläßt die Insel fluchtartig.

Große Trockenheit in England. Die andauernde Trockenheit in England droht zu einer Katastrophe zu werden. Alle Ernten leiden unter dem Wassermangel. Die Bevölkerung wurde aufgefordert, mit dem Wasser sparsam umzugehen.

75 Pfg. für ein Lamm. Australien leidet gegenwärtig unter entsetzlicher Dürre. Die Folge ist, daß die Landwirte, besonders die Schafzüchter, alles tun, um ihr Vieh loszuwerden, für das sie kein Futter schaffen können. So hat man in der letzten Zeit große Lämmer für neun Schilling das Duzend kaufen können. Man kann also in Australien ein großes Lamm für 75 Pfg. Friedenswährung kaufen, ja manchmal sogar noch billiger. Bezeichnend ist folgende kleine Geschichte, die australische Blätter erzählen: Ein Mann kam aufs Land hinausgefahren und begegnete einem Schafhirten. Diesem gab er sechs Wepfel und erhielt dafür drei Lämmer.

Sport.

2. Stiftungsfest des V.S.W. Vorwärts. Das zweite Stiftungsfest des Ball-Spiel-Vereins Vorwärts verlief in allen Teilen zur Zufriedenheit. Bei den Wettkämpfen am Vormittag wurden folgende Resultate erzielt. Schlagball. Vorwärts I mußte sich mit 34:108 gegen die Schlutuper Mannschaft als geschlagen bekennen. Das nachfolgende Faustballspiel endete ebenfalls mit einem Siege des Gegners 67:76. Das Hauptinteresse bildeten die Fußballspiele am Nachmittag. Um 1 Uhr standen sich „Darburg 2“ und „Vorwärts 2“ gegenüber; Vorwärts, obwohl während des ganzen Spieles leicht überlegen, kann nicht verhindern, daß Darburg zwei Tore erzielt, während er selbst nur eines erringen kann. Anschließend betreten die ersten Schülermannschaften den Platz. Bis kurz vor Schluß führt Vorwärts mit 1:0, durch einen Elfmeterball kann Kiel gleichziehen. Den Schluß bilden die ersten Mannschaften. Gleich zu Anfang kann man erkennen, daß sich zwei ebenbürtige Gegner gegenüber stehen. Kurz vor Halbzeit gelingt es der Lübecker Elf, ein Tor zu erzielen, welches die Gäste sofort nach Halbzeit aufholen. Hamburg vermag bis zum Schluß noch zwei Tore zu erzielen, einige Minuten vor Ende des Spieles gelingt dem Lübecker Wirtelfürmer ein Durchbruch; alles erhofft schon ein sicheres Tor. Aber der Ball geht hoch über die Latte und gleich darauf pfeift der Unparteiische das Spiel ab. — Abends fand im Turnheim bei F. Lender mit den Gästen ein gemächlicher Kommerz statt.

Druckfachen jeder Art für Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“, Johannisstr. 46.

Belämpfung des Kartoffeltreibes.

In gegebener Veranlassung weist das Polizeiamt auf die Verordnung über die Bekämpfung des Kartoffeltreibes vom 8. Juli 1918 hin, die im § 1 lautet:

§ 1.
Krebsverdächtige Erbscheinungen an auspflanzten oder aufgespeicherten Kartoffeln sind sofort dem Polizeiamt (Pflanzenschutzstelle) anzuzeigen.

Lübeck, den 25. Juni 1921. (3465)
Das Polizeiamt.

Ein sanfter Tod erlöste am Montag morgen früh nach kurzem, schweren Leiden meinen lieben herzensguten Mann, meinen Kinder treuversorgenden Vater, meinen lieben Sohn

Louis Schröder.

In tiefer Trauer
Helene Schröder geb. Kettel,
Helga u. Hedwig,
Sophie Schröder.

Gewerbestraße 25, III.
Die Trauerfeier findet am Freitag nachmittag 4 Uhr in der St. Lorenz-Kirche statt. (3455)

Möglichst und unerwartet entschlief infolge eines Unglücksfalles mein innigstgeliebter Mann, unser lieber Sohn, Schwiegersohn, Bruder und Schwager, der Klempler

Johannes Zapf

im 26. Lebensjahre. In tiefer Trauer
Hertha Zapf geb. Rosengquist,
Johanna Paletta geb. Zapf, Wwe.
W. Rosengquist und Familie.

Lübeck, den 25. Juni 1921. (3479)
Die Trauerfeier findet am Donnerstag nachmittag 3.15 Uhr in der Kapelle des Vorwerfer Friedhofes statt.

Am 25. Juni starb plötzlich durch Unglücksfall unser lieber Kollege

Johannes Zapf

im Alter von 26 Jahren.
Er war uns stets ein guter Freund und Kollege. Wir werden ihm immer ein ehrendes Andenken erhalten. (3469)

Die Schweizer und Bremer der Fieder-Werit Siemens b. Lübeck.

Wir suchen für dauernde Stellung einen tüchtigen

Announcen-Akquisiteur

bei angenehmen Bedingungen. (3418)
Lübecker Volksbote.

Für die vielen Bemühungen bei der Beschaffung meiner lieben Frau (sich) ich hiermit meinen herzlichsten Dank.

Willi Stabe.

Or. leeres, helles Zimmer mit ges. Zentrum. Ang. M. V. a. b. G. p. (3468)
Anst. jung. Ehepaar o. Kind, sucht sofort od. später 1-2 leere Zimmer mit Bad. C. u. A. Z. o. b. G. p. (3473)

Abfuhr von Blech und Scherben.

Die Abfuhr von Blech, Scherben u. Kofferschladen findet am Donnerstag, dem 30. Juni 1921 in der Zeit von 7 bis 9 Uhr vormittags statt. (3467)
Lübeck, den 29. Juni 1921.
Das Polizeiamt.

Todes-Anzeige

Am 25. Juni d. J. starb infolge eines Herztodes unfallos unser Mitarbeiter, der Schweizer

Johannes Zapf.

Auf dem Schlauchfeld der Arbeit geschehen, ist ihm ein dauerndes, ehrendes Andenken seiner Kollegen gesichert. (3464)

Die Arbeiterchaft der Fieder-Werit Siemens, Lübeck, Siemens.

Deutscher Metallarbeiterverband

Verwaltungsst. Lübeck.

Durch Unfall starb am 25. 6. unser Kollege, der Klempler

Johannes Zapf.

Ehre seinem Andenken! Beerdigung: den 30. Juni 3.15 Uhr Vorwerfer Friedhof. (3468)
Die Ortsverwaltung.

Gesangverein Liedeslust.

Nachruf.

Am 25. Juni starb infolge Unglücksfall unser lieber Sangesbruder

Johannes Zapf.

In ihm verlieren wir einen unersetzlichen Helfer und werden seiner stets in Ehren gedenken.
Die Sänger sammeln sich am Donnerstag, nachm. 2 1/2 Uhr, im Feldweg bei Stäger. Det. Vorstand.

Laufjunge gesucht. (3471)
Biederstraße 68, rechts.
1 möbl. Zimmer 2 verm. 21. Kisten 10. (3486)

Gesucht zum 15. Juli od. 1. August eine alleinstehende Frau für die Küche des Waisenhauses. (3454)

Maurergefellen stellen ein

H. Wandke & Sohn

Geibelplatz 21. (3470)

Logis mit od. ohne Verköstigung f. ältere Arbeiter. Näh. Koll 16. (3480)

1 R. Arb.-Schuhe (42) a. vert. (3476) Glockengießerstr. 9.

Kinderkloppstuhl bild. u. vert. (3477) Weinhöfstr. 46, I.

3 v. 1 Neuh. -Vertil. fast neu. 1. Staff. co. m. Bild. 1 anal. Mahagonitisch, 2 gr. Bilder, som. Bildrahmen mit Glas. (3484) Morkeferstr. 2.II.

Neue eif. Kinderbettstellen. gebt. Gitter, do. Kuchelofen, som. einz. Möbel jeder Art. Georg Topp, Möbelhdlg., 24. Marlestr. 24. (3472)

Eine Partie kleine Jungänger billig zu verkaufen. (3475) Howe, Hockenburg.

Mehrere schöne Jungänger zu verkaufen. (3474) Arcmpf. - Str. 80.

Fernruf jetzt 2834. L. Beiß, Glasermeister, Mittelstr. 14. (3468)

Garantieschein auf 1 Jahr Reparatur an Nähmaschinen 10-35 Mk. in Ihrem Hause und außerhalb nur Balauerfohr 4. (3462)

Privatdruckfachen gewinnen in der heutigen Zeit immer mehr an Bedeutung.

Glückwunschkarten
Hochzeiteinladungen
Verlobungsanzeigen
Danksagungen
Dilites

fertigen wir in kürzester Zeit geschmackvoll zu angemessenen Preisen an

Lübecker Volksbote

Z. Meyer & Co. Johannisstr. 46
Geschäftst. von 8-8 Uhr

Die neuen Postgebühren - 50 Pfg. -

Friedr. Meyer & Co.

Johannisstr. 46.

Anzeigen für hiesige und auswärtige Zeitungen und Zeitschriften vermittelt zu Originalpreisen

Die Geschäftsstelle des „Lübecker Volksboten“

Johannisstraße 46.

Neueste Ausgabe! Kommentar zum Betriebsrätegesetz.

Enthaltend u. a.: Musterarbeitsordnung u. Entscheidungen des Reichsarbeitsministeriums.

Von Dr. Georg Fietow. Preis Mk. 12.50.
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co. Johannisstraße 46.



Reines Ochsentalg . . . Pfd. 8. — M.
Ia. Margarine Pfd. 8. —, 9. —, 10 M.
Ia. Tafel-Margarine Pfd. 12 u. 14 M.
täglich frisch. (3459)
Obere Wahnstraße 10. Hans Wegener.

DIE GLOCKE

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK / FINANZ / WIRTSCHAFT U. KULTUR
Herausgeber: PARVUS
Die „Glocke“ will die Durchführung des Ultimatums im Zeichen des Sozialismus

Die „Glocke“ ist das führende Organ bei der Erörterung der Wiedergutmachungs- und Wiederaufbaufragen.
Die „Glocke“ ist maßgebend bei der Diskussion des Kulturlebens der sich im demokratischen und sozialistischen Geist erneuernden Zeit
Die „Glocke“ muß von jedem Sozialisten gelesen werden

Mitarbeiter der letzten Hefte:
Konrad Haenisch, Paul Hirsch, Hermann Lüdemann, Professor Radbruch, Philipp Scheidemann, Paul Löbe, Heinrich Schulz, Karl Bröger, Otto Wels, Max Quarch, Hermann Wendel, Max Schippel, Jacob Altmaier, Robert Grätzsch.

Einzelheft Mark 1,50
Vierteljährliches Abonnement Mark 15,—
Zu beziehen durch:

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 46.

Rechnungs-Formulare fertigt prompt an

Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 30. Juni.

Der Haushaltsplan für 1921.

22 Millionen Fehlbetrag.

Der Haushaltsausschuß hat den Voranschlag für die freie und Hansestadt Lübeck durchgearbeitet und eine Reihe Änderungen beantragt. Wie es im Bericht des Ausschusses heißt, wurde die Aufgabe des Ausschusses auch in diesem Jahre wesentlich erschwert durch das Fehlen der Abrechnung für das Rechnungsjahr 1919. Nach den Mitteilungen der Vertreter der Finanzbehörde schweben Erwägungen, ob bei den erheblichen Kosten des Druckes der Abrechnung (Schätzungsweise 30 000 Mark) diese Drucklegung überhaupt empfohlen werden kann. Der Ausschuß nahm Kenntnis von der Mitteilung der Vertreter der Finanzbehörde, daß die Abrechnung und die Abwicklung der Ausgaben in Anlaß des Krieges im Laufe dieses Jahres voll zur Erledigung gelangen werden. Die Verspätung der Abrechnung hat nicht nur ihren Grund in der sich dem Machtbereich des Senates entziehenden, langsamen Rechnungsabwicklung des Reiches, sondern auch in dem Umstand, daß unsere staatlichen Behörden ihre Abrechnungen zum Teil verspätet an die Stadtkasse einliefern. Der Haushaltsausschuß empfiehlt der Bürgerkammer, den Senat zu ersuchen, im Interesse einer geordneten Finanzverwaltung dahin wirken zu lassen, daß die Behörden verpflichtet werden, den ihnen für die Abwicklung ihrer Abrechnung gesetzten Termin streng einzuhalten, damit nicht wieder, wie in diesem Jahre, der Stadtkasse die Vergleichsziffern der letzten Abrechnung teilweise fehlen.

Den Bemerkungen der Finanzbehörde über die Teilung des Haushaltsplanes in einen ordentlichen und einen außerordentlichen Etat schließt sich der Haushaltsausschuß nach eingehender Beratung, auch mit den Vertretern der Finanzbehörde, vollständig an. Solange die Verhältnisse nach allen Richtungen hin so ungeläutert sind wie zurzeit, und solange nicht die Möglichkeit besteht, mit Sicherheit die laufenden Ausgaben aus den Einnahmen zu decken, der Unterschuß also auch des laufenden Jahres aus Anleiheemitteln eintommen werden muß, ist die Aufstellung eines außerordentlichen Etats kaum geeignet, in irgendeiner Beziehung größere Klarheit zu schaffen.

In ihrem Bericht an den Senat hebt die Finanzbehörde ferner als außerordentlich bedeutsam die immer größer werdende finanzielle Abhängigkeit der Länder vom Reich hervor. Sie weist darauf hin, daß neue Eingriffe auch in die bisher den Ländern vorbehaltenen Steuergebiete zu befürchten sind. Diese Befürchtungen werden in vollem Umfange vom Haushaltsausschuß geteilt; er weist sich eins mit der Bürgerkammer, wenn er dieser empfiehlt, dem Senat das Ersuchen entgegenzubringen, seinen Einfluß im Reichsrat und an allen sonst ihm zugänglichen Stellen dahin geltend zu machen, daß der heutige, bereits unerträgliche Zustand nicht weiter verschlechtert werden darf, daß insbesondere den Ländern die bisherigen Anteile an Reichssteuern und die ihnen vorbehaltenen Steuerquellen unter allen Umständen voll gewahrt bleiben müssen, wenn anders nicht für sie, und damit auch für unseren Staat, die Grundlagen einer geordneten Finanzverwaltung erschüttert werden sollen.

Daneben ist den Ausführungen der Finanzbehörde über die Notwendigkeit einer Einschränkung der Ausgaben die allgrößte Bedeutung beizumessen. Der Haushaltsausschuß weist hier nur darauf hin, daß der vom Senat eingesehene Ausschuß für die Vereinfachung der Verwaltung in seiner nicht hoch genug zu bewertenden eingehenden Arbeit nur dann erfolgreich wird wirken können, wenn keine Bestrebungen mit mehr, als dies bisher der Fall ist, von der einseitigen Mitwirkung der einzelnen Behörden und der gesamten Beamten- und Angestelltenchaft unterstützt werden. Um eine erhöhte Gewähr für die Erproblichkeit seiner Tätigkeit zu bieten, empfiehlt der Haushaltsausschuß der Bürgerkammer, den Senat zu ersuchen, die dem Ausschuß für die Vereinfachung der Verwaltung bezüglich der Neubesehung freigewordener Beamtenstellen übertragene Befugnis auf die Wiederbesehung freigewordener Stellen von

ständig und unständig beschäftigten Angestellten auszudehnen. Einer eingehenden Beratung hat der Haushaltsausschuß auch die Art unterzogen, in der das Reich den Ländern, die in der Lage waren, Staatsbahnbetriebe an das Reich abzutreten, Entschädigungen gewährt hat. Die eisenbahnlosen Länder, zu denen auch Lübeck gehört, sind durch diese Entschädigungen bezart benachteiligt, daß ein entsprechender Ausgleich unter allen Umständen geboten erscheint. Es ist deshalb zu fordern, daß der Senat mit vollem Nachdruck für seinen gerechten Ausgleich eintritt.

Wesentliche Abstriche wurden beim Titel Landesversorgungsamt gemacht; sie beziffern sich auf über 200 000 Mark. Bedeutende Veränderungen sind im Abschnitt XIX vorgesehen. Der Anlaß für Nachbewilligungen und Neubewilligungen soll folgendermaßen sein:

1. im allgemeinen 2 000 000 Mk., 2. Nachzahlungen auf Grund des Rat- und Bürgerchlusses vom 20./22. Juni 1921, betreffend Erlaß eines neuen Beamtenbesoldungsgehetes 4 000 000 Mk., 3. Mehraufwendungen für Gehalte und Teuerungszulagen auf Grund desselben Rat- und Bürgerchlusses 5 500 000 Mk., zusammen 11 500 000 Mark.

Außerdem weist der Ausschuß darauf hin, daß eine wesentliche Steigerung des Fehlbetrages durch die Erhöhung der Angestelltenbesoldung zu erwarten ist, die in ihrem vollem Umfange noch nicht genau zu übersehen ist. Unter Berücksichtigung der vorstehend aufgeführten Abänderungen des Haushaltsplans erhöht sich der nach dem Senatsvorlage erwachsende Fehlbetrag von 12 928 200,70 Mark auf 21 964 724,70 Mark.

Ferner beantragt der Ausschuß, den Senat zu ersuchen: 1. die Behörden zu verpflichten, den ihnen für die Einlieferung ihrer Abrechnung an die Stadtkasse gesetzten Termin streng einzuhalten; 2. seinen Einfluß im Reichsrat und an allen ihm sonst zugänglichen Stellen dahin geltend zu machen, daß den Ländern die bisherigen Anteile an Reichssteuern und die ihnen vorbehaltenen Steuerquellen voll gewahrt bleiben; 3. das dem Ausschuß für die Vereinfachung der Verwaltung bezüglich der Neubesehung freigewordener Beamtenstellen übertragene Mitbestimmungsrecht auf die Wiederbesehung freigewordener Stellen von ständig und unständig beschäftigten Angestellten auszudehnen; 4. in Erwägung zu ziehen, ob nicht die staatliche Beschäftigungsstelle von der Rechnungsbehörde abzutrennen und einer geeigneten technischen Behörde anzugliedern ist; 5. die Frage, ob die Haushaltungsschulen bei einem weiteren Ausbau der Fortbildungsschule für Mädchen bestehen bleiben sollen, baldmöglichst zu erklären.

Schließlich beantragt der Ausschuß: 1. die Bürgerkammer wolle einen besonderen Ausschuß damit betrauen, die Frage des Fortbestehens der Baugewerkschule und der Seemannshilfsschule zu prüfen; 2. die Bürgerkammer wolle einen besonderen Ausschuß mit der Prüfung der Verhältnisse der Krankenkasse für Lübeckische Beamte und der Kranken- und Sterbekasse für die Beamten und Angestellten des Polizeiamts, der Feuerwehr und des Stadt- und Landamtes beauftragen.

Zur Lage auf den Schiffswerften.

Am Sonntag tagte im Hamburger Gewerkschaftshaus eine von Vertretern aller Wertorte besuchte Konferenz der Werftarbeiter. Es waren 129 Delegierte der in Arbeit stehenden Kollegen sowie die Vertreter der in Betracht kommenden Gewerkschaften anwesend. Kollege Dismann, vom Hauptvorstand des Metallarbeiterverbandes, hatte das einleitende Referat übernommen. Er schilderte die Verhältnisse auf den Werften vor, während und nach der Kriegszeit und erklärte die Bemühungen der Organisationen, die nach dem Keizerlei-Abfindungsgezet festgesetzte Zeit für den Bau von neuen Schiffen zu verkürzen. Notwendig sei ein einheitliches Vorgehen. Das selbständige Handeln einzelner Betriebsräte führt nicht zum Ziel. In der Aussprache wurden die Ausführungen des Referenten ergänzt. Gegen 4 Stimmen gelangte folgende Entscheidung zur Annahme:

„Die Werftarbeiterkonferenz nimmt Kenntnis von dem Ernst der Lage auf den Schiffswerften, der in dem eingehenden, sachdienlichen Referat des Kollegen Dismann seinen Ausdruck fand, die Verarmelten sind mit dem Referenten der Ansicht, daß es unmöglich ist, auf Grund eines reduzierten Bauprogramms

Zehntausende von Werftarbeitern völliger Arbeitslosigkeit preisgegeben. Solche Massenentlassungen würden angesichts der allgemeinen, andauernden Wirtschaftskrise nicht nur die bisherigen Bemühungen der Arbeiter zur Vermeidung von Katastrophen auszuweiten, sondern mühten in ihren Folgewirkungen zu katastrophalen Auswirkungen führen. Die Konferenz erkennt die bisherigen Bemühungen der Organisationsvertreter an und hebt hervor, daß mit allem Nachdruck die eingeschlagenen Richtlinien weiter verfolgt werden müssen. Die gegenwärtige wirtschaftlich-soziale Notlage zwingt dazu, das vorgelegene Bauprogramm in seinem Zeitmaß zu reduzieren, was das jetzige Schwere Krisenstadium zu mildern. Gleichzeitig muß von den Werften verlangt werden, daß sie alles aufbieten, um andere Arbeiten mit heranzuziehen, desgleichen von den Reedereien, daß sie neben den aus Reichsmitteln zu erbauenden Schiffen auch aus eigenen Mitteln weitere Arbeiten ausführen lassen. Ist es unmöglich, trotz der vorgenannten praktisch zu verwirklichtenden Vorschläge eine volle Beschäftigung der Werftarbeiter zu ermöglichen, so ist als letzter Schritt eine Streckung der Arbeit, die sich auf das zwingendste Maß zu beschränken hat, durch eine Verkürzung der Arbeitszeit oder Einlegung von Feiertagen vorzunehmen, um Entlassungen der heute auf den Werften Beschäftigten zu vermeiden. Die Werftarbeiterkonferenz appelliert dabei an die Solidarität aller.“

Zu den Beschlüssen der Hamburger Konferenz nahm am Dienstagabend eine stark besuchte Versammlung der Kieler Vertrauensleute Stellung. Es wurde mit sehr großer Mehrheit beschlossen, sich auf den Boden der Hamburger Entschlüsse zu stellen. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß in der gegenwärtigen Zeit alle politischen Leidenschaften zurücktreten müssen, da es darauf ankommt, in dem wirtschaftlichen Existenzkampf der Arbeiter eine geschlossene Front zu bilden. Eine Entschließung von linksradikaler Seite, die die Hamburger Beschlüsse ablehnt, und vom Metallarbeiterverband die Aufnahme des Kampfes auf der ganzen Linie verlangt, wurde abgelehnt.

Achtung, Bürgerkammerstraktion! Freitag abend 7 Uhr Sitzung im Rathaus. Fraktionsvorsitzend 5 Uhr im Roten Saal.

Zu bürgerlichen Mitglieder bei den Behörden hat die Bürgerkammer a) bei der Baubehörde: den Kassenbeamtenasmus Beck, den Kaufmann und Konviktludwig Ehrmann und den Gewerkschaftsbeamten Adolf Kleinfeldt an Stelle der auscheidenden Julius Schöb, Rudolf Köhn und Jwan Meyer; b) bei der Finanzbehörde: den Kassenführer Franz Jaska und den Kaufmann John Macthew an Stelle des verstorbenen Max Jenne und des auscheidenden Georg Blau; c) bei der Friedhofsbehörde: den Bureaubeamten Georg Reischer an Stelle des auscheidenden Johannes Govers; d) bei der Behörde für die Heilanstalten: den auscheidenden Kaufmann Georg Reimpel, den Geschäftsführer Heinrich Steinberg und den Apotheker Karl Zimmermann an Stelle der auscheidenden Wilhelm Mangels und Dr. med. Fritz Eichenburg; e) bei der Oberbaubehörde: den auscheidenden Malermeister Karl Heinsohn; f) bei der Steuerbehörde: den Bankfunktitar Dr. jur. Oscar Gaun an Stelle des auscheidenden Dr. jur. Ernst Brehmer; g) bei der Theaterbehörde: den Lehrer Ernst Schermer an Stelle des verstorbenen Dr. med. Theodor Eichenburg; h) bei der Behörde für Travemünde: den Kapitän a. D. Johannes Feldmann zu Travemünde an Stelle des auscheidenden Friedrich Grünau.

Aus den Bürgerkammerstraktionen. Die Abrechnung der Straßenbahn für 1920 schließt mit einem Fehlbetrag von 76 287,20 Mark ab. Die Mehrkosten werden mit der Steigerung der Strompreise, sowie durch Erhöhungen der Löhne und Materialpreise begründet. Für die Neuanlage von Abstellgleisen in Rüditz und an der Uferbahn mußten von der Stadtkasse 40 000 Mark abgehoben werden, deren Verzinsung und Tilgung 1306 Mk. erfordern. Die Kostendarstellungen erforderten 4603,69 Mark Mehraufwendung. Ein weiterer Senatsantrag fordert auch das Schulgeld für die mit der Gewerkschule verbundene Handwerkerchule zu erhöhen. Es wird empfohlen, das Schulgeld für jedes von den Teilnehmern gewählte Fach auf 15 Mark halbjährlich festzusetzen. — Für die Schaffung weiterer Gräber auf dem Ehrenfriedhof — es stehen nur noch 2 Grabplätze zur Verfügung — werden 12 000 Mark gefordert.

Das Fähnlein der sieben Aufrechten.

Novelle von Gottfried Keller.

2. Fortsetzung.

Frau Hediger hatte ihrem Mann indessen nicht mit Unwahrscheinlichkeit berichtet, als sie ihn zum Ausgehen veranlaßte. Die Nachricht, die sie ihm mitgeteilt, war nur zu beständigem Gebrauch noch aufgepart und dann im rechten Augenblicke benutzt worden. Es fand in der Tat eine Versammlung statt, nämlich der Gesellschaft der sieben Männer, oder der Feste, oder der Aufrechten, oder der Freiheitsliebenden, wie sie sich abwechselnd nannten. Dies war einfach ein Kreis von sieben alten bewährten Freunden, alle Handwerksmeister, Vaterlandsfreunde, Erzpolitiker und strenge Hausväter nach dem Musterbild Meister Hedigers. Stolz für Stolz noch im vorigen Jahrhundert geboren, hatten sie als Kinder noch den Untergang der alten Zeit gesehen und dann viele Jahre lang die Stürme und Geburtswunden der neuen Zeit erlebt, bis diese gegen das Ende der vierzigerjahre sich abklärte und die Schweiz wieder zu Kraft und Einigkeit führte. Einige von ihnen stammten aus den gemeinen Herrschaften, dem ehemaligen Untertanenland der Eidgenossen, und sie erinnerten sich, wie sie als Bauernkinder am Wege hatten hinstarren müssen, wenn eine Kutsche mit eidgenössischen Standesherrn und dem Weibel gefahren kam; andre standen in irgendeinem Verwandtschaftsgrade zu eingetretenen oder hingerichteten Revolutionären, kurz, alle waren von einem unauslöschlichen Haß gegen alle Aristokratie erfüllt, welcher sich seit deren Untergang nur in einen bitteren Haß verwandelt hatte. Als dieselbe aber später nochmals auftauchte in demokratischem Gewande und mit den alten Machtverhältnissen, den Priestern, verbunden, einen mehrjährigen Kampf aufwühlte, da kam zu dem Aristokratenhaß noch derjenige gegen die „Paffen“ hinzu; ja nicht nur gegen Herren und Priester, sondern gegen ihesgleichen, gegen ganze aufgeregte Volksmassen mußte ihre streitbare Bestimmung sich nun wenden, was ihnen auf ihre alten Tage eine unerwartete, zusammengelegte Kraftübung verursachte, die sie aber tapfer bestanden.

Die sieben Männer waren nichts weniger als unbeträchtlich; in allen Volksversammlungen, Vereinigungen und dergleichen hatten sie einen festen Kern bilden, waren unermüdet bei der Sprache und Tat und Nacht bereit, für die Partei Gänge und Geschäfte zu tun, welche man ihnen bezahlten Reuten, sondern nur ganz zuverlässigen anvertrauen konnte. Oft wurden sie von den Parteihäuptern bezogen und ins Vertrauen gezogen, und wenn es ein Opfer galt, da waren die sieben Männer mit ihrem Scherlein zuerst bei der Hand. Für alles dies bezogen sie keinen andern Lohn, als den Stroh ihrer Sache und ihr gutes Bewußtsein; nie drängte sich einer von ihnen vor oder strebte nach einem Vorzug oder nach einem Amte, und ihre größte Ehre legten

sie darin, gelegentlich einem oder dem andern „berühmten Eidgenossen“ schnell die Hand zu drücken; aber es mußte schon ein rechter sein und „sauber übers Nierenstück“, wie sie zu sagen pflegten.

Diese Wadern hatten sich seit Jahrzehnten aneinander gewöhnt, nannten sich nur beim Vornamen und hielten endlich eine feste geschlossene Gesellschaft, aber ohne alle andern Sakungen als die, welche sie im Herzen trugen. Wöchentlich zweimal kamen sie zusammen, und zwar, da auch in diesem kleinen Vereine zwei Gastwirte waren, abwechselnd bei diesen. Da ging es dann sehr kurzweilig und gemütlich her; so still und ernst die Männer in großen Versammlungen sich zeigten, so laut und munter taten sie, wenn sie unter sich waren; keiner zierte sich und keiner nahm ein Blatt vor den Mund; manchmal sprachen alle zusammen, manchmal horchten sie andächtig einem einzelnen, je nach ihrer Stimmung und Laune. Nicht nur die Politik war der Gegenstand ihrer Gespräche, sondern auch ihr häusliches Schicksal. Hatte einer Kummer und Sorge, so trug er, was ihn drückte, der Gesellschaft vor; die Sache wurde beraten und die Hilfe zur gemeinen Angelegenheit gemacht; fühlte sich einer von dem andern verfehlt, brachte er seine Klage vor die sieben Männer, es wurde Gericht gehalten und der Unrechtshabende zur Ordnung verwiesen. Dabei waren sie abwechselnd sehr leidenschaftlich oder sehr ruhig und würdevoll, oder auch ironisch. Schon zweimal hatten sich Verräter, unsaubere Subjekte unter ihnen eingeschlichen, waren erkannt und in feierlicher Verhandlung verurteilt und ausgehoben, d. h. durch die Hände der wahrenen Geiste jämmerlich zerhäutet worden. Traf ein Hauptglied die Partei, welcher sie anhängen, so ging ihnen das über alles häusliche Unglück, sie verharren sich einzeln in der Dunkelheit und vergossen bittere Tränen.

Der Wohlbedennte und Wohlhabende unter ihnen war Frymann, der Zimmermeister, ein wahrer Krösus mit einem stillen Hauswesen. Der Unbemittelteste war Hediger, der Schneider, dagegen im Worte gleich der zweite nach Frymann. Er hatte wegen politischer Leidenschaftlichkeit schon längst keine besten Kunden verloren, dennoch keine Söhne sorgfältig erzogen, und so besaß er keine übrigen Mittel. Die andern fünf Männer waren gut verlorge Leute, welche in der Gesellschaft mehr zuhört als sprachen, wenn es sich um große Dinge handelte, dafür aber in ihrem Hause und unter ihren Nachbarn um so gewichtigere Worte hören ließen.

Heute lagen wirklich bedeutende Verhandlungen vor, über welche sich Frymann und Hediger vorläufig besprochen hatten. Die Zeit der Unruhe, des Streites und der politischen Mühe war für diese Wadern vorüber und ihre langen Erfahrungen hätten mit den argeren Zuständen für einmal abgeschlossen. Ende gut, alles gut! Konnten sie sagen und sie fühlten sich reich und zufrieden. So wollten sie sich denn an ihrem politischen Lebensabend ein recht gutes Schlußvergnügen gönnen und als die sieben Männer vereint das eidgenössische Freiheitsheer besuchen, welches im Sommer zu Barau Ratt... (Text ist hier abgeschnitten)

nach der Einführung der neuen Bundesverfassung vom Jahr 1848. Nun waren die meisten schon längst Mitglieder des schweizerischen Schützenvereines, auch besaß jeder, mit Ausnahme Hedigers, der sich mit keiner Kollimie beugnete, eine gute Büchse, mit welcher sie in früheren Jahren zuweilen des Sonntags geschossen. Ebenso hatten sie einzeln schon Feste besucht, so daß die Sache gerade nicht absonderlich schien. Allein es war ein Geist des äußeren Pompes in einige gefahren und es handelte sich um nichts Geringeres, als in Aram mit eigener Fahne aufzutreten und eine stattliche Ehrengabe zu überbringen.

Als die kleine Versammlung einige Gläser Wein getrunken und die gute Laune im Zuge war, rüden Frymann und Hediger mit dem Vorschlage heraus, welcher dennoch die beschiedenen Männer etwas überraschte, so daß sie einige Minuten unentschlossen schwanden. Denn es wollte ihnen nicht recht einleuchten, ein solches Aufsehen zu erregen und mit einer Fahne auszugehen. Da sie aber schon lange verlernt hatten, einem Aufschwung und einer künftigen Unternehmung ihre Stimme zu versagen, so widerstanden sie nicht länger, als die Redner ihnen ausmalten, wie die Fahne ein Sinnbild und der Auszug ein Triumph der bewährten Freundschaft sein und wie das Erscheinen von solch sieben alten Krähern mit einem Freundschaftsfähnlein gewiß einen fröhlichen Spaß abgeben würde. Es sollte nur ein kleines Fähnlein angefertigt werden von grüner Seide, mit dem Schweizerknoten und einer guten Inschrift.

Nachdem die Fahnenfrage erledigt, wurde die Ehrengabe vorgenommen; der Wert derselben wurde ziemlich schnell festgesetzt, er sollte etwa zweihundert alte Franken betragen. Die Auswahl des Gegenstandes jedoch verursachte eine längere und fast schwierige Verhandlung. Frymann eröffnete die Umfrage und lud Kuser, den Silberkämmerer, ein, als ein Mann von Geschmack sich zu äußern. Kuser trank ersthaft einen guten Schluck, hustete dann, besann sich und meinte, es füge sich gut, daß er just einen schönen silbernen Becher im Laden habe, welchen er, falls es den Männern genehm wäre, bestens empfehlen und auf das billigste berechnen könnte. Hierauf folgte eine allgemeine Stille, nur unterbrochen durch kurze Aeußerungen, wie: „Das läßt sich hören!“ oder: „Nun ja!“ Dann fragte Hediger, ob ein weiterer Antrag gestellt werden wolle? Worauf Eyrig, der kunstreiche Schmied, einen Schluck nahm, einen Mut fahle und sprach: Wenn es den Männern recht ist, so will ich hiemit auch einen Gedanken aussprechen! Ich habe einen ganz eiserne feinsten Kling geschmiedet, der, wie ihr wißt, sich an der landwirtschaftlichen Ausstellung gelobt worden ist. Ich bin erhablich, das feine gearbeitete Stück für die zweihundert Franken abzutreten, abgleich die Arbeit damit nicht bezahlt wird; aber ich bin der Ansicht, daß dieses Werkzeug und Sinnbild des Ackerbaues eine recht volksmäßige Ehrengabe darstellen würde! Ohne im übrigen einem anderen Vorschlage zu nahe zu treten zu wollen!

(Fortsetzung folgt.)

Da immer noch Anträge auf Bestätigung von Kriegsteilnehmern zu erwarten sind, auch ferner damit zu rechnen ist, daß noch manche verurteilt werden, die in Feindesland bestateten Leichen ihrer Angehörigen in die Heimat zu überführen, hat die Friedhofsbehörde geglaubt, zu einer Schließung des Ehrenfriedhofes noch nicht schreiten zu können. Auf ihre Veranlassung hat der Garteninspektor Maack einen Plan nebst Kostenschlag vorgelegt, nach dem die Verbindungsallee zwischen dem zweiten und dritten Teil des Ehrenfriedhofes zur Aufnahme weiterer Gräber hergerichtet werden soll.

Soll die Landesversicherungsanstalt nach Hamburg verlegt werden? Eine Senatsvorlage an die Bürgerschaft befaßt sich mit der Verlängerung des Vertrages über die Errichtung einer gemeinsamen Anstalt für die Invaliditäts- und Altersversicherung. Dieser Vertrag wurde bis zum 31. Dezember 1921 verlängert, er kann bis zum 30. Juni 1922 gekündigt werden. In der Vorlage heißt es: Die Frage einer Verlegung der Landesversicherungsanstalt nach Hamburg, deren weitere Erfüllung innerhalb der hinausgeschobenen Kündigungsfrist in Aussicht genommen war, ist auch heute noch nicht völlig spruchreif; sie wird jedoch im Laufe eines weiteren Jahres jedenfalls soweit geklärt werden können, daß eine Entscheidung möglich ist, ob der baldigen Ausführung der genannten Maßnahmen näher getreten werden kann oder der bestehende Zustand auf weitere 10 Jahre zu belassen ist. Zwischen den Senaten der drei Hansestädte ist daher, einer Anregung des Senates von Hamburg entsprechend, vereinbart worden, den augenblicklichen Schwebzustand noch um ein Jahr zu verlängern, also durch einen abermaligen Zwischenvertrag zu bestimmen, daß der gegenwärtige Geltungsabschnitt nochmals, und zwar bis zum 31. Dezember 1922, verlängert wird, und daß eine Kündigung bis zum 30. Juni 1922 erfolgen kann, deren Nichtauspruch am 1. Januar 1923 einen neuen zehnjährigen Geltungsabschnitt in Kraft setzen würde. Der Senatsantrag spricht sich für die Verlängerung des Vertrages aus.

Der Lübecker Gemeinnützige Bauverein

hielt am Mittwoch in den Zentralhallen eine außerordentliche Generalversammlung ab, die sich vor allem damit zu beschäftigen hatte, wie die Einnahmen und Ausgaben des Vereins in Einklang gebracht werden können. Herr Körner gab in großen Zügen einen Überblick über die geschäftliche Lage und betonte, daß es unbedingt notwendig sei, wieder zu geordneten Finanzen zu kommen. Mit dem 13.000 Mk. betragenden Defizit aus 1921 wird für das laufende Geschäftsjahr ein Zuschlag von etwa 53.000 Mk. errechnet. Wesentlich beigetragen hierzu haben die hohen Reparaturkosten, Steuern und Abgaben. Die Mieteinnahmen haben mit den Ausgaben nicht Schritt gehalten. Die Mieter, die schon teilweise durch die Lebenshaltungskrise in Anspruch genommen sind, dürften natürlich nicht mehr als unumgänglich notwendig sei, belastet werden. Schlimm stehe es mit den Steuern, die sich für den Verein auf rund 35.000 Mk. belaufen. Diese müßten durch die Mieten eingezogen werden. Das ganze Defizit werde durch die Neueinnahmen noch nicht gedeckt, doch werde man versuchen, durch Erparungen in der Verwaltung und event. Herabsetzung der Dividenden einen Ausgleich zu schaffen. Vorstand und Ausschüsse hätten in Gemeinschaft mit dem Mieterat alle Möglichkeiten reiflich erwogen und seien zu dem Beschluß gekommen, der Generalversammlung folgende Anträge zur Annahme zu empfehlen: Das vorläufige Defizit des Jahres 1921 mit 53.000 Mk. soll gedeckt werden:

1. durch eine laufende Mieterhöhung von 10 vom Hundert, die am 30. Juni 1921 in Kraft tritt und in drei Quartalen bis 1. April 1922 erbringt 6000 Mk.

2. durch einen Zuschlag von 10 vom Hundert auf die Mieten, einlöslicher oder verheiratete Familienangehörige die Wohnung mitbringen 1000 Mk.

3. durch Umlegung der Steuern und Abgaben auf die Mieter. Diese Umlegung soll in der Form erfolgen, daß auf je 10 Mk. Jahresmiete 5 Mk. Steuern für dieses Jahr zu zahlen sind. Erhöhen wird der Betrag in drei Raten: am 15. August, am 15. November 1921 und am 15. Februar 1922 und soll erbringen 34.500 Mk. Zusammen 49.500 Mk.

Ueber den dritten Punkt dieses Vorschlages wurde eine ausgiebige und lebhafte Debatte geführt, an der sich viele Genossenschaftler beteiligten. Vor allem wünschte Herr Gogowsky eine gerechtere Lastenverteilung. Die Mieter müßten gleichmäßig zur Deckung herangezogen werden. Die Kosten verteilen sich 3 Jahre zurück, so daß auch die zuletzt im Bauverein Zugewonnenen beteiligt würden, obwohl sie am Defizit nicht schuldig seien. Die großen Reparaturkosten seien in den älteren Häusern entstanden. Diese hätten billigere Mieten gehabt und müßten jetzt auch mehr zu den Reparaturkosten beitragen. Der Rechner empfahl eine nochmalige Prüfung des Antrages. — Herr Nickel in, steht in dem Antrag des A. und H. keine Härte, eine andere Fassung, die sozial gerechter wäre, habe man nicht finden können. Auch in älteren Häusern wohnen Leute, die später zugewogen seien. Im übrigen hätten gerade die Neubauten die Schulden mit verursacht. Herr Nickel ist der Ansicht, daß, was eine bessere Wohnung habe, auch mehr bezahlen könne, während Herr Reineke für gleichmäßige Verteilung eintrat, da ja auch jeder Genossenschaftler die gleiche Dividende erhalte. Bei gleichmäßiger Verteilung komme auf jede Wohnung 140 Mk. Im Verlaufe der Diskussion wurde weiter reißend das für und Wider der proportionalen Verteilung der Lasten nach Wohnräumen und deren bequemerem Zubehören, wie Boden, Keller, Hofplatz, in Bezug die Lage der Wohnung erörtert; es wurde auch vorgeschlagen, die Wohnräume nach diesem Grundsatz zwischen 40 und 80 Mk. zu belassen. Bei allen Anregungen ergab sich aber doch, daß einzelne Härten nicht zu vermeiden seien. Schließlich ver-

schloß sich die Beratung zu einem Antrage Körner, wonach zur Umlegung der Steuern und Abgaben 55-65 Mk. für jedes Zimmer erhoben werden sollen, wobei die Beschaffenheit der Wohnungen berücksichtigt werden sollte. Bei der Abstimmung ergab sich jedoch eine Mehrheit für den ursprünglichen, oben mitgeteilten Antrag des Vorstandes und Ausschusses. Die Gültigkeit dieses Beschlusses wurde hauptsächlich von Herrn Gogowsky angezweifelt und ein Protest in Aussicht gestellt. — Die notwendigen gewordenen Satzungsänderungen wurden angenommen. An Stelle des auf eine Wiederwahl Verzicht leistenden langjährigen Vorstandsmitgliedes Herrn Coleman wurde Herr Kupnau von der Arbeitsgemeinschaft mit 108 Stimmen gewählt. Auf Herrn Glasow fielen 17 Stimmen.

Strafkammer.

Erfolgreiche Berufung. Wegen Diebstahls von Rosenholz und von Gartengeräten aus einer Gartenbude in Stöckelsdorf waren die beiden Arbeiter B. und L. vom Schöffengericht Schwartau zu je 8 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hatten sowohl die Angeklagten, als auch die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt, so daß die Sache am Mittwoch vor der Strafkammer zur Verhandlung kam. Das Gericht hielt nach eingehender Beweisaufnahme, zu der 13 Zeugen gelad. waren, die Angeklagten nicht für überführt. Das Urteil des Schöffengerichts wurde daher aufgehoben und die Angeklagten freigesprochen. Die Kosten fallen der Staatskasse zur Last. — Der widerpersönliche Bauer. Der Landmann L. aus Benz bei Eutin hatte wegen Verachens gegen die Getreideordnung ein Strafmandat in Höhe von 1400 Mk. erhalten. Obwohl die Strafe durch Gnadenersatz auf 800 Mk. ermäßigt wurde, gab L. sich nicht zufrieden, sondern beantragte gerichtliche Entscheidung. Das Gericht kam aber nicht zu der erhofften Freisprechung, sondern erkannte auf 800 Mk. Strafe. Dagegen hat der Angeklagte und auch die Staatsanwaltschaft abermalig Berufung eingelegt, so daß die Strafkammer darüber zu entscheiden hatte. Der Sachverhalt ist folgender: L. hat entgegen den Bestimmungen der Getreideordnung die Pflichtmenge an Getreide nicht abgeliefert. Die Nichtablieferung begründet er damit, daß infolge Benzinmangels ein rechtzeitiges Dreschen unmöglich war. Auch will er die Unmöglichkeit der rechtzeitigen Ablieferung dem Gemeindevorsteher schriftlich mitgeteilt haben. Eine solche Anzeige ist aber bei diesem nicht eingegangen. Durch eine Kommission wurde Ende Januar d. J. festgestellt, daß noch 4814 Kilogramm Roggen und 410 Kilogramm Weizen vorhanden waren. Als aber immer keine Ablieferung erfolgte und am 21. Mai zur Entleerung geschritten werden sollte, fand man nur noch 125 Kilogramm Roggen vor. Wo das Getreide geblieben ist, wurde nicht festgestellt, da der Angeklagte am 1. März seine Stelle verkauft hat. Das Gericht verwarf die Berufung und bestätigte die Strafe von 800 Mk. Es hielt nach der Urteilsbegründung nur Jahrsfrist für vorliegend. In solche geringe Strafen werden sich die Landwirte kaum fügen. 500 Mk. wüßten bei einer Schieberei gar keine Rolle. — Wegen Bandendiebstahls sind die Arbeiter W. und R. angeklagt. Beide werden beschuldigt, in Gütin und Umgegend Einbruchsdiebstähle, bei denen ihnen Waren von erheblichem Werte in die Hände fielen, ausgeführt zu haben. Als dem Angeklagten W. zu Beginn der Verhandlung ein langes Requirer von Vorstrafen vorgehalten wurde, erklärte dieser, er wisse nichts von diesen Strafen. Auf Vorhalt berief W. sich auf den Bund der Vorbestrafen in Hamburg, der gegen die Anerkennung der Vorstrafen sei. Schließlich gab der Angeklagte die Verbüßung von zwei längeren Zuchthausstrafen zu. Die Angeklagten sind gelehrt, einen Diebstahl, bei dem ihnen Fleisch- und Würstchen im Werte von über 3000 Mk. in die Hände fiel, verübt zu haben. Im weiteren Diebstahl wollen sie aber nicht beteiligt gewesen sein. Die gestohlenen Waren haben sie an die Händler B. und H. in St. Pauli verkauft und das dafür vereinnahmte Geld unter sich geteilt. Eine Hausdurchsuchung in der Wohnung der beiden Händler vorgenommen wurde, förderte ein ganzes Warenlager von Angut- und Kleidungsstoffen, Unterleibern, Wäsche, Seimen usw. zutage. Da diese Waren aus Diebstählen stammen sollen, so hatten sich B. und H. wegen Schleiern zu verantworten. Auch die Ehefrauen dieser Beschuldigten stehen unter Anklage, weil sie einen Teil der inwischen beschlagnahmten Waren beiseite geschafft haben sollen. Weber die Händler, noch deren Frauen wollen die ihnen zur Last gelegten Straftaten begehren haben. Nach ihrer Behauptung ist ein Teil der Gegenstände von einem Hausierer und der Rest in Gütiner Geschäften gekauft worden. Die Verhandlungen dauerten über 5 Stunden, da 18 Zeugen vernommen wurden. Das Urteil lautete gegen W. wegen eines schweren Diebstahls auf 2 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust; gegen R. wegen eines schweren Diebstahls auf 8 Monate Gefängnis. B. und H. erhielten wegen Schleiern in 2 Fällen je 1 Jahr Gefängnis. Die beiden Ehefrauen kamen mit je 300 Mk. Geldstrafe davon.

Die Erwerbslosenversammlung tagte heute vormittag im Gemeindefestsaal, die von rund 60 Personen besucht war. Zunächst wurde über eine kürzlich stattgefundene Erwerbslosenkonferenz berichtet. Die Aussprache drehte sich hauptsächlich um die Durchführung der 10 Punkte des A. D. G. B. Man sprach in gewohnter Weise sehr radikale Töne an, die aber schon in Anbetracht des schlechten Befindens ohne besondere Wirkung blieben. Für ein ausgeglichenes Mittelding aus dem Erwerbslosenrat wurde eine Kommando vorgenommen. Ferner beschloß man, daß ein Arbeiter, der ungebührlich zu Unrecht in Arbeit getreten sein soll, seine Tätigkeit aufzugeben habe.

Auslegung des Schwerbeschädigtengesetzes. Nach § 1 der Verordnung vom 21. April 1920 (Reichsgesetzblatt S. 591) zur Ausführung der §§ 5 und 10 des Gesetzes über die Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 6. April 1920 ist jeder private Arbeitgeber verpflichtet, zu dem dort angegebenen Hundertsatz der Beschäftigten einzustellen. Ob in einem Betriebe zur Zeit der Geltendmachung der Einstellungsverpflichtung Arbeitsplätze zur Verfügung frei sind oder nicht, ist unerheblich. Es ist vielmehr dem Ermessen des einzelnen Arbeitgebers überlassen, ob er für die einzustellenden Schwerbeschädigten neue Arbeitsplätze schaffen oder gesunde Arbeitnehmer entlassen will. Daß den Entlassenen in derartigen Fällen die Rechtsbehelfe der Verordnung über die Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung vom 12. 2. 20. nicht zur Seite stehen, ist bereits entschieden. Ebenso wird eine Kündigung, einem Abgang im Verordnungsblatt veröffentlichten. Entschied des Reichsarbeitsministers entsprechend, nicht aus dem Grunde, weil sie wegen der Einstellung eines Schwerbeschädigten erfolgt, als eine einseitige Einseitigkeit des Geschäftsbegründendes unbillige Härte im Sinne des § 84 Ziff. 4 des Betriebsrätegesetzes angesehen werden können.

Badenaukt. Füllensamm. Wasserwärme am 30. Juni, morgens 6 Uhr 15°; mittags 12 Uhr 15½° Celsius.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Fischwucher. Durch die bürgerliche Presse geht folgende Notiz: Der Abfall der Seefische stockt schon seit längerer Zeit, man sucht nach ausländischen Abfallquellen, da das Binnenland sich relevant verhält, ein großer Teil der Hamburg-Guhavener Fischflotte liegt still und auf den Hamburger Fischauktionen steigen die Preise ins Blaue. So erreichten bei einer Tages-Auktion von etwa 400.000 Pfund Seefischen: Seezungen den bisher höchsten Preis von 27 Mk. pro Pfund, Steinbutt bis 17,50 Mk., Labbutt und Hellbutt bis 10,50 Mk., Rotungen bis 8 Mk., Schollen bis 7,50 Mk., Gerbeht bis 5 Mk., Kabeljau bis 3,75 Mk., Schellfisch bis 4,50 Mk. Dazu kommt der Verdienst des Kleinhandels. Das Volk versteht diese Preispolitik nicht. In der Hamburger und Lübecker Markthalle wird das Publikum fast angerepelt, um zu kaufen, die Nachfrage wird immer geringer, der Ueberstand immer größer, aber — die Preise steigen!

Neustadt i. Holst. Zwei junge Leute beim Baden ertrunken. Der Schmid Schröder und der Müller Wolf aus Bickendorf begaben sich mit noch zwei anderen jungen Leuten nach dem Marydorfer Teich, um zu baden, gerieten dabei in eine tiefe Lue und ertranken, da von den vier nicht einer schwimmen konnte. Während der eine schon wieder angeklebete Kamerad sofort in voller Kleidung nachsprang, fiel der andere in Ohnmacht.

Hensburg. Ueber gemeine Wohnungswucher einzelner Mieter berichtet die Hensburger Volkszeitung. Unser Hunderblatt geht den edlen Menschenfreunden, die nach außen hin den Wohnungswucher bekämpfen und selbst schärfsten Wohnungswucher betreiben, scharf zu Leibe. Es schreibt: „St es kein Wunder, wenn im Norden der Stadt für eine „möblierte“ Dachkammer von einem Arbeiter 1800 Mark jährlich bezahlt werden müssen, wenn eine alleinstehende Frau für ein leeres Zimmer 1040 Mark jährlich bezahlen muß, wenn am Hafen eine Dame für ein möbliertes Zimmer 7200 Mark jährlich fordert, wenn im Zentrum der Stadt eine andere Dame für ein möbliertes Zimmer 3000 Mark jährlich fordert? Ist es kein Wunder, wenn ein Mieter seine eigene Wohnung für 3000 Mark jährlich vermietet und sich eine andere Wohnung „besorgt“, für welche er dann 400 Mark jährlich bezahlt? Ist es kein Wunder, wenn der Mieter eines Ladens, obwohl er vielleicht für kaum 20.000 Mark Waren in demselben hat, und vielleicht eine Miete von 3000 Mark zahlt, für das Geschäft den beschriebenen Preis von 150.000 Mark fordert? Es sind dies nur vereinzelte Fälle, aber selbst sie zeigen, in welcher gewissenloser Weise die Notlage anderer ausgenutzt wird. Gegen eine solche Ausbeutung hilft nur die rüchdialislose Selbsthilfe aller, welche auf möblierte Zimmer und Wohnungen angewiesen sind. Der Magistrat hat für möblierte Zimmer folgende Preise festgesetzt: für ein Zimmer bis zu 12 Quadratmeter Fläche mit einfacher Ausstattung monatlich 35 Mark, für ein Zimmer bis zu 20 Quadratmeter Fläche mit guter Ausstattung monatlich 45 Mark, für ein Zimmer über 20 Quadratmeter mit reicher Ausstattung monatlich 75 Mark, d. h. ohne Licht, Heizung, Bedienung, Kasse usw.

Warnemünde. Drahender Streik in den medienburgischen Ostseebädern. Der Zentralverband der Hotel-, Restaurant-, Café-Angestellten und „Bund der Hotel-, Restaurant-, Café-Angestellten“ hatten am 22. Mai den Unternehmern im Gastwirtsberwerb der medienburgischen Ostseebäder, welche in eine Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen sind, einen Tarifvertrag, sämtliche Arbeitnehmergruppen umfassend, mit dem Ersuchen um Verhandlungen eingereicht. Jegliche Verhandlungen wurden hartnäckig abgelehnt. In neuerlichen Verhandlungen erklärten die Unternehmer, nur auf Grund ihres (einseitig) aufgestellten Arbeitsvertrages einige kleine Jugendskandnisse für das weibliche Personal machen, die Trinkgelde der Entlohnung für die Keller aber beibehalten zu wollen. Der Vertreter der Arbeitnehmerverbände erklärte demgegenüber, nur in Verhandlungen auf Abschaffung der Trinkgelde einzutreten zu können und lehnten das Ansinnen der Unternehmer, nur für einige Arbeitnehmergruppen zu verhandeln, ab. Die Trinkgeldefrage spielte bei den Verhandlungen eine ausschlaggebende Rolle. Die Verhandlungen verliefen resultatlos. Die Angestellten nahmen in öffentlichen Versammlungen eine Entschlieung an, in der die Arbeitsgemeinschaft der Bäderwirte erneut aufgefordert wird, bis Freitag, 1. Juli, mittags 1 Uhr, zu erklären, ob sie zum sofortigen Abschluß eines Tarifvertrages bereit sind. Sollte die Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeberverbände einen Bädertarif ablehnen, so beschließen die Arbeitnehmer, in allen Bädern ab 5. Juli die Arbeit niederzulegen.

Goldberg. Ueber den neuen „kommunistischen“ Bürgermeister schreibt uns das Hambg. Echo, daß Gütert nicht mehr der SPD. angehöre. Nachdem Dr. Gütert seinerzeit behauptet hatte, der Kapitalismus sei noch recht kräftig, hielt ihn die SPD. nicht mehr der Mitgliedschaft für würdig und schloß ihn aus. Nun hat er sich bis zum Bürgermeister einer durchau nicht etwa kommunistischen Gemeinde würdigem aufgeführt.

Bremen. Weitere Arbeiterentlassungen auf den Werften. Auf der A. G. Weser sollen dieser Tage 900 Arbeiter entlassen werden. Die Arbeiterschaft führt die Entlassung auf die wirkliche und vermeintliche Sabotage der Unternehmer zurück, daß diese sich nicht weiter um Aufträge bemühen, weil sie sich nicht rentieren. Sie wollen nur produzieren, um Profit zu erzielen. In einer Werftarbeiterversammlung wurde ein ignobiler Beschluß angenommen, der besagt, daß die gekündigten Arbeiter die Entlassung nicht befolgen und auch dann weiterarbeiten sollten, wenn die Direktion nicht damit einverstanden sei. Weiter wurde beantragt, daß anstatt sechs nur fünf Tage in der Woche gearbeitet werden sollte. Dieser Antrag wurde sowohl von dem Vertreter des Metallarbeiterverbandes wie auch von unseren Genossen und einem Vertreter der Unabhängigen energisch bekämpft. Trotzdem fand sich am Schluß der Verhandlungen noch eine Mehrheit, nachdem der größte Teil der Arbeiter die Verammlung bereits verlassen hatte, die dem Antrage zustimmte. Es scheint den Arbeitern, die diesen Antrage ihre Zustimmung gaben, nicht klar geworden zu sein, daß sie etwas beschlossen, was nicht durchführbar ist. Wenn die Genannten nach dem ignobilen Beschluß verfahren, dann ist der ganzen Angelegenheit auch noch nicht geholfen. — Das Problem wird durch syndikalistische Antriebe absojuri nicht gelöst. Es kann nur zugunsten der Arbeiter ausfallen, wenn sie durch die Macht ihrer Organisation verhindert, die Erwerbslosigkeit zu bannen. Die Spitzenverbände haben in dieser Beziehung umfassende Anträge gestellt, die jetzt im Wirtschaftsausschuß des Reichstages beraten sind und in Kürze den Reichstag beschäftigen werden. Hier wird

Wer ist zurzeit der größte Mann der Welt?

Diese sehr amerikanische Frage bildet den Titel einer kleinen Schrift in englischer Sprache, die mir aus Kenner zuging. Sie wird geführt von der kürzlich begründeten Frauenfriedensgesellschaft, die auf dem extrem passivistischen Standpunkt steht, daß Gewalt unter allen Umständen zu vermeiden ist, auch in der Verteidigung. Der Verfasser der Schrift heißt John Hayes Holmes und bezeichnet sich als Krebiger an der „Gemeinschaftsfrage“. Kritische Erwähnung tritt nicht hervor.

Für uns Deutsche ist zunächst interessant, daß Holmes im Beginn sagt, daß man im Frühjahr 1919 den größten Mann seiner Zeit unter den herrschenden Führern des Weltkrieges geprüft hätte, die im Januar 1919 in Paris versammelt waren. Doch nach dem, was in Versailles und nach Versailles geschah, müße man sagen, diese Männer hätten die Probe nicht bestanden.

Nun stellt er drei Persönlichkeiten einander gegenüber, die, meint er, wohl Ansehen auf Größe haben: Roosevelt, Lenin und der Führer des Japans, der Kaiser. Er wählt Roosevelt, Lenin und den Führer des Japans, den Kaiser, als die drei größten Männer der Welt.

Kollekt ist ihm der große Vorteil, der Geher, der das Ansehen des Weltkrieges notwendig ist, der es als keine Aufgabe ansieht, Deutschland und Frankreich gegenseitiges Verständnis zu lehren, daß ein Licht in die Dunkelheit der Zeit bringe. Aber er ist weltfremd, er vermag nicht praktische Dinge zu gestalten. Ganz im Gegensatz zu ihm Lenin. Ein Organisator von ungeheurer praktischer Fähigkeiten, der es verstand, die äußeren Feinde von seinem Lande abzuwehren und im Innern neue Staats- und Wirtschaftsformen zu schaffen. Doch hier, glaubt Holmes, gewöhnliches ist der Maßstab nicht. Vor nichts löst er zurück, wenn er die Welt erlösen will. Holmes sagt, Lenin sei völlig ohne moralischen Postismus. Er habe weder fähige noch geringe Grundsätze. Seine ganze Persönlichkeit sei der Kapitalismus I zu sein.

Der Führer Gandhi aber sei groß durch moralische Kraft, die sich praktisch auswirkt. Sein Grundgesetz ist, durch Beharrlichkeit und Geduld zu siegen, ohne jemals Gewalt anzuwenden. Und der Erfolg hat ihm recht gegeben, insbesondere in Südafrika. Bei 1898 bis 1913 war er dort mit den schändlich unterdrückten Indern, die unter einem harten Ausnahmegericht litten. Er organisierte bei ihnen einen andauernden passiven Widerstand. Sie leisteten keinerlei Arbeit für die Weißen. Sie sammelten sich außerhalb der Stadt auf dem Lande, erhielten sich dort selbst und lebten in freiwilliger Armut. In Zeiten der Not jedoch hielten sie sich der Regierung hilfreich zur Verfügung. Endlich, nach 20 Jahren, gewann Gandhi den Kampf, das Ausschließungsrecht gegen die Inder wurde beseitigt.

Gegenwärtig lebt Gandhi in Indien und steht dort führend an der großen Revolutionsbewegung, die sich gegen die englische Herrschaft richtet. Auch da tut er zu passivem Widerstand. Nirgend sollen die Inder mitwirken, nicht in den lokalen Gerichtsverfahren als Richter, nicht als Anwälte. Eltern sollen die Kinder nicht zur Schule senden, Inhaber von Titeln diese aufgeben usw., aber nie Gewalt. Er spricht die höchsten Worte: Wir müssen unsere Kampf mit reinen Waffen kämpfen, Freiheit durch Güte, Ehre durch Redlichkeit begehren. Der List müssen wir mit Offenheit und Einfachheit, dem Terrorismus mit Tapferkeit und Geduld im Widerstand begegnen. Dies fordert Gandhi nicht, weil Indien schwach, sondern weil es stark ist. Holmes meint, der Indier hätte auch hier den Sieg davon um Gandhi zu fallen. Aber er nennt ihn den Größten, weil er zugleich träumt und handelt.

Immerhin ist Gandhi in Indien, und steht dort führend an der großen Revolutionsbewegung, die sich gegen die englische Herrschaft richtet. Auch da tut er zu passivem Widerstand. Nirgend sollen die Inder mitwirken, nicht in den lokalen Gerichtsverfahren als Richter, nicht als Anwälte. Eltern sollen die Kinder nicht zur Schule senden, Inhaber von Titeln diese aufgeben usw., aber nie Gewalt. Er spricht die höchsten Worte: Wir müssen unsere Kampf mit reinen Waffen kämpfen, Freiheit durch Güte, Ehre durch Redlichkeit begehren. Der List müssen wir mit Offenheit und Einfachheit, dem Terrorismus mit Tapferkeit und Geduld im Widerstand begegnen. Dies fordert Gandhi nicht, weil Indien schwach, sondern weil es stark ist. Holmes meint, der Indier hätte auch hier den Sieg davon um Gandhi zu fallen. Aber er nennt ihn den Größten, weil er zugleich träumt und handelt.

Henri Lehmann.

die Erwerbslosen der Weg gebahnt, die Endkalküle aber verbreiten mit ihrem Zaubermittel der Betriebsbesetzung Märchen, auf das nur arme und ganz unwissende Leute hereinfallen.

Sydt. Truppenlagerplatz. Obwohl der Dürerbund und der Verwaltungsrat der auf der Insel befindlichen Jugendlager gegen die Unterbringung von Truppen auf der Insel Sydt Einspruch erhoben haben, sind doch 200 Mann Marinemannschaften untergebracht worden. Im Reichstag begründete kürzlich Regattenkapitän Dräger diese Maßnahme mit der Aufgabe, es sei notwendig Marinemannschaften auf Sydt auszubilden, um die Verteidigungsfähigkeit der Insel Sydt zu erhalten. Diese Begründung („um die Verteidigungsfähigkeit der Insel zu erhalten“) wirkt in Anbetracht der ganzen Situation Deutschlands und in Berücksichtigung des friedlichen Standes geradezu lächerlich und es ist unverständlich, daß sich der Vertreter eines Ministeriums nicht geniert, so fadenelastige Gründe vorzubringen. Wir hoffen, daß sich unsere Genossen mit der Sache noch beschäftigen werden, um zu verhindern, daß ein herrlicher Naturort und ein höchwichtiges soziales Unternehmen, das jährlich 800 Jugendlichen und 900 Kindern Erholung und Kräftigung bietet, gefährdet und Sydt der Charakter als friedlicher Erholungsort durch neue, unnütze militärische Maßnahmen genommen wird.

Gewerkschaften.

Zum Ende des Bergarbeiterstreiks in England. Die Bergarbeiter haben einer sofortigen Erhebung des augenblicklichen Lohnes um 2 Schilling, einer weiteren Verminderung um 8 Pence im August und weiterer 6 Pence im September zugestimmt. Danach tritt das dauernde Abkommen in Kraft. — Lloyd George hat das Unterhaus von dem Abkommen in Kenntnis gesetzt, das bis 30. September 1922 mit dreimonatiger Kündigung gilt. In der Debatte wurde die Lösung der Krise mit Freuden begrüßt. Die Annahme des 10-Millionen-Kredits am Freitag steht außer Zweifel. — Die Mitglieder des Volkswirtschaftsausschusses der Bergarbeiter erklärten, daß die Mehrzahl der Arbeiter am Montag wahrscheinlich die Arbeit wieder aufnehmen werde. In einigen Orten, insbesondere in Schottland, werden Wochen vergehen, bis alle Bergleute wieder an der Arbeit sind.

358 000 unterstützte Vollerwerbslose. Im Mai 1921 ist die Zahl der unterstützten Vollerwerbslosen (nicht zu verwechseln mit der Zahl aller vorhandenen Vollerwerbslosen) im Deutschen Reich von rund 395 000 auf rund 358 000 (darunter rund 282 000 männliche und 76 000 weibliche) gefallen. Die Zahl der Zuschlagsempfänger, d. h. der unterstützungsberechtigten Familienangehörigen der Vollerwerbslosen, ist gleichzeitig von 440 000 auf 348 000 heruntergegangen. Die Zahlen stehen allerdings noch erheblich über den Ziffern vom 1. Juni 1920. Bei der Bewertung dieser Zahlen ist ferner zu berücksichtigen, daß sie die erwerbslosen Kopfarbeiter, deren Zahlen gerade nach den letzten Beobachtungen in einer Reihe von Orten wieder in der Zunahme begriffen ist, nicht mit umfassen. Es wäre daher verfehlt, aus der Besserung des Arbeitsmarktes im letzten Berichtsmonat auf eine Besserung unserer Wirtschaftslage zu schließen. Unter den Gründen, aus denen die Zahl der unterstützten Vollerwerbslosen in Deutschland abgenommen hat, verdient neben dem Fortgang der landwirtschaftlichen Arbeiten die Velebung der Bautätigkeit hervorgehoben zu werden. Die produktive Erwerbslosenfürsorge beschäftigt zurzeit 250 000 Personen. Es ist also gegenwärtig für mehr als 40 Prozent der Erwerbslosen durch die produktive Erwerbslosenfürsorge Arbeit geschaffen; hierbei werden die langwierigen Erwerbslosen die erhaltungsgemäß am schwersten Arbeit finden, besonders berücksichtigt.

Vierundvierzig-Stunden-Woche in Australien. Die Vierundvierzig-Stunden-Woche soll in Australien in verschiedenen Industriezweigen gesetzlich festgelegt werden. Zu diesem Zweck ist das Urteil eines Richters eingeholt worden, der diese ganze Frage unterziehen sollte. Richter Beach kam zu folgendem Ergebnis: Er befürwortete die Einführung der Vierundvierzig-Stunden-Woche für 46 Berufe. Er empfahl weiter, daß die vierundvierzig Stunden an 5 1/2 Tagen abgeleistet werden sollen, und zwar je 8 Stunden an Wochentagen und 4 Stunden am Sonnabend. Falls geeignete Unterhandlungen zwischen Unternehmern und den Arbeitern stattfinden, schlägt er weiter vor, an jedem Tag 8 Stunden und 48 Minuten zu arbeiten, so daß der Sonnabend frei wäre. — Richter Beach erklärte in seinem erstatteten Report, daß von Unternehmern keine Argumente vorgebracht wurden, die die Behauptung rechtfertigen würde, daß die Industrie-bezug, die Produktion darunter zu leiden hätte. Zum Schluß wird erklärt, daß durch die Reduktion der Arbeitsstunden keine Lohnverminderung eintreten darf, desgleichen muß jedes Ueberstundenwesen verboten werden.

Aus aller Welt.

Heißer Bauernkrieg. Aus Frankfurt a. M. meldet Wolf: Das Landesverwaltungsamt sprach der wiesener Gemeinde Oberhörsing 22 Morgen Wiesen aus der Gemarkung Münzenberg zu. Darüber erbitterten die Münzenberger Bauern und mühten nachts die Wiesen ab. Die Gendarmen und die zu Hilfe gerufene grüne Polizei in Stärke von 20 Mann versuchten den Abtransport des Heus zu verhindern. Etwa 500 Bauern stürzten auf die Polizei ein. Es entspann sich ein regelrechter Kampf, wobei beiderseits Schüsse fielen. Ob Personen verletzt wurden, ist noch unbekannt. Eine Reihe von Verhaftungen wurde vorgenommen.

Verurteilung eines deutschen Fremdenlegionärs. Nach einer „Havas“-Mitteilung aus Casablanca hat das dortige Kriegsgericht den deutschen Fremdenlegionär Hamm wegen Fahnenflucht und Beteiligung an einem Komplott zu Degradation und lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Hamm hatte sich freiwillig zum vierten Regiment der Fremdenlegion gemeldet und seinen Posten dann verlassen. Er wurde aber ergriffen. Seine Mitschuldigen Wilmann und Kuhl wurden zu sieben und fünf Jahren Zuchthaus aus dem gleichen Grunde verurteilt.

Einbruch in Jolländer. Ein Einbruch wurde in der letzten Nacht im Röhener Jolland verübt. Nach den bisherigen Feststellungen wurden für 200 000 Mark Bänderolen für Zigaretten und Feinschnitt-Tabak gestohlen. Diebstähle ähnlicher Art werden auch aus mehreren anderen Städten gemeldet.

Das verkaufte Stadttheater. Das Stadttheater in Rosen ist auf unbestimmte Zeit geschlossen worden, da keine Räume völlig verkauft sind. — Da haben es die Rosen ja schon herrlich weit gebracht in der Durchbringung einer Städte der Rosen mit ihrer Kultur.

Eine Kindertragödie. Vor einigen Tagen war die 10jährige Tochter Jse eines Gärtners in Stuttgart im Bett erworder aufgefunden worden. Das 15jährige Dienstmädchen hat jetzt gelanden, das Kind auf seinen Wunsch hin erworder zu haben. Die Erwordete war in unerlaubte Beziehungen zu einem Schauspieler getreten und hatte aus Furcht vor den Eltern das Dienstmädchen gebeten, sie zu töten.

Goldfunde in Australien. Aus Medatharra wird die Entdeckung von Gold in bedeutender Menge gemeldet.

Eisenbahnkatastrophe in Indien. Ein schweres Eisenbahnunglück hat sich in der Nähe von Amroza in Indien ereignet. Eine Ueberschwemmung hatte in den Eisenbahndamm ein großes Loch gerissen, in das jetzt ein Personenzug gestürzt ist. Die Lokomotive und zwei Wagen sind vollkommen verschwunden. Man fürchtet, daß 40 Passagiere und das Personal des Zuges ertrunken sind.

Die Schulreform.

Von Ernst Schermer.

5. Schule und Kirche.

„Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates; er kann die Gemeinden daran beteiligen. Die Schulaufsicht wird durch hauptamtlich tätige, sachmännlich vorgebildete Beamte ausgeübt.“ (Art. 144 der Verfassung.) Durch diesen Artikel wird die Trennung von Schule und Kirche klar ausgedrückt, die geistliche Schulaufsicht beseitigt. Eine besonders lästige Fessel der Schule ist damit gefallen. Die Gewissensfreiheit, die die Kirche stets bekämpfte, kann sich nun entfalten. Wirklich?

„Innerhalb der Gemeinden sind indes auf Antrag von Erziehungsberechtigten Volksschulen ihres Bekenntnisses oder ihrer Weltanschauung einzurichten, soweit hierdurch ein geordneter Schulbetrieb, auch im Sinne des Abs. 1, nicht beeinträchtigt wird. Der Wille der Erziehungsberechtigten ist möglichst zu berücksichtigen.“ Dieser Absatz des Art. 146 zerstört die Möglichkeit der restlosen Durchführung der Einheitschule. Das deutsche Volk will aber vorläufig noch nicht „eine Schule“.

Wir wollen die weltliche Schule, d. h. eine Schule ohne Weltanschauung. Wir verwerfen es, daß Kinder in der Schule in eine bestimmte Richtung gepreßt werden. Wir wollen keine Bekenntnisschule, weder eine evangelische, noch katholische, noch monistische. Alle Bekenntnisschulen sind sich darin einig, daß sie ihr Dogma als das alleinigmäßige ansehen und die übrigen verdammen. Dem Kinde sind alle Dogmen fremd. Es ist also unnatürlich, der Jugend Bekenntnisse vermitteln zu wollen, noch schlimmer aber ist ein Anderes — und gerade deshalb verwerfen wir es erst recht —, durch die Einteilung nach dem Bekenntnis bringt man wieder etwas Trennendes ins Volk hinein. Keine Partei trägt neben der sozialen Schichtung sozialer Zweifalt in unser Volk wie die verschiedenen Bekenntnisse. Alle Richtungen gehen sich hier nichts nach. Keine von ihnen handelt selbstlos wie sie es müßte. Jede will herrschen! Daher ist überall Feindschaft unter ihnen. Und diese Feindschaft wird in die Schule hineingetragen, wenn dort irgend eine Kirche etwas zu sagen hat. Wir müssen nun einmal dem Rechnung tragen, daß christliche Nächstenliebe dort am wenigsten zu finden ist, wo sich verschiedene Glaubensrichtungen bekämpfen. Deshalb darf keine Kirche, keine Weltanschauungsgemeinde, keine Partei in der Schule regieren oder hineinreden dürfen. Die Jugend soll zur Gemeinschaft erzogen werden. Das wird in keiner Bekenntnisschule geschehen!

Der unglückliche Satz in der Verfassung, daß die Erziehungsberechtigten den Antrag stellen können, Bekenntnisschulen einzurichten, wird böse Früchte zeitigen. Überall, wo verschiedene Konfessionen nebeneinander vertreten sind, werden nun evangelische, katholische, reformierte, weltliche u. a. Schulen sich aufstun können und das nennt man dann: die Einheitschule des deutschen Volkes! Leuchtet es denn da nicht auch allen politischen Gegnern ein, die vorgehen, für den deutschen Einheitsgedanken zu kämpfen, daß nur die neutral Schule hier Besserung schaffen kann? Die weltliche Schule will keinerlei Religionsunterricht erteilen, aber die Kinder können nebenbei Religionsunterricht haben, wo sie wollen. Neben den Geistlichen werden sich wohl Lehrer genug finden, die außerhalb der Schule gern in der Religionslehre unterrichten. In der Schule aber wird immer wieder betont werden, daß wir alle zusammen gehören, eine Volksgemeinschaft bilden.

Einen kurzen Ueberblick über diese schulpolitischen Verhältnisse in anderen Ländern gibt Hoff: „In Holland wurde schon 1806 der Religionsunterricht durch Gesetz aus dem Lehrplan der Schulen entfernt. Italien hat seit 1877 weltliche Schulen im weltlichen Staate. In Frankreich führte die Regierung 1882/83 mit dem Schulzwang und der Unentgeltlichkeit des Unterrichts auch die Weltlichkeit der Schule ein; an die Stelle des Religionsunterrichts trat ein Moral- und bürgerkundlicher Unterricht. In Japan sind alle Schulen weltlich, und es wurde von jeher und wird auch jetzt nur Moralunterricht erteilt. In Nordamerika ist der Religionsunterricht bedingungslos vom Schulunterricht ausgeschlossen. Bei der Anstellung der Lehrer, wie bei der Aufnahme der Schüler kommt die Religion des Betreffenden nicht in Betracht. In der Schweiz verlangt die Bundesregierung, daß jeder Kanton einen angemessenen Elementarunterricht vorzieht, und daß dieser Unterricht unentgeltlich und unkonfessionell ist. Selbst in England braucht kein Schüler dem (fakultativen) Religionsunterricht zwangsweise beizumohnen, und das Gesetz von 1906 empfiehlt die Einführung eines Moralunterrichts in den öffentlichen Schulen.“

Über wie stellt sich unser Volk dazu? Wo bisher darüber Abstimmungen stattgefunden haben, ob der Religionsunterricht in der Schule beibehalten werden soll oder nicht, hat man sich überall für die Beibehaltung ausgesprochen. Dem müssen wir Rechnung tragen. Für uns heißt es, weiter für die weltliche Schule und gegen die Bekenntnisschule zu streiten, zurzeit aber den gegebenen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Der deutsche Lehrerverein hat sich auf seiner diesjährigen Hauptversammlung für die Gemeinschaftsschule ausgesprochen und versteht darunter folgendes: Alle Kinder besuchen nur eine Schule, die Einheitschule, haben dort allen Unterricht gemeinsam, nur in der Religion werden die Anhänger eines jeden Bekenntnisses in besonderen Gruppen unterrichtet, jeder Religionsunterricht untersteht nur der Schule. Der letzte Punkt ist besonders wichtig, sonst könnte jede Richtung wenigstens für ihren Religionsunterricht ein Aufsichtsrecht in der Schule beanspruchen. Und wofür sollte das wohl führen? In Mecklenburg darf auch heute noch der Geistliche — nach vorheriger Anmeldung — dem Religionsunterricht beiwohnen. Das darf nicht verallgemeinert werden.

In manchen Kreisen unseres Volkes wird einem besonderen Moralunterricht, der den Religionsunterricht ersetzen

soll, das Wort geredet. In England bildete sich 1906 ein Ausschuss aus Vertretern der verschiedenen Religionsgesellschaften (1), der die Frage der Moralpädagogik studierte und im Jahre 1908 in seinem Bericht folgenden einstimmig gefassten Beschluß mitteilt: „in allen öffentlichen Schulen sollte mindestens eine Stunde in der Woche der Unterweisung in den Prinzipien der persönlichen, sozialen und bürgerlichen Pflichten gewidmet werden, illustriert durch Beispiele aus der Bibel, anderer religiöser Literatur, Poesie, Biographie und Geschichte. Solche Unterweisung sollte sich den Altersstufen der Kinder genau anpassen und einen gewissen Plan verfolgen, doch sollte der Lehrer in der Wahl der Methoden nicht zu sehr beschränkt werden.“ Dr. M. Zahn verlangt einen solchen besonderen Moralunterricht, will aber die Bürgerkunde in diesem Sinne gestalten. Daß auch dieser Weg gangbar ist, hat U. Berger in seinem Buche „Erziehung zur Gemeinnützigkeit“ gezeigt. In Fortbildungsschulen (Fürstentum Neuf a. L.) hat sich dieser Unterricht „Lebenskunde“ durchaus bewährt. Hergt hat aber zweifellos recht, wenn er behauptet, „daß dem größten Teil der Lehrerschaft die Vorbildung dazu fehlt, denn bisher war die Ethik kein Gegenstand im Unterrichtsplan der Lehrerbildungsanstalten.“ Dem Moralunterricht im Sinne Zahns kann man aus vollem Herzen zustimmen (wenn die Lehrerschaft erst instande ist, ihn so zu erteilen). Zahn sieht in der Sittlichkeit und Religion zwei verschiedene Entwicklungsgebiete, ja die Sittlichkeit als eine Vorstufe der Religion an und sagt: „der Mensch kann ohne Religion sittlich gut sein. Er kann Wahrheit, Schönheit und Güte achten und lieben, die bösen Triebe, Affekte und Leidenschaften sich untertänig machen und um die rechte Erhaltung und Entfaltung seines und seiner Mitmenschen Leben ernstlich bemüht sein. Wenn er den Ideen des Wahren, Guten und Schönen recht Wert, wird er seine Lebensarbeit auch mit Ernst und Würde vollbringen können.“ Eine andere Stimmung aber erfasst ihn, wenn er . . . um alle diese Güter kämpfen muß, wenn ihm Gefahr und Verlust bevorstehen. Noch mehr aber wird er aus dem Kreise seiner Lebensanschauungen heraus- und weitergeführt, wenn er die möglichen und unmöglichen Bedingungen und die Folgen seines Handelns erwägt und sein Leben innerhalb des ganzen Weltzusammenhangs betrachtet. Zu dieser Betrachtungsweise soll schließlich der Jüngling durch seine Erzieher auf seinem Bildungswege gebracht werden. Durch den in seinem Innern wohnenden Trieb nach Einheit wird er zu solchen Gedanken und Gefühlen auch selbst geführt, wenn seine allgemeine Bildung, Verstand und Vernunft weiter vorwärts schreiten. Die Religion ist deshalb ein Bedürfnis des menschlichen Gemüts und erscheint als der Schlüssel zu allem Wissens und Streben, gleichviel ob wir von der Religion schlechthin sprechen oder ob wir uns mit den letzten Fragen alles Wissens an die Religionsphilosophie oder an die Metaphysik wenden.“ — Dr. E. Dieckhoff, der von der preussischen Unterrichtsverwaltung im November 1918 mit der Ausarbeitung von Vorschlägen über die Umgestaltung des bisherigen konfessionellen Religionsunterrichts in weltlichen Moralunterricht betraut war, glaubt die Lösung durch die unlösliche Verbindung von weltlichem Moralunterricht mit dem in interkonfessioneller Prägung zu erteilenden Religionsunterricht erreichen zu können. Gegen den konfessionellen Religionsunterricht hat sich nun wohl die Mehrheit der deutschen Lehrerschaft ausgesprochen. Der dogmatisch-kirchliche Religionsunterricht wurde vom deutschen Lehrerverein bereits in Leipzig 1893 abgelehnt, und die sächsische Lehrerschaft hat ihre Stellung durch die Annahme der Zwifauer Thesen klargestellt.

Die völlige Einigung wird in nächster Zukunft noch schwerlich zu erreichen sein. Eins aber muß gelingen. Nie und nimmer darf der Reichsschulgesetzentwurf angenommen werden. Rechts und links wird protestiert. Die „Freiheit“ ist unzufrieden, weil der Gesetzentwurf „einen außerordentlich starken Einfluß der Kirche auf die Schule zuläßt und den nicht kirchlich gesinnten Kreisen in der Möglichkeit der Einrichtung bekennungsloser Schulen ein außerordentlich dürftiges Äquivalent dafür hinwirft. Die konfessionelle Schule wird nach der Durchführung des Gesetzes üppig blühen und gedeihen, die weltliche Schule dagegen nur ein kümmerliches und von reaktionären Gefahren umdrohtes Dasein führen.“ Die katholische Schulorganisation Deutschlands verlangt ebenfalls die evangelische Schulkongress die Einrichtung bekennungsloser Privatschulen mit Staatsgeldern und beansprucht: „bei Besetzung der Schulaufsichtsstellen verlangen wir die Berücksichtigung des konfessionellen Charakters der unterstellten Schulen; wir verwahren uns dagegen, daß einem Gegner der Konfessionsschule die Schulaufsicht über katholische Schulen übertragen wird.“ Arme Lehrer und Schulaufsichtsbeamte! 529 verschiedene Bekenntnisse gibt es im Deutschen Reich. Dazu kommen die vielen verschiedenen Weltanschauungen. Und nun heißt es: Gebt jedem Bekenntnisse seine Schule — und „seine“ Lehrer! Woher nehmen? — Will der Staat wirklich vor den Bekenntnissen und Weltanschauungen zu Kreuze kriechen? Soll auch die Schule im neuen Deutschland von vornherein zerplittert werden, so zerplittert werden, daß ein Neuaufbau geradezu unmöglich wird? — Wir erkennen die Zerfäher. In allen Lagern sind es die Unzulustamen. Sie wollen der freien Schule, dem freien Lehrerverbande ein Grab schaufeln. Sie werden noch mehr tun; neuen Jütschloß der Uneinigkeit durch ihre Bekenntnisschulen ins Volk tragen. Fort mit den Friedensstörern, hinweg mit ihren Schulen! Wir wollen eine Schule! Wir wollen die weltliche Schule! Und wenn sie heute in Deutschland noch nicht möglich ist, dann gebt uns wenigstens die Gemeinschaftsschule! — Es ist eine wahrhaft rationale, eine vaterländische Tat im besten Sinne des Wortes, wenn es uns gelingt, wenigstens unsere Jugend in einer Schule zu vereinen.

Elternbeiräte = Druckfehlerberichtigend. In der ersten Zeile des letzten Absatzes des vorhergehenden Aufsatzes muß es statt „die Elternbeiräte haben in einem Schulbetrieb nichts zu tun“ heißen: „im inneren Schulbetrieb nichts zu tun.“



Umpressen

Wir ersuchen höflichst, die bis zum 15. Juni 1921 källigen Damen-Sommerhüte auf erhaltenen Ausweis innerhalb 14 Tagen abzuholen, andernfalls wir den Hut als verfallen betrachten. (3521)

C. Stamer u. Martens, Fleischhauerstr. 25.

Hotels, Restaurants, Cafés, Vergnügungen

Hotel-Restaurant
J. Weidenfeller, Lübeck, Obertrave 5.
Gute Küche u. Zivile Preise u. Weinstube.

Oppermanns Bahnhofs-Hotel
Beim Holstentor — Fernruf 8488. Restaurant und Weinstube. Zentralheizung, elektr. Licht.

Restaurant „Zur schwarzen Dohle“
Hundestraße 41, empfiehlt Saal u. Klubzimmer f. Versamml. u. Festlichkeiten

Hotel „Drei Ringen“, Harry Rubach
Hansastraße 8, Telefon 8478.

Friedrichshof: Tanz
Mittwochs u. Sonntags

Rest. Everling, Schwart. Allee 69 a
und Vereine. Vorzügliche Küche.

Bernh. Brüggemann, Rest. und Klublokal
Schwart. Allee 14a, Saal, Klubz., Doppelkegelbahn

Café Opera Inh. J. R. Jacob, Ecke Breite Straße u. Beckergrube. Tägl. Künstlerkonzert. Neu eröffnet: Billard-Akademie.

Hansa-Theater, Erste Lustspiel- und Operetten-Bühne,
Moisinger Allee 18a, Telefon 610.

Biophon-Theater, Breite Straße 52.
Nur die neuesten Schlager. Bevorzugte stadtbekannt Lichtbildbühne.

Stadthallen- Lichtspiele. Größte und vornehmste Lichtspielbühne Lübecks. Aufführg. 4—7 und 7—10 Uhr.

Konfitüren, Lebensm., Drogen usw.

Ludw. Hartwig
Obertrave 4. Fernspr. 677.
ist und bleibt die vorteilhafteste Bezugsquelle für **Hausfrauen!**

Hansa-Meierei, Fackenburg Allee 59.

Otto Weber, Hansastraße 43 a, Telefon 1761.
en gros :: Spezial-Butterhandlung :: en detail.

Willi Nehls Nchf. M. Wallat, Spezialgeschäft feiner Lebens- u. Gemütsmittel, liefert beste Ware zum billigsten Preis :: Kupferschmiedestr. 6—8.

Joh. Wieggers, Balanierfahr 26/28, Kolonialw., Getreide, Holz- und Kohlenhandlung, Gastwirtschaft.

Paul Ove, W. Süffe Nachf., Warendorpfstr. 25, Fernspr. 5524. Vorteilhafteste Einkaufsquelle für Kolonialwaren, Kartoffeln, Feuerung. Handblockwagen stets vorrät.

Heinr. Vorrath, Spezial-Butterhandl., Adlerstraße 43, Fernruf 1540.

H. Roßbach, Fackemb. Allee 19 b. Spez. Geschäft für frische u. geräuch. Fische aller Art, Fettw., Kons., Obst, Süßfr.

Hans Wede, Schwart. Allee 5, Fernsprecher 1899. Kolonialwaren, Zigarren.

Johannes Koch, Fischergroße 90. Kolonialwaren, Fettwaren.

Rud. Jäde, Beckergrube 70, Tel. 8622. Spezialgeschäft für Delikatessen und Fettwaren.

Heinr. Wiegels Nchf. Henry Schwabecke Kolonial- und Fettwaren, Fischergroße 61.

Friedr. Weingärtner, Johannisstraße 3. Konfitüren und Delikatessen.

Otto Hinke, Fünfhausen 1. Beste Bezugsquelle für Delikatessen und Fettwaren.

Carl Heese, Obst- und Süßfrüchte, Holstenstraße 19.

Otto Baake, Markt 9. Butter, Margarina, Käse.

Hans Stoffers, Obst-, Gemüse-, Delikat.-Geschäft, Moisinger Allee 84.

Ad. Uebersch, Moising. Kolonialwaren, Fettwaren und Delikatessen.

W. Petersen, Schokol. u. Zw.-Grüdl. M.-F. Beckgr. 79. T. 1624.

Geschäftliche Rundschau u. Zeitungs-Dauer-Fahrplan.

C. Lillberg, Hützstraße 92. Räucherfische u. Delikatessen.

Scharnbergs Nachf. Inh. L. Richter, Kohlm. 8, Markt 5. Beste Bezugsqu. für alle Fett- und Wurstwaren.

Heinrich Franck, Wahnstr. 67. Fettwaren.

Konfitüren Herm. Voss, Große Burgstraße 43.

Burg-Drogerie Herm. Rötger, Gr. Burgstr. 44. Tel. 1016 Toiletten-Artikel, Farben, Tapeten.

W. Weichert, Stempel, Türschilder, Gravierungen Beckergrube 15.

Karl Schnoor Wickede-straße 14. Beste Bezugsquelle für Fische u. Delikatessen.

H. Matern Konfitüren, Delikatessen. u. Fettwaren. Pfaffenstraße 7. Fernspr. 3566.

Heinz Thonys dänisches Lebensm. Mag. Hützstr. 37, T. 8748.

Aug. Carstens, Dornestraße 14a. Delikatessen u. Fettwaren

Otto Sehtcke Drogen u. Kolonialwaren, Fackemb. Allee 70.

Fortuna-Drogerie, Georg Knoop Moisinger Allee 6 a, Fernruf 2375.

Drog. Aug. Prösch, Mühlenstr. 29. Drogen, Farben, Fußbodenöle, Gummiartikel.

Rauchwaren usw.

Friedr. Nagel, Markt 14. Zigarren, Zigaretten, Tabake in bekannt guten Qualitäten zu billigsten Preisen.

Wendlandt & Weirich Kolonialw., Tab. u. Zig. Glockengießerstr. 16 T. 2414

Jobs. Beth, Adlerstr. 86. Einkaufsqu. für Gemüse, Obst, Kolon. u. Fettw.

A. Boht, Fünfhausen 22. Fettwaren best. Qualität.

Drogerie Schultz, Hansastraße 92.

Zur Glocke Drogenh., Alb. Westphal, Glockengießerstr. 46

Obst + Gemütle Süßfrüchte preiswert bei

W. Kock, Große Burgstr. 18. Telefon 2024.

M. Grotkopp, Mühlenstr. 18, P. 8256 Kaff., Bier- u. Weinstub.

Park-Drogerie, Schulstraße 11 Drogen, Farben, Chemikalien, Haushaltsartikel.

Arth. Haage, Zigarren, Zigaretten Tabak. Beckergrube 81.

A. B. Riggelsen Tabak, Zigaretten. Hützstr. 38.

Ernst Meyer Dornestr. 8. Putz- und Modewaren

Bankhaus Fritz Kiemstedt, Komm. Ges., Lübeck, Holstenstr. 5, Telefon 988, 8173. Hauptannahme: Holstenstraße 18. Tel. 111. Fabrik und Kontor: Meierstraße 19. Tel. 318. sämlicher Bankgeschäfte. Geschäftsstelle: Timmendorfer Strand, Wolbergstraße 5.

Alwin Karstadt, Dampfärbererei, chemische Reinigung. Hauptannahme: Holstenstraße 18. Tel. 111. Fabrik und Kontor: Meierstraße 19. Tel. 318. Filialen: Hützterdamm 10, Große Burgstraße 35, Friedenstraße, Ecke Warendorpfstraße.

B. Dauer-Fahrplan des Lübecker Volksboten.

Hamburg		Büchen		Fehm		Travemünde	
Lübeck	Hamburg	Lübeck	Büchen	Lübeck	Fehm	Lübeck	Travemünde
600	740	580	708	800	918	684	743
740W	850	2-4. SL	180	247	1145	100	
747	921	706	851	415*	915	845*	129
2-4. SL	2-4. SL	2-4. SL	530	652	327	442	
930	1108	830	721	912	1034	722	840
1105	1280	840 D	997	* D Berlin-Stiel und zurück.			
2-4. SL	2-4. SL	1017	1154				
1245	228	2-4. SL	156				
224	345	1223	156				
344	502	305 W	412				
2-4. SL	550	330	510				
2-4. SL	550	330	510				
715	824	515	616				
728	900	540	716				
816 D	914	722	900				
828 S	1015	2-4. SL	1028				
920	1102	900	1028				
2-4. SL	1140	108	108				

W = Wochentags, **S** = Sonntags, **D** = D-Zug.

Zigarrenhaus Burgtor
M. Leismann, Gr. Burgstraße 7, Fernruf 1049. Gute und billige Bezugsquelle für Gesellschaften und Vereine.

Max Wulf, Hansastr. 36, Ecke Meierstraße — Telefon 9581. Zigarren — Tabak — Zigaretten.

L. Teitelbaum, Schwartauer Allee 99. Bill. Bezugsquelle i. Zigarren, Zigaretten, Tabak.

Chr. Rebien, Schwönekenquerstraße 25. Maßarbeit :: Reparaturen all. Art, schnell u. billig.

Haben Sie Schäden an Ihren Fahrraddecken oder -Schläuchen? So geben Sie dieselben sofort zur Dampf-Vulkanisieranstalt **Hermann Wildhagen**, Lübeck, Beckergrube 34, Fernruf 8383. Schnellste gewissenhafte Ausführung nach dem neuesten Vulkanisierverfahren. Verkauf von Decken und Schläuchen.

Erich Dietz Bau- Klempnerei und Installation, Wahnstraße 42. Harthölzerei und anlog. Schweißung. Fernsprecher 1218.

Fahrad-Körner Große Burgstraße 23. Nähmaschinen-Reparaturwerkstatt.

Joh. Voss, Hützstr. 90. Grüne Sohlen und Absätze, sehr dauerhaft, in einem Tage fertig.

W. Chiffard Schmiede- u. Verfertigung von Reisekoffern und -Taschen. Reparaturwerkstatt.

Willy Malchow Wasch- und Plättanstalt, Glockengießerstraße 40.

O. Dornward Fahrräder, Nähmaschinen, Fackenburg Allee 1 a.

Th. Vedder, Schwartauer Allee 37. Reparaturwerkst. für Fahrräder u. Nähmaschinen.

W. Petersen Fischerg. 16. An- u. Verkv. Büch. all. Art. bill.

Schneidmanufaktur Kiel Niederlage: Kanstr. 26

Hansa-Brauerei A.-G. empfiehlt bestgeeignete Biere, hell u. dunkel. Fernruf 161, Fackenburg Allee.

G. Grundmann, Schlüsselbuden 32. Tabak-, Zigarren-, Zigaretten-Großhandlung. Verkauf zu Fabrikpreisen, daher beste Bezugsquelle nur für Wiederverkäufer. NB Verkauf an Wiederverkäufer nur in der Engrosabteilung (Hinterraum).

Zigarrenfabrik Carl Schriever Schwönekenquerstraße 13.

J. Heinsohn, Nebenhofstraße 6. Schuh-, Maß- und Reparaturwerkstatt.

Schuh-Buchholz, Schuh- u. Lederhandlung, Reparaturwerkstatt, Schwart. Allee 4, Gr. Burgstr. 36.

Johs. Meyer, Fahrräder, Nähmaschinen und Reparatur-Werkstatt Königsstraße 51, Telefon 8879.

Gebr. Müter, Mühlenstraße 13, Fernsprecher Nr. 427. Beerdigungs-Institut.

A. Brodersen & Sohn, Beerdigungs-Institut Obere Aegidienstraße 7 Fernruf 1090. Uebernahme all. Beerdigungsangelegenheiten.

Franz Schütt vorm. Karl Hunderstr. 64. Gerberei u. Lederhandlg. Leder- auschnitt sowie sämtliche Schuhmacherbedarfsartikel.

A. Reinknecht Marienstraße 5 Mod. Schuhreparaturen.

Ed. Teuteberg Lederhandlg., Untertrave 67.

Joh. Schulz Fahrräder, Fleischstr. 30.

W. Klüssendorf, Mechl. Baukl. Hützstr. 116, T. 1159

Glasscheiben aller Art, Kitt, Glaschn., Bilderleisten, Bilder-Einrahmungen, Oskar Tauchnitz, Fleischstr. 35, Tel. 2808.

Wäscheleinen usw. Scheiterling & Höppler, Untertr. 84, Mühlenstr. 6

Nähmaschinenhaus Wilh. Kruse, Hützstr. 43.

Brauereien

Ver einsbrauerei Walkmühle, H. Lück. Telefon 284. Lagerbier, Pilsener, Porter.

Aktienbierbrauerei. Lachswehr-Allee 14—20.

Neuer Bierverlag Busch & Co. mitl. Mengstr. 80, neben dem Schabellhause, Fernsprecher 1818, empfehlen ihre Biere in tadelloser funktionierender Bierfabrik. Automaten v. 5 u. 10 Litern Inhalt, außerdem Porter u. versch. Flaschenbiere.

Weine und Spirituosen Groß- und Kleinverkauf
Dan. Schön, Gr. Burgstraße 24. Telefon 825.

Versicherungen usw.

Deecke & Boldemann, Wahnstraße 18 — Telefon 4, 8904 und 8905. Versicherungen aller Art, als: Feuer-, Aufruhr-, Transport- und See-, Einbruch- usw.

Alfred Altschüler & Co. Dankwartsgrube 34, Tel. 8405. Spedition nach dem gesamten Ausland, Lagerung, Versicherung Ab 1. Sept.: Beckergrube 69, Tel. 90.

H. C. Koch, Alfstraße 24. Preußische Lotterie-Einnahme.

Für alle Vereine

Lübecker Fahnen-Fabrik Otto Rehwoldt, Inh. Fritz Nothbohm, Alfstraße 7, Telefon 1119. Größtes Spezialhaus für Vereine und Hausgesellschaften.

Friseure usw.

Wilhelm Junge, Nebenhofstraße 8 Herren-Rasier- und -Friseur-Salon.

Ernst Frahm, Königsstr. 33. Friseur u. Toiletten-Art.

Rich. Ahrens, Friseur, Beckergrube 31.

R. Grote, Friseur, Große Burgstraße 15. Massage, d. Gr. Burgstraße. Konkurrenzfrei!

Otto Steinhagen, Dafriseur, Beckergrube 7. Herrengarderobe.

Gebr. Hirschfeld, Breite Str. 89/41. Modehaus für Damen- und Kinderkonfektion.

Louis Duve Nachf., Große Burgstraße 82. Herrengarderobe, Maßanfertigung. Bill. Preise.

J. Pradl, Breite Straße 97. Handschuhe, Krawatten, Herrenartikel.

J. H. Pein, Markt 12. Beste Bezugsquelle für Manufakturwaren, Betten, Bettfed., Herr.-u. Knab.-Gard., Arb.-u. Berufskleid.

W. Heise, Königsstr. 28 gegenüb. dem Katharineum. Anfertigung feiner Herren- und Damen-Garderoben. Gut sortiert. Stofflager. Bill. Preise. Tel. 3576.

Meta Schmidt, Lange Reihe 21 a. Stets Neu: in Damen- hüten :: Aufarbeitung getragener Hüte.

Franz Müller, Inh. ab: Fink Markesgrube 81/83. Elegante Herrenmoden nach Maß. Streng solide Preise.

Betten-Duve, Große Burgstraße 92. Aussteuereschäft, liefert billigst und tadellos.

Herm. Libnau, Schwartauer Allee 53/55. Gr. Auswahl, gute Waren, bill. Preise, reelle Bed.

Heinr. Beuck, Brocksstraße 25, Ecke Warendorpfstr. Preiswerte Bezugsquelle für Manufakturwaren.

Allgemeines. **MARTENS & LAMPE** Weingroßhandlung Fischergroße 78

Heinrich Boye, Kohlen-, Torf-, Brennholzhandlung. empfiehlt alle Sorten Brennmaterialien. Lindenstraße 17 a. Telefon 918.

Friedr. Ihrke, Geibelplatz 2, Fernsprecher 8289. Prima Preßtorf und Brennholz aus erster Quelle. Eigene Torf- und Sägewerke.

Franz Genzmer, Fackemb. Allee 10 b. Eisenwaren, Werkzeuge, Haus- und Küchengeräte.

Aug. Clusmann vorm. Frankenthal & Co., Breite Str. 45. Emaille, Küchengeräte, Glas, Porzellan.

Herm. Glasau, Moising. Allee 4 a. Klomp. Küch.-u. Bel.-Art.

Gebr. Steder, Glas, Haus- u. Küchengeräte.